

Bayern in Zahlen

Ausgabe 7 | 2014



- Lebenslanges Lernen: Aktuelle Ergebnisse der Erwachsenenbildungsstatistik
- Vierteljährliche Verdiensterhebung 2013
- Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2013
- „Statistische Bibliothek“ – ein neues gemeinsames Internetangebot



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählten anderen Publikationen (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen.

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik

Jahrgang 145. (68.)

Artikel-Nr. Z10001

ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €

Jahresabonnement 46,00 €

Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis

Umschlagseite 1: © Woodapple
Fotolia.com

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3205

Telefax 089 2119-3457

Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3218

Telefax 089 2119-3580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

als regelmäßiger Nutzer unserer „Bayern in Zahlen“ wissen Sie, dass wir stets bemüht sind, Ihnen die gesamte Bandbreite der amtlichen Statistik vorzustellen. Mit dem Wandel der modernen Gesellschaft hat auch die Statistik thematische Änderungen erfahren, neue Statistiken werden erhoben, andere verlieren im Lauf der Jahrzehnte an Bedeutung. Zu den Klassikern der Statistik zählen Erhebungen zur wirtschaftlichen Lage von Staat und Gesellschaft. Zusammen mit der Erfassung der Einwohnerzahlen sind sie sozusagen die Wurzeln der amtlichen Datenerhebung.

Insofern würdigen wir im vorliegenden Heft unsere Traditionen. Das Bruttoinlandsprodukt gilt gemeinhin als Maß der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und genießt deshalb besondere Aufmerksamkeit. Für Bayern konnte im Jahr 2013 ein Plus von einem Prozent verzeichnet werden. Ein solcher Wert steht jedoch nicht nur für sich alleine, Aussagekraft erhält er erst, wenn er in einem regionalen und zeitlichen Vergleich betrachtet wird und die Rahmenbedingungen, unter denen er zustande gekommen ist, analysiert werden. Wir beleuchten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bayern deshalb in einem ausführlichen Beitrag.

Eng verbunden mit der Wirtschaftslage sind die Verdienste der Arbeitnehmer. Auch hier lohnt sich ein Blick hinter die reine Zahl – 3 598 Euro brutto betrug der durchschnittliche Monatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2013. Differenziert nach Wirtschaftszweigen zeigen sich jedoch Unterschiede und dass ein nominales Plus wegen gestiegener Preise nicht vollständig im eigenen Geldbeutel bleibt, ist leider eine Erfahrung, die wir alle machen müssen.

Ein weiteres Thema des Heftes ist die Bildungsstatistik. „Lebenslanges Lernen“ ist mehr als ein Schlagwort, die Erwachsenenbildung hat einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Etablierung gesellschaftlicher Schichten geleistet. Das Bildungsbürgertum wiederum ist Voraussetzung einer modernen Gesellschaft und war historisch betrachtet mit verantwortlich für den zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstand.

Womit sich der Kreis zu den vorher genannten Themen schließt...

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung



	Statistik aktuell
348	Kurzmitteilungen
	Nachrichten
366	Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2032 vorgestellt
369	Bildung in Deutschland 2014
370	Kleine Feier zum Abschluss des Wahlmarathons
	Beiträge aus der Statistik
372	Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2013
379	Lebenslanges Lernen: Aktuelle Ergebnisse der Erwachsenenbildungsstatistik in Bayern, ein Blick auf ihre Historie und eine Einordnung in den europäischen Rahmen anhand von Ergebnissen des Mikrozensus und des Adult Education Survey
392	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bayern im Jahr 2013
	Adaptierter Gastbeitrag:
403	„Statistische Bibliothek“ – ein neues gemeinsames Internetangebot
	Historische Beiträge aus der Statistik
406	Erwachsenenbildung in Bayern 1976
	Bayerischer Zahlenspiegel
411	Tabellen
420	Graphiken
	Neuerscheinungen
	3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Zensus 2011: Jeder Fünfte in Bayern hat einen Migrationshintergrund

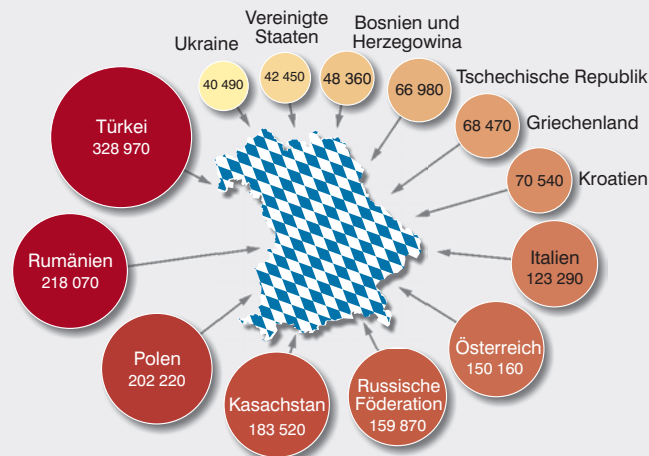
Am Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, lebten in Bayern 2 352 930 Personen mit Migrationshintergrund. Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer sowie alle Deutschen, die nach 1955 selbst nach Deutschland zugezogenen sind und deren Kinder. Damit wies knapp ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung* einen Migrationshintergrund auf. Nach den endgültigen Ergebnissen des Zensus waren mehr als die Hälfte dieser Personen Deutsche mit Migrationshintergrund, 42,4% hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Fast zwei Drittel der in Bayern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind selbst nach Deutschland zugewandert und haben somit eigene Migrationserfahrung. Der Anteil der Personen, die durch ihre Geburt in Deutschland keine eigene Migrationserfahrung aufweisen, lag bei 35,4%.

Mehr als drei Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern stammen aus europäischen Ländern (1 804 970 Personen), gefolgt von den Herkunftsregionen Asien mit 388 490 Menschen (16,5%), Afrika mit 60 750 Personen (2,6%) und Nordamerika mit 56 970 Menschen (2,4%). Die mit 328 970 Personen größte Gruppe hat ihre Wurzeln in der Türkei. Weitere wichtige Herkunftslän-

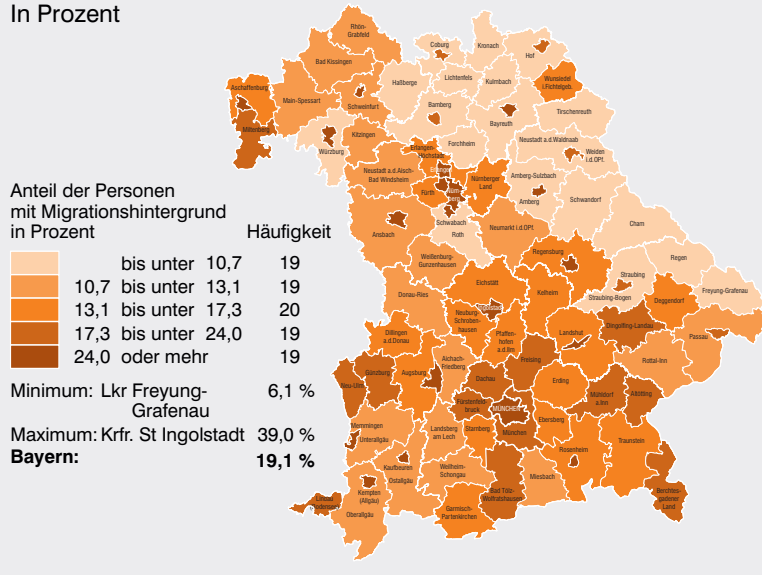
der sind Rumänien (218 070 Personen), gefolgt von Polen (202 220 Personen) und Kasachstan (183 520 Personen). Während

die Deutschen mit Migrationshintergrund überwiegend aus Rumänien, Kasachstan, Polen und der Russischen Föderation stammen,

Personen in Bayern 2011 nach Migrationshintergrund
Ausgewählte Länder



Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2011
In Prozent



* Die Auswertung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund berücksichtigt keine Personen in sog. Sensiblen Sonderbereichen, wie z. B. Behindertenheimen und Justizvollzugsanstalten, da für diese keine Angaben zum Migrationshintergrund vorliegen.

kommen die Ausländer meist aus der Türkei, Österreich und Italien.

43,0% der Männer und Frauen mit Migrationshintergrund in Bayern leben seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Fast jeder Vierte ist erst vor weniger als zehn Jahren ins Bundesgebiet gekommen oder hier geboren. 71,2% der letztgenannten Gruppe waren zum Zensus-Stichtag jünger als 30 Jahre, ihre Zuwanderung wirkt damit dämpfend auf den demographischen Wandel. Knapp ein Drittel der 1 520 260 in Bayern lebenden Menschen mit eigener Migrationserfahrung ist in den 1990er-Jahren nach Deutschland zugewandert. Weitere 388 890 Personen (25,6%) kamen im Zeitraum zwischen 2000 und 2011.

Der regionale Vergleich zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund vor allem in den kreisfreien Städten und den Landkreisen der Ballungsräume Bayerns lebten. So betrug der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in Ingolstadt 39,0%, gefolgt von Augsburg mit 36,8% und Nürnberg mit 36,4%. In den Landkreisen Oberfrankens und zum Teil der Oberpfalz waren die Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund mit unter zehn Prozent am niedrigsten, wobei der tiefste Wert im Landkreis Freyung-Grafenau mit 6,1% zu verzeichnen war. Den höchsten Wert der Landkreise wies Neu-Ulm mit 23,6% auf.

Hinweis
Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bietet eine Reihe von Informationsangeboten zu den Ergebnissen des Zensus 2011 an, unter anderem eine umfangreiche Datenbank. Diese steht der Öffentlichkeit kostenlos unter www.zensus2011.de zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die folgenden Statistischen Berichte und Informationsflyer.

Das Material kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse als Datei kostenlos heruntergeladen werden:

- Statistische Berichte
- „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: A01013 201451, Preis der Druckausgabe: 30,40 €)*
 - „Zensus 2011: Gemeindedaten Gebäude und Wohnungen – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: F01113 201451, Preis der Druckausgabe: 31,20 €)*
 - „Zensus 2011: Gemeindedaten Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: F0151C 201451, nur als Datei)*

- Informationsbroschüre und -flyer
- „Zensus 2011: Ergebnisse für Bayern“: Broschüre mit Schaubildern und Tabellen
 - „Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 – Häufige Fragen“
 - „Zensus 2011 in Deutschland – die Zensusdatenbank“



Erwerbstätigkeit

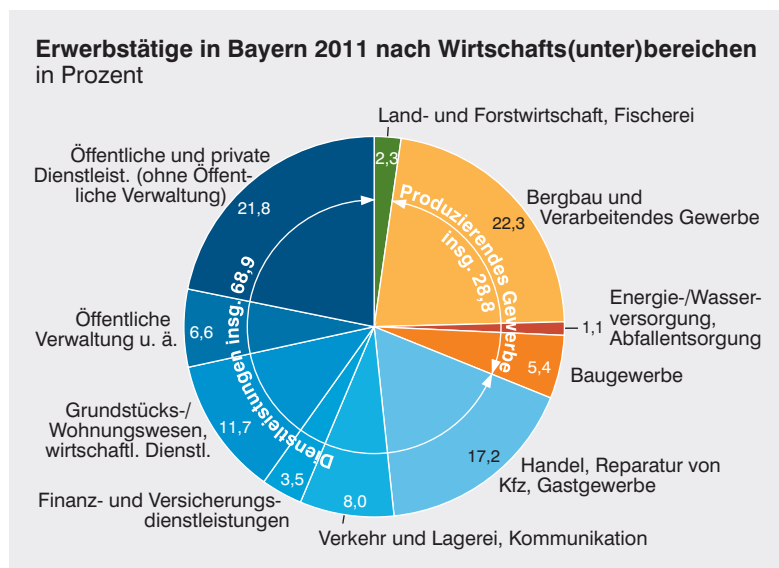
Zensus 2011: Erwerbstätigenquote in Bayern bei 78,9 %

Im Rahmen des Zensus 2011 stehen endgültige Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit zur Verfügung. 78,9% der bayerischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – also zwischen 15 und 64 Jahren – sind erwerbstätig. Der Anteil liegt damit über dem bundesweiten Wert von 75,5%. Auf Regierungsebene weist Oberbayern mit 80,3% die höchste, Oberfranken mit 77,1% die niedrigste Erwerbstätigenquote auf. Zwischen den Geschlechtern fallen nach wie vor Unterschiede auf: Während bayernweit 83,6% der Männer erwerbstätig sind, liegt der Anteil der Frauen bei 74,2%.

Von den insgesamt 6 712 540 Erwerbstätigen in Bayern befindet sich der Großteil, nämlich 82,4%, in einem Angestelltenverhältnis.

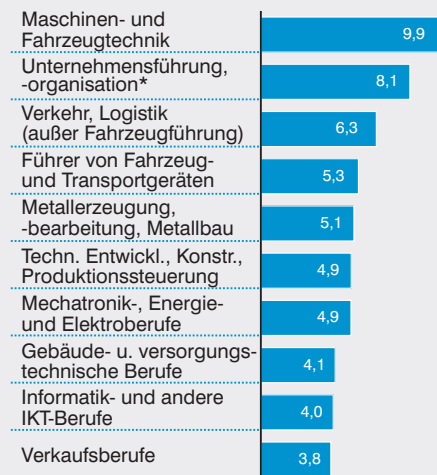
Weitere 5,1% sind Beamtinnen und Beamte, 11,1% sind selbständig. Bei den verbleibenden 1,4% der Erwerbstätigen handelt es sich

um mithelfende Beschäftigte in Familienbetrieben. Interessant ist besonders die Verteilung von Männern und Frauen auf verschiedene

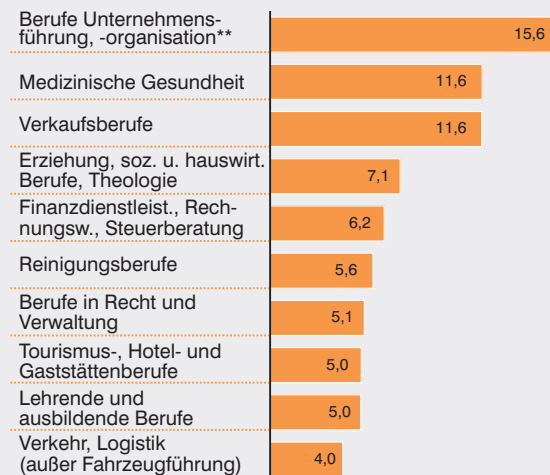


Erwerbstätige in Bayern 2011 nach den zehn am häufigsten ausgeübten Berufshauptgruppen und Geschlecht in Prozent

Männlich



Weiblich



* Schwerpunkt: Strategie und Geschäftsführung.

** Schwerpunkt: Büro und Sekretariat.

Berufsgruppen. So verteilen sich Männer deutlich gleichmäßiger auf die unterschiedlichen Berufsgruppen als Frauen. Fast die Hälfte der erwerbstätigen Frauen arbeitet in der Unternehmensführung bzw. -organisation mit Schwerpunkt Büro und Sekretariat, in medizinischen Gesundheitsberufen, im Verkauf sowie in den Bereichen der Erziehung und sozialer Berufe. Von den erwerbstätigen Männern sind 18,0% in den Berufsfeldern der Maschinen- und Fahrzeugtechnik sowie in der Unternehmensführung und -organisation beschäftigt, wobei der Fokus hier auf den Bereichen Strategie und Geschäftsführung liegt. Weitere Schwerpunktbereiche sind Verkehr, Logistik und Fahrzeugführung. Soziale Tätigkeiten finden sich bei den Männern nicht unter den Top Zehn der Berufe.

Gut zwei Drittel der Erwerbstätigen (68,9%) in Bayern arbeiten im Dienstleistungssektor. Insbesondere die Bereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen so-

wie des Handels, der Reparatur von Kraftfahrzeugen und des Gastgewerbes spielen hier eine Rolle. Das produzierende Gewerbe macht 28,8% aus, die Land- und Forstwirtschaft bzw. die Fischerei 2,3%. Auch hier sind klare Geschlechterunterschiede erkennbar: Vier von fünf erwerbstätigen Frauen arbeiten im Dienstleistungsbereich, bei den Männern liegt der Anteil bei nur 57,3%. Insgesamt sind in Oberbayern mit einem Anteil von 75,0% überdurchschnittlich viele Erwerbstätige im Dienstleistungssektor beschäftigt. Dagegen fallen in Niederbayern die Anteile des produzierenden Gewerbes mit 34,8% und der Land- und Forstwirtschaft bzw. der Fischerei mit 3,7% vergleichsweise hoch aus.

18,8% der erwerbstätigen Personen haben einen Migrationshintergrund. Mit einem Anteil von 35,3% sind diese vor allem im Gastgewerbe überdurchschnittlich häufig vertreten. Im Wirtschaftsabschnitt „Sonstige wirtschaftliche

Dienstleistungen“ haben 28,7% der Erwerbstätigen einen Migrationshintergrund. Dieser umfasst beispielsweise Dienstleistungen in Sicherheitsdiensten, Sekretariaten und Reisebüros oder auch Tätigkeiten in den Bereichen der Gebäudebetreuung, der Vermittlung von Arbeitskräften oder des Garten- und Landschaftsbaus.

In der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (8,0%) und der Land- und Forstwirtschaft bzw. Fischerei (5,8%) fällt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund hingegen relativ gering aus.

Hinweis

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bietet eine Reihe von Informationsangeboten zu den Ergebnissen des Zensus 2011 an, unter anderem eine umfangreiche Datenbank. Diese steht der Öffentlichkeit kostenlos unter www.zensus2011.de zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die folgenden Statistischen Berichte und Informationsflyer.

Das Material kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse als Datei kostenlos heruntergeladen werden:

Statistische Berichte

- „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: A01013 201451, Preis der Druckausgabe: 30,40 €)*
- „Zensus 2011: Gemeindedaten Gebäude und Wohnungen – Ergebnisse für Bayern“

(Bestellnummer: F01113 201451, Preis der Druckausgabe: 31,20 €)*

- „Zensus 2011: Gemeindedaten Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: F0151C 201451, nur als Datei)*

Informationsbroschüre und -flyer

- „Zensus 2011: Ergebnisse für Bayern“: Broschüre mit Schaubildern und Tabellen
- „Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 – Häufige Fragen“

• „Zensus 2011 in Deutschland – die Zensusdatenbank“

Die Veröffentlichungen stehen im Internet-Webshop zum kostenlosen Download als PDF- und/oder EXCEL-Datei bereit unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Printexemplare können sowohl über den Webshop als auch direkt beim Vertrieb des Landesamts bestellt werden (vertrieb@statistik.bayern.de bzw. Anschrift auf der zweiten Umschlagseite).

Rekordhoch bei Beschäftigung in Bayern 2014

Im ersten Quartal 2014 gab es in Bayern 7,02 Millionen erwerbstätige Personen. Somit wurde erstmals in einem ersten Quartal die Grenze von 7 Millionen Erwerbstätigen überschritten. Gegenüber dem Vorjahresquartal gab es eine Zunahme um knapp 87 000 Personen bzw. 1,2%. Damit liegt Bayern in einem Vergleich der Bundesländer zusammen mit Hamburg hinter Berlin (+1,4%) und Baden-Württemberg (+1,3%) auf dem dritten Platz. Deutschlandweit nahm die Erwerbstätigkeit um 0,8% zu, wobei die alten Bundesländer (ohne Berlin) mit einem Zuwachs von 0,9% besser abschneiden als die neuen Bundesländer (ohne Berlin) mit 0,1%.

Erwerbstätige in Deutschland im ersten Quartal 2014			
Land	Personen in 1 000	Veränderung gegenüber dem ersten Quartal 2013	
		1 000	%
Baden-Württemberg	5 877,1	74,1	1,3
Bayern	7 017,0	86,6	1,2
Berlin	1 792,6	25,3	1,4
Brandenburg	1 051,7	- 2,3	- 0,2
Bremen	418,2	3,8	0,9
Hamburg	1 183,6	14,3	1,2
Hessen	3 246,0	27,3	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	703,5	0,8	0,1
Niedersachsen	3 833,9	32,8	0,9
Nordrhein-Westfalen	8 918,8	54,4	0,6
Rheinland-Pfalz	1 913,4	10,1	0,5
Saarland	507,1	0,6	0,1
Sachsen	1 972,6	12,9	0,7
Sachsen-Anhalt	979,8	- 5,8	- 0,6
Schleswig-Holstein	1 304,1	8,3	0,6
Thüringen	1 018,6	0,8	0,1
Deutschland	41 738,0	344,0	0,8
Nachrichtlich			
Berlin	34 219,2	312,2	0,9
Alte Länder mit Berlin	36 011,8	337,5	0,9
Neue Länder ohne Berlin	5 726,2	6,5	0,1
Neue Länder mit Berlin	7 518,8	31,8	0,4

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.“

Die Anzahl der marginal Beschäftigten, zu denen u. a. die geringfügig entlohnt Beschäftigten („450-Euro-Job“) und die kurzfristig Beschäftigten gehören, nahm leicht um 0,1% auf rund 853 700 ab. Der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen betrug 2014 in Bayern 12,2%. In den alten Bundesländern lag dieser Anteil bei 13,8%, in den neuen bei 10,1%.

Seit dem ersten Quartal 2008 betrug der Erwerbstätigenzuwachs in Bayern mehr als 470 000 Personen bzw. 7,2%. Damit fiel der Beschäftigungsaufbau in Bayern auch in mittelfristiger Betrachtung überdurchschnittlich aus. In Deutschland stieg die Erwerbstätigkeit im selben Zeitraum um 4,6%. Lediglich Berlin und Hamburg lagen mit Zunahmen von 11,2% bzw. 8,6% noch vor Bayern.

Hinweis
Bei den hier vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung (AK ETR), dem alle Statistischen Ämter der Länder, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Die aktuellen Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit können auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.



Bildung und Kultur

2,7% mehr wissenschaftliches Personal an bayerischen Hochschulen 2013

Anfang Dezember 2013 meldeten die Verwaltungen der Hochschulen und Hochschulkliniken in Bayern insgesamt 100 550 Beschäftigte (ohne 12 670 studentische Hilfskräfte). Damit waren 2,7% mehr Personen im Hochschulbereich tätig als ein Jahr zuvor. Im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich waren mit 56 988 Personen mehr als die Hälfte beschäftigt (56,7%), im Verwaltungsbereich 43 562. Die Zahl des Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personals (1 605 bzw. +3,8%) stieg gegenüber dem Vorjahr stärker als die des wissenschaftlich-künstlerischen Personals (1 027 Personen oder +1,8%).

Ende 2013 lehrten und forschten an Bayerns Hochschulen 1 105

Professorinnen und 5 277 Professoren. Damit wurden in den letzten fünf Jahren 991 Professuren neu geschaffen, das entspricht einem Zuwachs von 18,4% seit 2008. Dabei erhöhte sich die Zahl der Professorinnen mit 52,0% deutlich stärker als die ihrer männlichen Kollegen (13,1%). 2013 wurden fast ein Sechstel (17,3%) der Professuren von Frauen wahrgenommen. Fünf Jahre zuvor waren es 13,5%.

Der überwiegende Teil des wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulpersonals (35 107 Personen oder 61,6%) war hauptberuflich tätig. Dazu zählten 1 188 Dozenten und Assistenten (+18,9%) sowie 25 565 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter (+2,6%).

In der Lehre waren zudem 1 972 hauptberufliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben (+0,8%) und ferner 14 203 nebenberufliche Lehrbeauftragte (+0,5%) tätig. Im wissenschaftlich-künstlerischen Bereich lag unter Berücksichtigung der Teilzeiteffekte eine Personalkapazität von 25 061,7 Vollzeitäquivalenten vor (+22,0% gegenüber 2008). Die sogenannte Betreuungsrelation erreichte im Wintersemester 2013/14 angesichts 355 915 Studierender (+37,5% seit Wintersemester 2008/09) einen Wert von 14,2 und war insofern etwas ungünstiger als fünf Jahre zuvor (12,6).

Vorläufige Ergebnisse für einzelne Hochschulen können im Internet als Datei kostenlos unter www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen/ heruntergeladen werden.*

Zensus 2011: Deutliche regionale Unterschiede in Bayern bei der Schulbildung – Unterschiede auch zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund

Durch den Zensus 2011 stehen unter anderem aktuelle Ergebnisse zur Schulbildung in Bayern zur Verfügung. Zum Stichtag 9. Mai 2011 besuchten in Bayern 1 446 790 Schüler eine allgemeinbildende Schule. Fast ein Drittel der bayerischen Schülerinnen und Schüler besuchte eine Grundschule, 14,2% eine Hauptschule, 18,9% eine Realschule und 25,3% ein Gymnasium. Jeder Zehnte war Schüler einer sonstigen Schule wie z. B. einer Waldorfschule. Nur gut 7 200 Schüler (0,5%) gingen auf eine der wenigen Gesamtschulen in Bayern.

In den bayerischen Regierungsbezirken hat Oberbayern mit 27,8%

den höchsten Anteil an Gymnasiasten, gefolgt von Mittelfranken mit 26,3%. In Niederbayern ist der Anteil mit 21,6% am geringsten.

Jungen besuchen etwas häufiger Hauptschulen als Mädchen. So sind 56,4% aller Hauptschüler männlichen Geschlechts. In Hauptschulen liegt der Anteil der Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 15,3% deutlich über dem Durchschnitt von 7,0%. Jeder sechste Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit geht auf ein Gymnasium, bei deutschen Schülern besucht jeder Vierte ein Gymnasium.

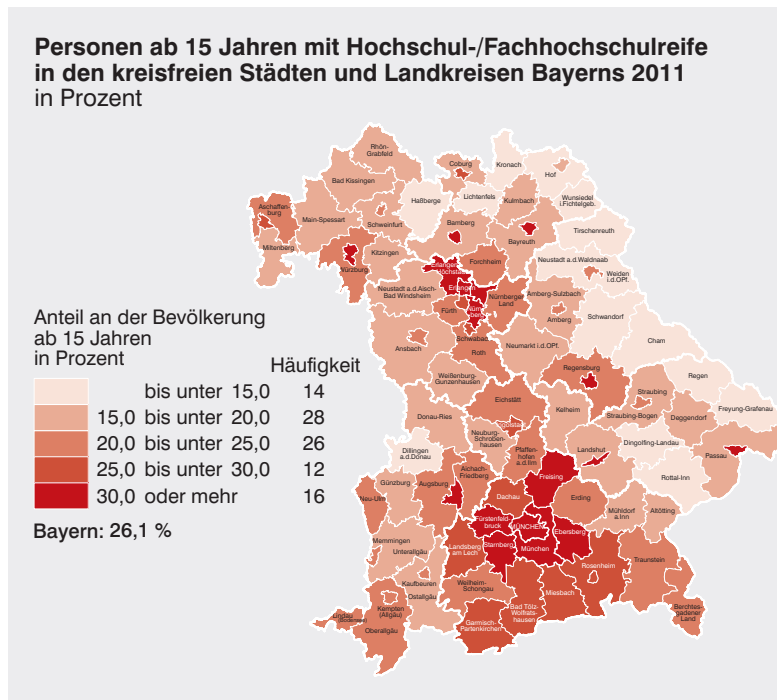
Unterschiede werden auch zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und Schülern ohne Migrationshintergrund deutlich. Als Personen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer sowie alle nach 1955 selbst nach Deutschland zugezogenen Personen und deren Kinder. An bayerischen Schulen haben 24,0% der Schüler einen Migrationshintergrund. Schüler ohne Migrationshintergrund besuchen häufiger Gymnasien und seltener Hauptschulen als Schüler mit Migrationshintergrund. Während an Gymnasien und Realschulen etwa jeder fünfte Schüler einen Migrationshintergrund aufweist, trifft dies bei

Hauptschülern auf jeden Dritten zu. Unter allen Schülern mit Migrationshintergrund stellen Schüler mit türkischem Migrationshintergrund mit 18,0% die größte Gruppe.

Mit 43,3% ist der Haupt- bzw. Volksschulabschluss der häufigste Schulabschluss in Bayern. Jede vierte Person ab 15 Jahren (26,1%) besitzt die allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur/Fachabitur) oder die Fachhochschulreife. 22,5% können einen Realschulabschluss oder einen gleichwertigen Schulabschluss vorweisen. Nur 4,0% der Personen ab 15 Jahren hatten zum Befragungszeitpunkt, dem 9. Mai 2011, keinen Schulabschluss, 4,1% befanden sich noch in schulischer Ausbildung bzw. besuchten die gymnasiale Oberstufe.

Regional gesehen zeigen sich bei der Schulbildung im Freistaat deutliche Unterschiede. Unter den bayerischen Regierungsbezirken hat Oberbayern mit 34,7% den höchsten Anteil an Personen ab 15 Jahren mit (Fach-)Hochschulreife, gefolgt von Mittelfranken mit 26,6%. Schlusslicht ist Niederbayern mit 17,5%. Auf Kreisebene liegt die Landeshauptstadt München mit einem entsprechenden Anteil von 48,7% an der Spitze, gefolgt von Erlangen mit 46,0% und dem Landkreis München mit 43,1%. Dagegen belegen die Landkreise Tirschenreuth und Freyung-Grafenau mit jeweils 12,4% sowie der Landkreis Cham mit 12,6% die hintersten Plätze.

Betrachtet man die Schulbildung von Männern und Frauen getrennt, so fällt auf, dass Männer ab 15 Jahren zwar mit 28,7% häufiger die (Fach-)Hochschulreife besitzen als Frauen (23,7%), dass sich dieses Verhältnis aber in den jün-



geren Jahrgängen bereits geändert hat. So hat in der Altersklasse der 15- bis 29-Jährigen jede dritte Frau die (Fach-)Hochschulreife, bei Männern dieser Altersgruppe hat diese nur jeder Vierte.

Personen mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen Schulabschluss, aber auch öfter die (Fach-)Hochschulreife als Personen ohne Migrationshintergrund. Während 2,2% der Personen ab 15 Jahren ohne Migrationshintergrund keinen Schulabschluss aufweisen, liegt der entsprechende Anteil bei Migranten bei 12,4%. Gleichzeitig besitzt etwa ein Drittel der Migranten ab 15 Jahren die (Fach-)Hochschulreife. Bei Personen ohne Migrationshintergrund hat dies nur jeder Vierte. Dieser Unterschied tritt bei Ausländerinnen und Ausländern noch deutlicher auf. So besitzen 17,2% keinen Schulabschluss, gleichzeitig kann jeder dritte ausländische Staatsbürger ab 15 Jahren die (Fach-)Hochschulreife vorweisen.

Hinweis
Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bietet eine Reihe von Informationsangeboten zu den Ergebnissen des Zensus 2011 an, unter anderem eine umfangreiche Datenbank. Diese steht der Öffentlichkeit kostenlos unter www.zensus2011.de zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die folgenden Statistischen Berichte und Informationsflyer.

Das Material kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse als Datei kostenlos heruntergeladen werden:

- Statistische Berichte
- „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: A01013 201451, Preis der Druckausgabe: 30,40 €)*
 - „Zensus 2011: Gemeindedaten Gebäude und Wohnungen – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: F01113 201451, Preis der Druckausgabe: 31,20 €)*
 - „Zensus 2011: Gemeindedaten Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“ (Bestellnummer: F0151C 201451, nur als Datei)*

Informationsbroschüre und -flyer

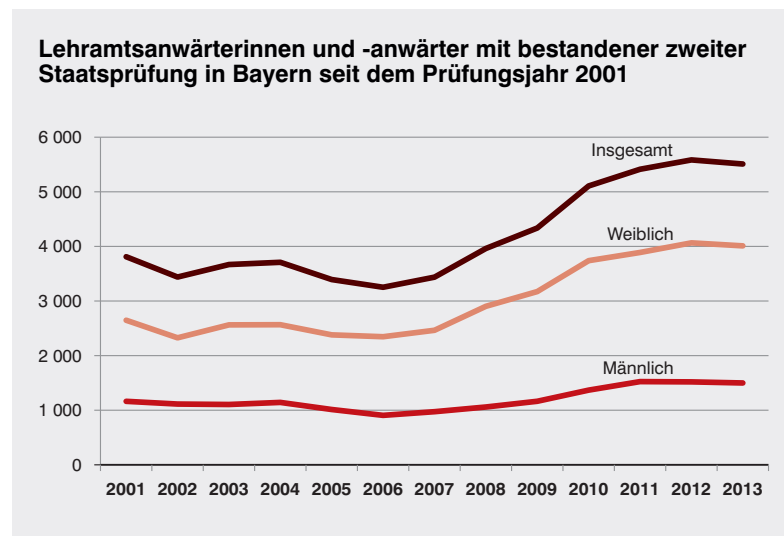
- „Zensus 2011: Ergebnisse für Bayern“: Broschüre mit Schaubildern und Tabellen
- „Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 – Häufige Fragen“
- „Zensus 2011 in Deutschland – die Zensusdatenbank“

Die Veröffentlichungen stehen im Internet-Webshop zum kostenlosen Download als PDF- und/oder EXCEL-Datei bereit unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Printexemplare können sowohl über den Webshop als auch direkt beim Vertrieb des Landesamts bestellt werden (vertrieb@statistik.bayern.de bzw. Anschrift auf der zweiten Umschlagseite).

5 509 Lehramtsanwärter qualifizierten sich in Bayern 2013 für den Schuldienst

Die Ausbildung von Lehrern für allgemeinbildende und berufliche Schulen in Bayern umfasst ein sieben bis zehn Semester dauerndes fach- und erziehungswissenschaftliches Studium an einer Universität und eine anschließende praktische Ausbildungsphase (Referendariat) an ausgewählten Schulen. Das Referendariat dauert grundsätzlich zwei Jahre und schließt mit der Zweiten Staatsprüfung für das jeweilige Lehramt ab. In den Seminaren zur Lehrerausbildung an bayerischen Schulen im Prüfungsjahr 2013 bestanden insgesamt 5 509 angehende Lehrer (davon 72,8% Frauen) die Zweite Staatsprüfung und qualifizierten sich damit für die Übernahme in den Schuldienst.

33,5% der Teilnehmer der Lehrerseminare qualifizierten sich für das Lehramt der Sekundarstufe II (allgemeinbildende Fächer) oder für das Lehramt am Gymnasium, gefolgt vom Lehramt für die Schularten der Sekundarstufe I (23,5%) und dem Lehramt für die Grundschule bzw. Primarstufe (18,1%). Der höchste Frauenanteil ließ sich bei den erfolgreich abschließenden Referendaren des Lehramtes für die Grundschule bzw. Primarstufe feststellen, er lag bei 94,3%. Vergleichsweise am niedrigsten (mit



54,0%) fiel der Anteil der zukünftigen Lehrerinnen beim Lehramt der Sekundarstufe II (für berufliche Fächer oder für berufliche Schulen) aus.

Insgesamt befanden sich 10 741 Seminar Teilnehmer (davon 74% Frauen) im Jahr 2013 auf dem Weg zur abschließenden Zweiten Staatsprüfung. Im Jahr vorher waren mit 11 025 Teilnehmer noch 2,6% mehr in Ausbildung (Frauenanteil: 73,3%).

Als potenzielle Seminar Teilnehmer hatten in den Jahren 2011 (Sommersemester 2011 und Wintersemester 2011/12) und 2012 (Sommersemester 2012 und Win-

tersemester 2012/13) insgesamt 6 599 bzw. 6 462 Absolventen das Erste Staatsexamen abgeschlossen. Die meisten Prüfungen wurden im Jahr 2012 in den Fächern Germanistik/Deutsch (1 315), Grundschul-/Primarstufenpädagogik (974) und Anglistik/Englisch (883) abgelegt.

5 481 Studierende strebten im Studienjahr 2013 erstmals einen Lehramtsabschluss an bayerischen Hochschulen an (Vorjahr: 5 359). 73,5% davon waren Frauen (Studienjahr 2012: 72,0%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Lehrerausbildung in Bayern – Teil 1: Vorbereitungsdienst sowie Fach- und Förderlehrerausbildung 2013/14“ (Bestellnummer: B3201C 201300, nur als Datei).*



Soziales, Gesundheit

Fast 509 000 Kinder wurden Anfang März 2014 in Bayern in einer Tageseinrichtung betreut

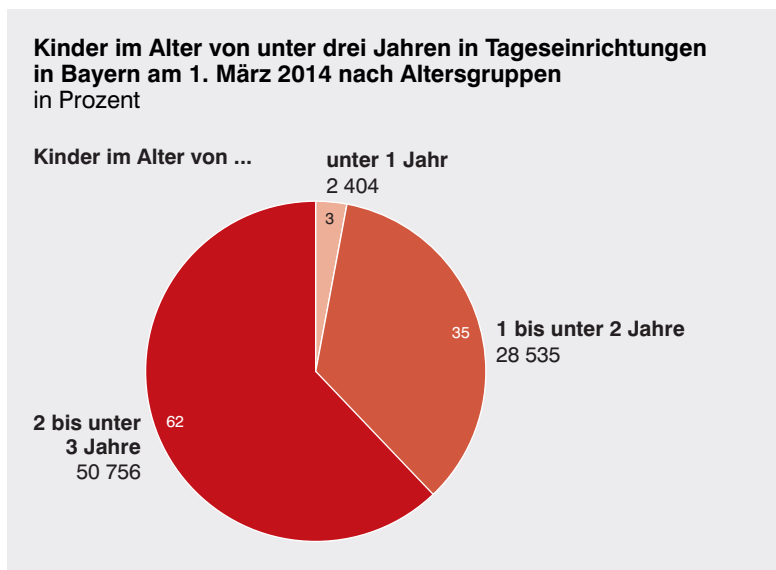
Für die Statistik der Kindertageseinrichtungen in Bayern zum Stichtag 1. März 2014 stehen aktuell vorläufige Eckzahlen zur Verfügung. Demnach gab es in Bayern insgesamt 8 987 Kindertagesein-

richtungen, was gegenüber dem Vorjahr (8 749 Einrichtungen) einem Plus von knapp drei Prozent entspricht. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze erhöhte sich von 538 784 im Vorjahr auf

562 396 – ein Plus von mehr als vier Prozent.

Insgesamt wurden 508 607 Kinder in Tageseinrichtungen betreut – ein Plus von über drei Prozent gegen-

über dem Vorjahr (492 769). Die größte Gruppe (298 122) waren Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren mit einem Anteil von 59%, 25% der Kinder (128 790) waren im Alter von sechs bis unter 14 Jahren und 16% (81 695 Kinder) waren jünger als drei Jahre. Während bei der Gruppe der Kinder von drei bis unter sechs Jahren lediglich ein Plus von einem halben Prozent zu verzeichnen war, nahm die Zahl der Kinder von sechs bis unter 14 Jahren um mehr als vier Prozent zu. Auffällig ist der Anstieg von fast 13% der in Tageseinrichtungen betreuten unter Dreijährigen.



Hinweis
Ausführliche und endgültige Ergebnisse stehen ab Mitte August zur Verfügung.



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rückgang des bayerischen Schweinebestands 2014 um 1,2 %

Nach vorläufigen repräsentativen Ergebnissen der Schweinebestandserhebung gab es zum 3. Mai 2014 rund 5 900 schweinehaltende Betriebe, die einen Mindestbestand von 50 Schweinen oder 10 Zuchtsauen aufwiesen. Von diesen Betrieben wurden bayernweit rund 3 360 600 Schweine

Vorläufige Ergebnisse der repräsentativen Schweinebestandserhebung in Bayern am 3. Mai 2014				
Merkmal	3. Mai 2014 (vorläufig)	3. Mai 2013 (endgültig)	Veränderung 3. Mai 2014 gegenüber 3. Mai 2013	
			Anzahl in 1 000	%
Schweinehalter insgesamt	5,9	6,1	- 0,2	- 2,9
und zwar Mastschweinehalter	5,0	5,1	- 0,1	- 2,5
Zuchtschweinehalter	2,8	3,0	- 0,2	- 5,2
Schweine insgesamt	3 360,6	3 401,2	- 40,7	- 1,2
davon Ferkel	953,1	995,5	- 42,4	- 4,3
Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	661,1	635,5	25,6	4,0
Mastschweine*	1 481,5	1 505,9	- 24,3	- 1,6
davon 50 bis unter 80 kg Lebendgewicht	737,5	734,7	2,8	0,4
80 bis unter 110 kg Lebendgewicht	630,1	641,0	- 10,9	- 1,7
110 kg oder mehr Lebendgewicht	113,9	130,2	- 16,3	- 12,5
Zuchtsauen 50 kg oder mehr Lebendgewicht	257,9	261,6	- 3,7	- 1,4
davon trächtige Sauen	190,9	190,3	0,6	0,3
davon Jungsaunen**	27,7	28,8	- 1,1	- 3,9
andere Sauen	163,2	161,4	1,7	1,1
nicht trächtige Sauen	67,0	71,4	- 4,4	- 6,1
davon Jungsaunen	25,7	26,7	- 1,0	- 3,6
andere Sauen	41,3	44,7	- 3,4	- 7,7
Eber zur Zucht	/	2,7	/	/

* Einschließlich ausgemerzte Zuchttiere.
** Zum ersten Mal trächtig.

gehalten. Gegenüber der letzten Erhebung zum 3. Mai 2013 ist dies ein Rückgang bei den Halterzahlen um 2,9 % sowie bei der Bestandsanzahl um 1,2%.

In den einzelnen Unterkategorien zeigten sich unterschiedliche Ent-

wicklungen. Zum Stichtag 3. Mai 2014 wurden 1 481 500 Mastschweine ermittelt und damit 1,6% (-24 300 Tiere) weniger als im Jahr 2013. In der Kategorie der Zuchtsauen wurde ein Rückgang um 1,4% auf 257 900 Tiere (-3 700 Tiere) festgestellt. Die Anzahl der

Ferkel verringerte sich um 4,3% (-42 400 Tiere) auf 953 100 Tiere. Eine Bestandszunahme zeigte sich hingegen bei den Jungschweinen, und zwar um 4,0% (+25 600 Tiere) auf 661 100 Tiere.

Familienbetriebe dominieren in der bayerischen Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern. Gemessen an der Anzahl der Betriebe und der landwirtschaftlichen Fläche kommt der bayerischen Landwirtschaft eine bedeutende Rolle zu. Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland hat seinen Sitz in Bayern. Diese rund 93 300 Betriebe bewirtschaften 3,1 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Ein landwirtschaftlicher Betrieb in Bayern bewirtschaftet somit im Durchschnitt rund 34 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Nach wie vor sind die landwirtschaftlichen Betriebe im Freistaat klassische Familienbetriebe. Rund 94% der Betriebe (88 100 Ein-

heiten) sind Einzelunternehmen, davon werden 42 300 Betriebe im Haupterwerb und 45 800 Betriebe im Nebenerwerb geführt. Ein Haupterwerbsbetrieb bewirtschaftet im Durchschnitt rund 45 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche, ein Nebenerwerbsbetrieb 18 Hektar. Insgesamt bewirtschaften die Haupterwerbsbetriebe 1,9 Millionen Hektar und die Nebenerwerbsbetriebe 0,8 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe) dominieren die Landwirtschaft in Bayern. Rund 50% aller Betriebe (46 400 Einheiten) haben dort ihren Schwerpunkt. Dies sind Betriebe, deren Fokus auf der Milchproduktion bzw. der Rin-

der-, Schaf- oder Ziegenhaltung liegt. Sie halten 78% des Viehbestands (gemessen an der Anzahl der Großvieheinheiten, einem Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten). Zudem bewirtschaften sie rund 51% der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns. Rund 31% der landwirtschaftlichen Betriebe sind Ackerbaubetriebe (28 900 Einheiten), weitere 10% sind Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe. Die restliche Anzahl verteilt sich u. a. auf Gartenbau-, Dauerkultur- und Veredlungsbetriebe.



Handel und Dienstleistungen

Umsatz des bayerischen Großhandels in den ersten drei Monaten 2014 gestiegen

Der Umsatz im bayerischen Großhandel (einschließlich der Handelsvermittlung) wuchs nach vorläufigen Ergebnissen im ersten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 3,7% und real um 5,2%. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,5%, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,3% zunahm und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,3%.

Im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen (Produktionsverbindungshandel) wuchs der Umsatz in aktuellen Preisen um 2,6% (real: +5,7%), im Großhandel mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel) stieg der nominale Umsatz um 5,3% (real: +4,9%).

Mit Ausnahme eines nominalen Umsatzrückgangs im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren verbuchten alle Bereiche des Großhandels Umsatzzuwächse.

Im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren sowie im Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt wa-

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im ersten Quartal 2014
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis März				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real*		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	3,7	5,2	0,5	0,3	1,3
dav. Handelsvermittlung	0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,1	- 0,9
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 2,3	10,6	1,7	1,4	2,3
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,7	1,6	0,2	0,5	- 0,7
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	6,1	6,1	1,1	0,6	2,7
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	4,5	6,5	- 6,1	- 6,7	- 2,3
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	6,6	5,9	3,4	3,7	2,1
sonstiger Großhandel	1,2	4,5	1,4	1,4	1,5
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	6,5	11,8	1,5	1,3	2,1
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	3,9	5,3	0,8	0,6	1,6
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen**	2,6	5,7	0,6	0,5	1,3
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	5,3	4,9	1,0	0,6	1,9

* In Preisen des Jahres 2010.
** Produktionsverbindungshandel.

ren die Umsatzsteigerungen nach Preisbereinigung sogar zweistellig. In der Handelsvermittlung blieb der nominale Umsatz konstant, nach Preisentwicklung errechnet sich für die Handelsvermittlung allerdings ein Umsatzminus von 0,5%.

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Die monatliche Großhandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur An-

zahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

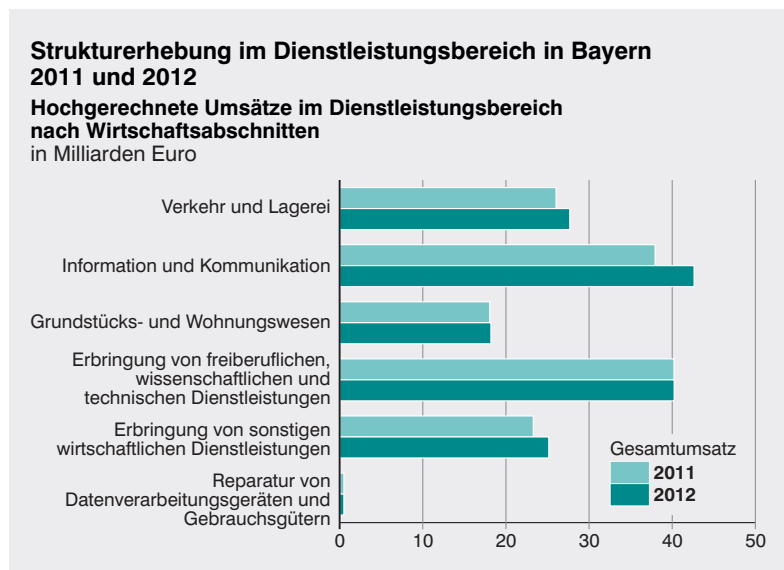
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im März 2014“ (Bestellnummer: G1200C 201403, nur als Datei).*

IT-Unternehmen in Bayern erwirtschafteten 2012 einen Gesamtumsatz von 43 Milliarden Euro

Wie die jährlich auf Stichprobenbasis durchgeführte Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich ergab, waren im Jahr 2012 hochgerechnet 20 047 Unternehmen mit Sitz in Bayern im Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ (IuK) tätig. In die Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich wurden 2012 u. a. Unternehmen aus den Wirtschaftsabschnitten „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ einbezogen, die über einen Jahresumsatz von mindestens 17 500 Euro verfügten. Die Unternehmen des

IuK-Sektors erwirtschafteten im Berichtsjahr 2012 einen Gesamtum-

satz in Höhe von 42,62 Milliarden Euro. Am Stichtag 30. September

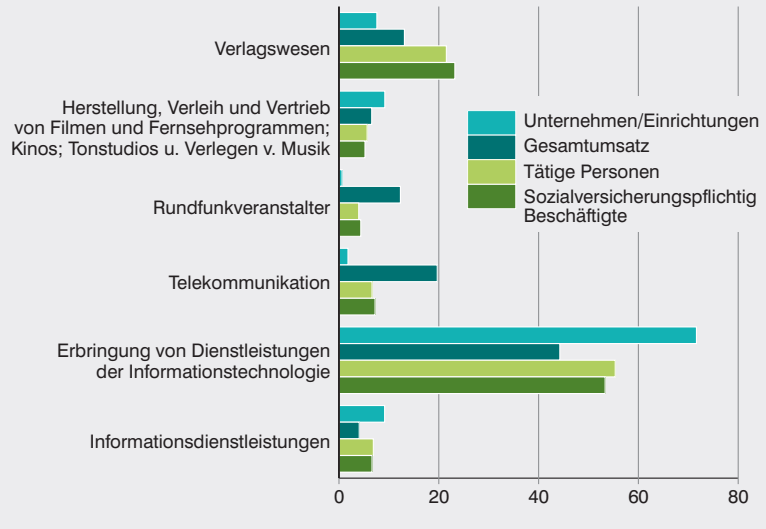


2012 waren in der genannten Branche 201 399 Personen tätig, darunter mit 180 762 fast 90 % abhängig Beschäftigte.

Der Abschnitt „Information und Kommunikation“ wurde durch die Abteilung „Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie“ (z. B. Programmierungstätigkeit) dominiert, in der die meisten Unternehmen (14 361), mit rund 19 Milliarden Euro die höchsten Umsätze und mit 111 488 auch die meisten tätigen Personen vorlagen. „Rundfunkveranstalter“ stellten die anteilmäßig schwächste Abteilung dar. Hier wurden lediglich 126 Unternehmen bzw. Einrichtungen und 7 971 tätige Personen verzeichnet. Die geringsten Umsätze wies mit 1,73 Milliarden Euro der Sektor „Informationsdienstleistungen“ (z. B. Hosting, Webportale) auf.

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich in Bayern 2012 Unternehmen, Umsatz und Beschäftigte des Abschnitts „Information und Kommunikation“ nach Wirtschaftsabteilungen

Relativer Anteil in Prozent



Eine Kurzübersicht findet sich unter www.statistik.bayern.de/statistik/finanzen. Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische

Bericht „Struktur des bayerischen Dienstleistungssektors 2012“ (Bestellnummer: J1100C 201200, nur als Datei).*



Tourismus

Gästekünfte und Übernachtungen in Bayern im April 2014 im Plus

Zweistellige Zuwächse bei den Campingplätzen (Gästekünfte: +98,7%, Übernachtungen: +88,4%), den Ferienzentren, -häusern und -wohnungen (Gästekünfte: +48,3%, Übernachtungen: +40,1%) sowie den Jugendherbergen und Hütten (Gästekünfte: +15,6%, Übernachtungen: +12,4%) bescherten dem bayerischen Beherbergungsgewerbe im April 2014 eine positive Fremdenverkehrsbilanz. Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl aller Gästekünfte in den gut 12 000 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetrieben* im April 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,5% auf knapp 2,4 Millionen, die Zahl der Übernachtungen

erhöhte sich um 5,8% auf über 6,1 Millionen. Im Inländerreiseverkehr (Gästekünfte: +4,3%; Übernachtungen: +8,6%) stiegen die Gästezahlen, im Ausländerreiseverkehr gingen sie zurück (Gästekünfte: -3,1%; Übernachtungen: -4,6%).

Mit Ausnahme Mittelfrankens (Gästekünfte: -6,0%; Übernachtungen: ± 0,0%), stiegen Gästekünfte und Übernachtungen in allen Regierungsbezirken. Schwaben (Gästekünfte: +11,4%; Übernachtungen: +15,8%), Niederbayern (Gästekünfte: +10,2%; Übernachtungen: +9,8%) und die Oberpfalz (Gästekünfte: +2,1%; Übernachtungen:

+10,5%) verzeichneten im April die höchsten Zuwächse bei Gästekünften bzw. Übernachtungen.

Von Januar bis April 2014 blieb die Zahl der Gästekünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert bei knapp 8,4 Millionen, die Zahl der Übernachtungen verringerte sich um 1,1% auf gut 22,0 Millionen.

* Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im April und im Winterhalbjahr 2013/14“. Bestellnummer: G41003 201404, Preis der Druckausgabe: 17,60 €.*

Bayerns Fremdenverkehr im April und im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart —— Herkunft —— Gebiet	April				Januar bis April			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 187 081	- 1,3	2 505 185	1,5	4 343 597	- 0,2	9 232 992	- 0,7
Hotels garnis	414 880	0,4	931 696	0,4	1 500 924	0,1	3 377 570	- 2,3
Gasthöfe	247 476	- 3,3	522 945	- 0,2	849 015	- 2,2	1 795 801	- 3,2
Pensionen	103 804	5,5	286 687	4,6	371 538	- 1,8	1 073 883	- 5,2
Hotellerie zusammen	1 953 241	- 0,9	4 246 513	1,3	7 065 074	- 0,5	15 480 246	- 1,7
Jugendherbergen und Hütten	75 691	15,6	177 120	12,4	243 011	3,5	589 251	0,9
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	120 824	- 9,9	377 549	0,0	487 506	- 4,7	1 422 903	- 5,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen .	90 309	48,3	430 955	40,1	303 930	0,8	1 651 832	- 1,9
Campingplätze	90 571	98,7	291 651	88,4	136 983	50,4	504 989	36,0
Vorsorge- und Reha-Kliniken	37 553	8,3	625 206	1,0	140 045	3,9	2 371 983	- 0,6
Insgesamt	2 368 189	2,5	6 148 994	5,8	8 376 549	0,0	22 021 204	- 1,1
davon aus dem								
Inland	1 815 211	4,3	5 001 137	8,6	6 419 817	- 0,4	17 810 498	- 1,7
Ausland	552 978	- 3,1	1 147 857	- 4,6	1 956 732	1,5	4 210 706	1,3
davon								
Oberbayern	1 089 279	0,5	2 547 109	1,4	3 966 995	- 0,2	9 315 808	- 1,9
darunter München	519 816	2,4	1 072 731	1,2	1 851 027	2,1	3 711 330	1,0
Niederbayern	229 277	10,2	892 884	9,8	767 990	- 1,4	3 079 745	- 2,2
Oberpfalz	136 132	2,1	358 175	10,5	465 261	0,6	1 200 650	0,7
Oberfranken	139 071	4,1	368 740	7,9	440 357	0,4	1 153 134	- 0,3
Mittelfranken	256 917	- 6,0	534 312	0,0	929 475	- 0,3	1 934 846	0,8
darunter Nürnberg	109 747	- 11,1	201 328	- 4,2	420 589	- 2,5	815 236	2,3
Unterfranken	197 003	2,7	535 890	7,8	648 262	1,9	1 724 427	2,1
Schwaben	320 510	11,4	911 884	15,8	1 158 209	0,9	3 612 594	- 1,5





Verkehr

Leichter Anstieg der Straßenverkehrsunfälle in Bayern 2014

Nach vorläufigen Ergebnissen nahm die Polizei im April 2014 insgesamt 29 954 Straßenverkehrsunfälle in Bayern auf. Das war ein Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Unfälle mit Personenschaden stiegen um 2,5% auf rund 3 870 Fälle, Sachschadensunfälle nahmen um 0,8% auf rund 26 000 zu.

Es verunglückten damit im April 2014 insgesamt über 5 000 Menschen bzw. 2,4% mehr als im Vor-

jahresmonat. Die Gesamtzahl der Verunglückten umfasst 48 Getötete (+9,1%), 860 Schwerverletzte (-1,3%) und 4 190 Leichtverletzte (+3,2%).

Im Bereich der Sachschadensunfälle nahmen die schwerwiegenden Unfälle um 1,5% auf 668 zu, sonstige Unfälle unter dem Einfluss berauschernder Mittel sanken um 1,5% auf 130 Fälle. Die übrigen Sachschadensunfälle, die als so-

genannte Bagatellunfälle zahlenmäßig den größten Anteil des Unfallgeschehens ausmachen, stiegen um 0,8% auf 25 288.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im April 2014“. (Bestellnummer: H1101C 201404, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im April 2014								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle ----- Verunglückte	April		Veränderung		Januar bis April		Veränderung	
	2014	2013*			2014	2013*		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	29 954	29 651	303	1,0	111 959	116 950	- 4 991	- 4,3
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 868	3 774	94	2,5	14 219	13 105	1 114	8,5
Unfälle mit nur Sachschaden	26 086	25 877	209	0,8	97 740	103 845	- 6 105	- 5,9
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	668	658	10	1,5	3 049	4 260	- 1 211	- 28,4
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschernder Mittel	130	132	- 2	- 1,5	488	570	- 82	- 14,4
übrige Sachschadensunfälle	25 288	25 087	201	0,8	94 203	99 015	- 4 812	- 4,9
Verunglückte insgesamt	5 098	4 977	121	2,4	19 207	18 068	1 139	6,3
dav. Getötete	48	44	4	9,1	155	151	4	2,6
Verletzte	5 050	4 933	117	2,4	19 052	17 917	1 135	6,3
dav. Schwerverletzte	860	871	- 11	- 1,3	3 108	2 709	399	14,7
Leichtverletzte	4 190	4 062	128	3,2	15 944	15 208	736	4,8

* Endgültige Ergebnisse.



Preise

Inflationsrate in Bayern im Juni 2014 bei 0,7%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Juni 2014 bei +0,7%; im vorangegangenen Mai hatte sie bei 0,6% gelegen.

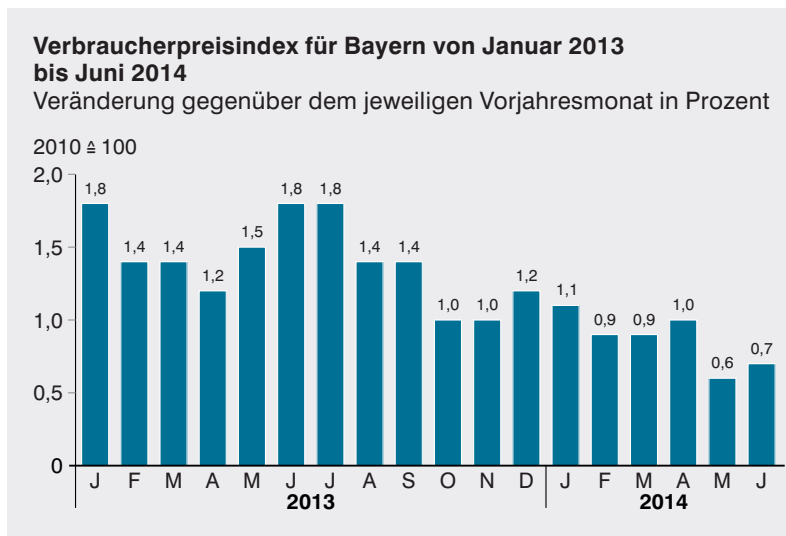
Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem Juni des Vorjahres nur um 0,4% erhöht. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung dabei sehr unterschiedlich. Erheblich teurer als im Vorjahr waren insbesondere Molkereiprodukte.

So haben sich beispielsweise die Preise für Joghurt (+10,6%) und frische Milch (+6,0%) deutlich erhöht. Preisrückgänge waren hingegen bei Gemüse (-7,4%) und Obst (-2,7%) zu beobachten. Auch Eier (-12,0%) haben sich binnen Jahresfrist spürbar verbilligt.

Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem Juni des Vorjahres um 3,2% gefallen. Bei Gas war ein geringfügiger Preisrückgang von 0,3% zu verzeichnen. Die Preise für Strom sind um 1,0% gestiegen. Kraftstoffe waren im Juni 2014 um 0,3% günstiger als im Juni des Vorjahres.

Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Juni des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,5%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Juni weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Fernsehgeräte (-8,6%), tragbare Computer (-9,7%) und DVD-Recorder (-11,9%) spürbar günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise im Gesamtniveau um 0,2% gestiegen. Nur geringfügige Preisänderungen wa-



ren bei Heizöl (-0,3%) zu beobachten. Die Preise für Kraftstoffe haben sich gegenüber dem Vormonat um 1,4% erhöht. Insbesondere aus saisonalen Gründen sind die Preise für Pauschalreisen (+11,7%) kräftig gestiegen. Leichte Preisrückgänge waren bei Obst (-0,8%) und Gemüse (-0,9%) zu beobachten. Nahrungsmittel insgesamt haben sich binnen Monatsfrist um 0,4% verbilligt.

Hinweis
Die Presseinformation zum Berichtsmonat Juni 2014 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Juni 2014 mit Jahreswerten von 2011 bis 2013 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201406, nur als Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis Juni 2014 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201406, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*



Arbeitnehmerverdienste in Bayern im Jahresvergleich um 2,3% gestiegen

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im ersten Quartal 2014 im Durchschnitt bei 3 629 Euro. Dies waren 2,3% mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei stieg die Anzahl der im Wochendurchschnitt bezahlten Arbeitsstunden von 38,6 auf 38,8 Stunden. Der Bruttostundenverdienst erhöhte sich um 2,0% auf 21,55 Euro.

Im Dienstleistungsbereich stiegen die Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer binnen Jahresfrist im

Durchschnitt um 1,7% auf monatlich 3 542 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal von 39,2 auf 39,4 Stunden. Stärkere Zuwächse waren im produzierenden Gewerbe zu beobachten. Dort stiegen die Bruttomonatsverdienste auf 3 754 Euro, was einer jährlichen Steigerungsrate von 3,2% entspricht. Dies ging mit einem Zuwachs der Bruttostundenverdienste auf 22,83 Euro (+3,2%) einher. Die Anzahl der bezahlten Wochenstunden blieb unverändert bei 37,9 Stunden.

Hinweis
Diese Daten sind Ergebnisse der vierteljährlich stattfindenden Verdiensterhebung. Befragt werden in einer repräsentativen Stichprobe ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Tiefer gegliederte Ergebnisse werden voraussichtlich bis Ende Juni 2014 im Statistischen Bericht veröffentlicht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im ersten Quartal 2014“ (Bestellnummer: N1100C 201441, nur als Datei).*



Öffentliche Finanzen, Steuern, kommunaler Finanzausgleich

Bayerische Kommunen reduzierten 2013 weiter ihre Schuldenlast

Der Schuldenstand der Kernhaushalte der kommunalen Körperschaften in Bayern (Gemeinden, Gemeindeverbände, nicht-kaufmännisch buchende kommunale Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften) belief sich am 31. Dezember 2013 auf 13 973,4 Millionen Euro. Damit hat sich die Verschuldung im Laufe des Jahres um 3,8% oder rund 550 Millionen Euro verringert. Bereits in den vorhergehenden Jahren wurden Schulden abgebaut: Im Jahr 2011 verringerte sich der Schuldenberg um 260,6 Millionen Euro bzw. um 1,7%, im Jahr 2012 um 461,1 Millionen Euro bzw. 3,1%.

Mehr Schulden als im Vorjahr wurden lediglich für zwei Teilgruppen der kommunalen Körperschaften ermittelt: Die nicht-kaufmännisch buchenden Zweckverbände erhöhten ihren Schuldenstand um 34,1 Millionen Euro bzw. 4,1% auf 870,4 Millionen Euro, bei den Verwaltungsgemeinschaften nahm dieser um 5,4 Millionen Euro bzw. 18,0% auf 35,7 Millionen Euro zu. Dagegen verminderten die kreisfreien Städte ihren Schuldenstand zum 31. Dezember 2013 um 495,5 Mil-

lionen Euro bzw. 9,9% auf 4 487,4 Millionen Euro. Auch die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreise haben einen Schuldenabbau gemeldet, und zwar um 49,6 Millionen Euro bzw. 0,8% auf 6 318,9 Millionen Euro sowie um 11,3 Millionen Euro bzw. 0,5% auf 2 129,3 Millionen Euro. Besonders kräftig reduzierten die Bezirke ihre Schuldenlast um 20,3% auf 131,7 Millionen Euro.

Die Schulden aller kommunalen Haushalte setzten sich Ende 2013 aus 13 823,2 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen und 150,2 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich zusammen.

Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner gelten in der Schuldenstatistik als ein Maßstab für die Höhe der kommunalen Verschuldung. Zum 31. Dezember 2013 ergab sich hier ein Betrag von 1 034 Euro je Einwohner. In den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und den Schulden beim öffentlichen Bereich sind

bei den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften auch Kaschenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe enthalten. Diese hatten am 31. Dezember 2013 einen Stand von 260,9 Millionen Euro, 4,8% weniger als ein Jahr zuvor.

Nicht in den 13 973,4 Millionen Euro Schulden enthalten sind die Schulden der kaufmännisch buchenden öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung (FEU). Diese beliefen sich Ende 2013 auf insgesamt 22 343,2 Millionen Euro, was einer Zunahme um 0,3% entspricht. Zu den FEU zählen unter anderem die kommunalen Eigenbetriebe (inklusive Krankenhäuser) mit einem Schuldenstand von 4 218,7 Millionen Euro (-0,2%), in öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführte FEU mit 1 401,2 Millionen Euro (-2,7%) und privatrechtliche Wirtschaftsunternehmen mit 16 723,3 Millionen Euro (+0,8%). Bei allen FEU ist die Mehrheit der Anteile in öffentlicher Hand.



Gesamtrechnungen

Wirtschaftswachstum von 2002 bis 2012 in der Oberpfalz am stärksten

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen wuchs in Bayern in der Dekade von 2002 bis 2012 insgesamt um 30,6%. Am stärksten war das Wirtschaftswachstum dabei in der Oberpfalz mit 35,7%

vor Niederbayern mit 34,2% und Schwaben mit 30,6%. Am wenigsten nahm das nominale Bruttoinlandsprodukt in Oberfranken (+28,7%) und Unterfranken (+25,9%) zu.

Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise war die wirtschaftliche Entwicklung von 2002 bis 2012 in den kreisfreien Städten Ingolstadt (+96,7%) und Coburg (+90,0%) besonders dynamisch.

Änderung des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen 2012 gegenüber 2002 sowie Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2012 in den bayerischen Regierungsbezirken		
Regierungsbezirk	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2012
	Änderung 2012 gegenüber 2002 in Prozent	€
Oberbayern	30,5	44 981
Niederbayern	34,2	32 395
Oberpfalz	35,7	34 151
Oberfranken	28,7	30 991
Mittelfranken	30,3	35 465
Unterfranken	25,9	33 154
Schwaben	30,6	33 296
Bayern	30,6	37 493

Die zehn kreisfreien Städte und Landkreise mit der höchsten und der geringsten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen in Bayern von 2002 bis 2012			
Kreisfreie Stadt/Landkreis	Zunahme in Prozent	Kreisfreie Stadt/Landkreis	Zunahme in Prozent
Ingolstadt, Kreisfreie Stadt	96,7	Aichach-Friedberg, Landkreis	16,5
Coburg, Kreisfreie Stadt	90,0	Kaufbeuren, Kreisfreie Stadt	16,0
Erlangen, Kreisfreie Stadt	60,2	Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	15,8
Pfaffenhofen a.d. Ilm, Landkreis	57,4	Weiden i.d.OPf., Kreisfreie Stadt	15,3
Donau-Ries, Landkreis	51,6	Hof, Kreisfreie Stadt	14,2
Neumarkt i.d.OPf., Landkreis	51,3	Coburg, Landkreis	13,8
Regensburg, Kreisfreie Stadt	51,0	Kronach, Landkreis	9,2
Dingolfing-Landau, Landkreis	45,8	Fürth, Kreisfreie Stadt	6,2
Dillingen a.d. Donau, Landkreis	45,7	Aschaffenburg, Landkreis	5,8
Aschaffenburg, Kreisfreie Stadt	44,2	Schwabach, Kreisfreie Stadt	2,0

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Es folgen die kreisfreie Stadt Erlangen (+60,2%) sowie der Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm (+57,4%). Am schwächsten war das Wirtschaftswachstum in der kreisfreien Stadt Schwabach (+2,0%), dem Landkreis Aschaffenburg (+5,8%) und der kreisfreien Stadt Fürth (+6,2%).

Die Wirtschaftskraft, ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, war in Oberbayern im Jahr 2012 mit 44 981 Euro am höch-

sten. Es folgen Mittelfranken mit 35 465 Euro und die Oberpfalz mit 34 151 Euro. Mit Ausnahme von Oberbayern lagen alle Regierungsbezirke unter dem bayerischen Durchschnitt von 37 493 Euro. Auf Kreisebene zeigten im Jahr 2012 die kreisfreien Städte Ingolstadt (101 016 Euro), Schweinfurt (85 934 Euro) sowie der Landkreis München (85 673 Euro) die höchsten Werte.

Hinweis
Die hier vorgelegten Ergebnisse wurden nach den methodischen Vorgaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, berechnet. Weitere Informationen und Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.vgrdl.de abgerufen werden.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Bayern 2000, 2006 bis 2012; Kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Regionen und Arbeitsmarktregionen“ (Bestellnummer: P 1300C 201200, nur als Datei).*



Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Zensus 2011: In knapp einem Drittel aller bayerischen Haushalte leben Senioren

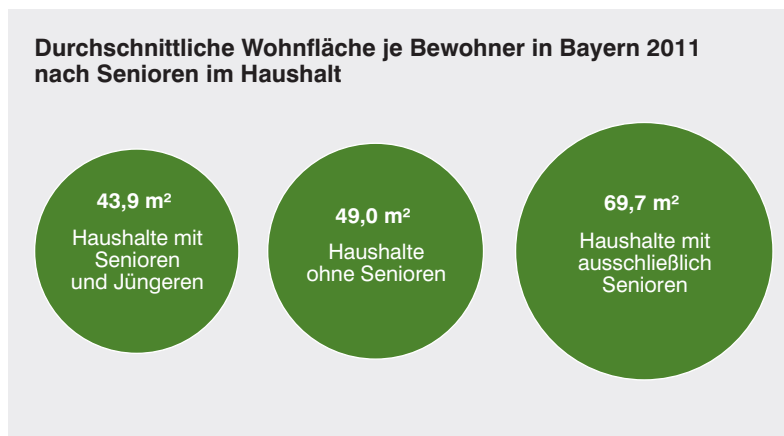
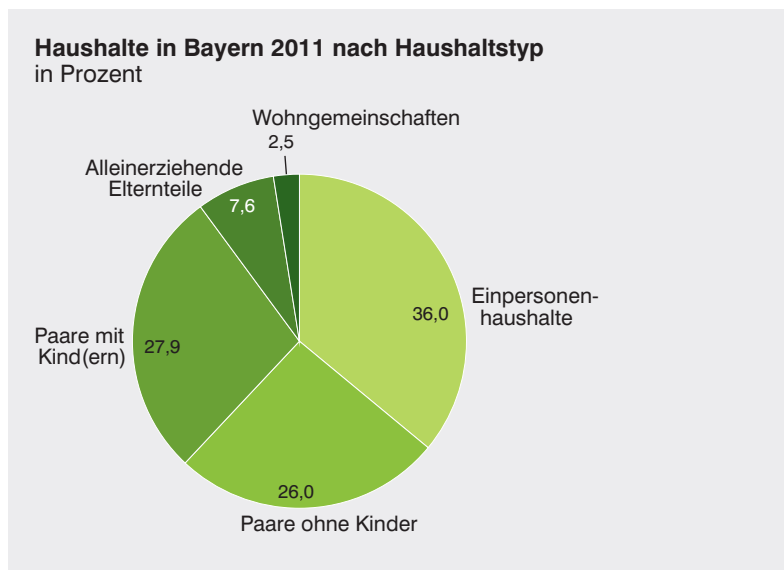
Im Rahmen des Zensus 2011 stehen endgültige Ergebnisse zu den Themen Haushalte und Familien

zur Verfügung. In 1 723 574 und damit in 30,3% der 5 679 508 Haushalte in Bayern leben Seni-

oren, also Personen ab 65 Jahren. Betrachtet man die Wohnsituation von Senioren, so zeigen sich deut-

liche Unterschiede im Vergleich zu jüngeren Personen. Während reinen Seniorenhaushalten im Schnitt 69,7 Quadratmeter pro Person zur Verfügung stehen, sind es für Haushalte, in denen nur Personen unter 65 Jahren leben, nur 49,0 Quadratmeter. Auch bezüglich der Eigentümerquote zeigen sich klare Differenzen: 73,0% der Haushalte, in denen Senioren und jüngere Personen zusammenleben, leben in den eigenen vier Wänden. Für Haushalte, in denen ausschließlich Senioren leben, liegt der Wert bei 54,5%, für Haushalte ohne Senioren bei 46,9%. Allerdings ist bei der Betrachtung dieser Zahlen zu beachten, dass Gemeinschaftsunterkünfte wie beispielsweise Pflegeheime nicht berücksichtigt sind. Weitere Ergebnisse des Zensus 2011 betreffen die Art der privaten Haushalte. Bei 36,0% der insgesamt 5 679 508 Haushalte in Bayern handelt es sich um Singlehaushalte. Damit liegt Bayern leicht unter dem gesamtdeutschen Anteil von 37,2%. In den kreisfreien Städten Bayerns fällt der Anteil der Singlehaushalte deutlich höher aus als in den Landkreisen. So liegt dieser beispielsweise in der Stadt Regensburg bei 52,7%, während der Anteil im Landkreis Straubing-Bogen mit 23,3% wesentlich geringer ist.

In 26,0% der bayerischen Haushalte leben Paare ohne Kinder, in 27,9% Paare mit einem oder mehreren Kindern. Besonders fällt auf, dass es in Bayern 358 885 alleinerziehende Mütter, jedoch nur 73 651 alleinerziehende Väter gibt. Zudem zeigen sich auch bezüglich der Haushaltsart Unterschiede bei der Wohnfläche: Singlehaushalte leben durchschnittlich auf 73,0 Quadratmetern, während Paaren ohne Kinder 49,8 Quadratmeter und Paaren mit Kindern nur 33,8 Quadratmeter



pro Person zur Verfügung stehen. Für alleinerziehenden Elternteile und deren Kinder liegt der Schnitt bei 42,6 Quadratmetern.

Durchschnittlich leben in Bayern 2,2 Personen zusammen in einem Haushalt. Während 31,4% der Haushalte aus zwei Personen bestehen, beträgt der Anteil der Dreipersonenhaushalte nur 14,8%. Lediglich 1,7% aller Haushalte setzen sich aus sechs oder mehr Personen zusammen. Insgesamt ist festzuhalten, dass Personen mit Migrationshintergrund tendenziell in größeren Haushalten leben als Personen ohne Migrationshintergrund. So wohnen 42,7% der Personen mit Migrationshintergrund

in Haushalten mit vier oder mehr Personen, aber nur 34,0% der Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem leben 12,1% aller Bürger mit Migrationshintergrund allein, während es bei denjenigen ohne Migrationshintergrund 16,3% sind.

Hinweis

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bietet eine Reihe von Informationsangeboten zu den Ergebnissen des Zensus 2011 an, unter anderem eine umfangreiche Datenbank. Diese steht der Öffentlichkeit kostenlos unter www.zensus2011.de zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die folgenden Statistischen Berichte und Informationsflyer.

Das Material kann im Internet unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus-ergebnisse als Datei kostenlos heruntergeladen werden:

Statistische Berichte

- „Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“
(Bestellnummer: A01013 201451, Preis der Druckausgabe: 30,40 €)*
- „Zensus 2011: Gemeindedaten Gebäude und Wohnungen – Ergebnisse für Bayern“

(Bestellnummer: F01113 201451, Preis der Druckausgabe: 31,20 €)*

- „Zensus 2011: Gemeindedaten Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse für Bayern“

(Bestellnummer: F0151C 201451, nur als Datei)*

Informationsbroschüre und -flyer

- „Zensus 2011: Ergebnisse für Bayern“: Broschüre mit Schaubildern und Tabellen
- „Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 – Häufige Fragen“
- „Zensus 2011 in Deutschland – die Zensusdatenbank“

Die Veröffentlichungen stehen im Internet-Webshop zum kostenlosen Download als PDF- und/oder EXCEL-Datei bereit unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Printexemplare können sowohl über den Webshop als auch direkt beim Vertrieb des Landesamts bestellt werden (vertrieb@statistik.bayern.de bzw. Anschrift auf der zweiten Umschlagseite).

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2032 vorgestellt

Mit großer Spannung erwartet wird jedes Jahr die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für den Freistaat Bayern. Die aktuellen Zahlen – erstmals auf Zensus-Basis – wurden auf einer Pressekonferenz am 17. Juni 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Einwohnerzahl Bayerns wird gemäß dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung im Jahr 2032 bei 12,87 Millionen und damit um rund 350 000 Personen höher als zum 31. Dezember 2012 liegen. Regional unterscheidet sich die demographische Entwicklung jedoch erheblich. Während Oberbayern mit einer Bevölkerungszunahme von 10,1 % binnen 20 Jahren rechnen kann, ist in den nord- und ostbayerischen Gebieten ein Rückgang der Einwohnerzahl zu erwarten: Besonders Oberfranken (-8,1 %) und Unterfranken (-5,2 %) müssen sich auf erhebliche Bevölkerungsverluste einstellen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird bayernweit um rund 3,2 auf 46,5 Jahre steigen.

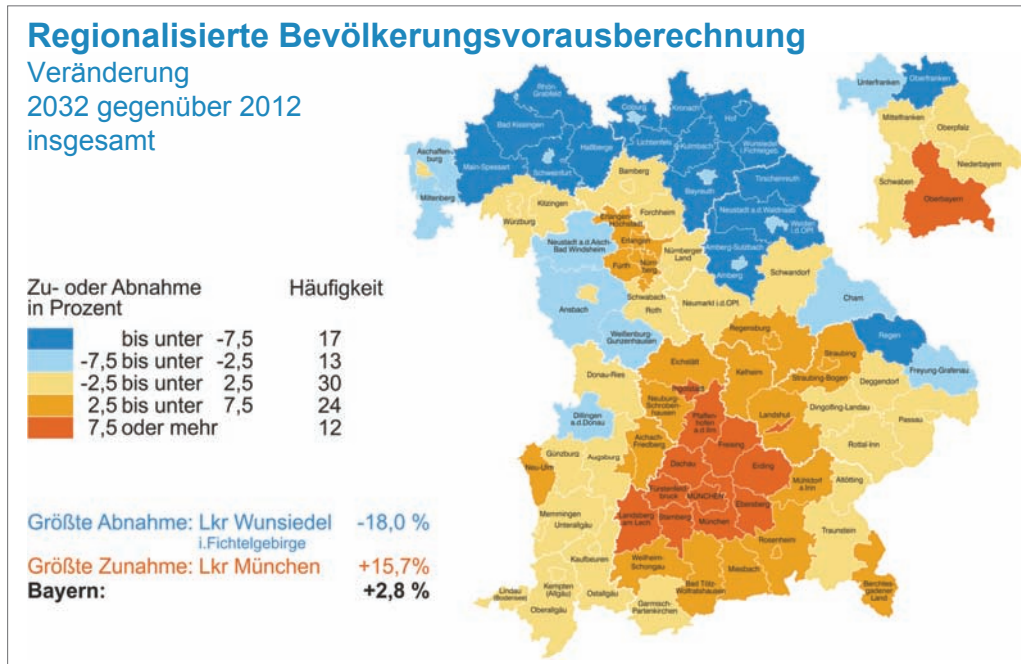


Herr Staatsminister Herrmann und Frau Präsidentin Frisch stellen die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung am 17. Juni auf einer Pressekonferenz in der Dienststelle Fürth vor.

Nach den vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung vorgelegten Ergebnissen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2032 wird die Einwohnerzahl Bayerns, ausgehend von rund 12,52 Millionen Personen Ende 2012, mittelfristig weiter zunehmen. Im Jahr 2023 wird die bayerische Bevölkerung mit rund 12,94 Millionen Personen ihr vorläufiges Maximum erreichen und danach wieder abnehmen. Im Jahr 2032 werden nach den jüngsten Berechnungen ca. 12,87 Millionen Menschen im Freistaat leben, was einem Plus von 2,8 % gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2012 entspricht.

Die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung ermittelt die zukünftigen Einwohnerzahlen bis auf die Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Auf Regierungsbezirksebene zusammengefasst, kann Oberbayern im Jahr 2032 mit einem sehr deutlichen Bevölkerungsplus von 10,1 %

rechnen. Niederbayern, Schwaben und Mittelfranken werden das derzeitige Niveau in etwa halten, während die Oberpfalz einen Rückgang von 1,7% zu verzeichnen hat. Am deutlichsten werden die Verluste in Unterfranken mit einem Minus von 5,2% und in Oberfranken mit einem Minus von 8,1% ausfallen.

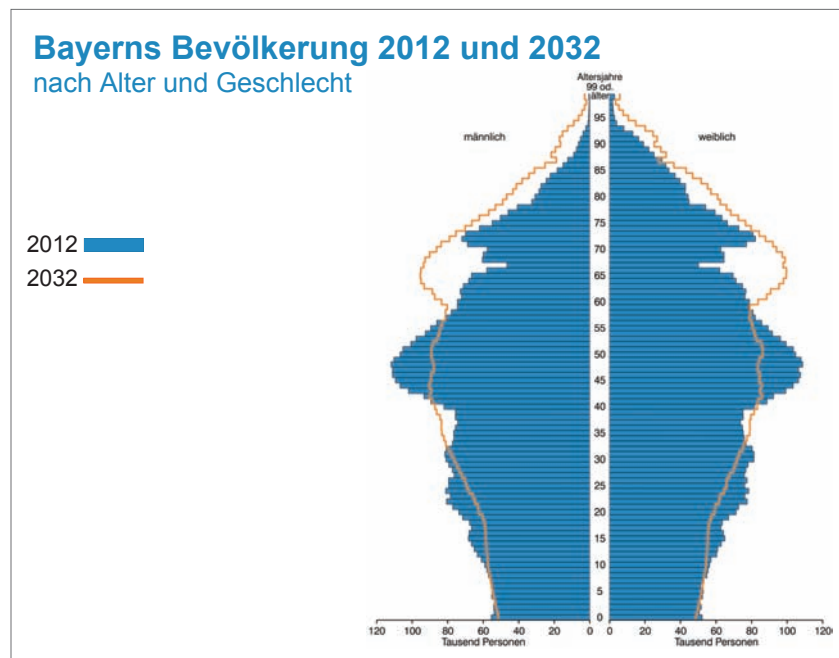


Die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt die unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerung Bayerns bis zum Jahr 2032.

Deutliche Veränderungen wird es aber nicht nur bei den Einwohnerzahlen, sondern auch bei der altersstrukturellen Zusammensetzung geben. Für das Jahr 2032 ist zu erwarten, dass das Durchschnittsalter der Bayern um rund 3,2 Jahre ansteigt. Liegt es derzeit bei 43,3 Jahren, so wird es in 20 Jahren 46,5 Jahre betragen. Von dieser zunehmenden Tendenz sind alle Regierungsbezirke betroffen. Noch deutlicher wird das Bild beim Blick auf die Veränderung einzelner Altersgruppen. Betrachtet man die unter 20-Jährigen, so wird ein Rückgang dieser Gruppe von aktuell rund 2,36 Millionen Personen auf 2,25 Millionen im Jahr 2032 erwartet (-4,7%). Deutliche Zuwächse wird es dagegen in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren geben. Die im Jahr 2012 noch 2,46 Millionen Personen große Altersgruppe wird binnen 20 Jahren auf 3,43 Millionen Personen anwachsen und damit einen Zuwachs von rund 39% verzeichnen können.

Die Vorausberechnung zeigt, wie sich die Bevölkerung unter Beibehaltung der bisherigen Trends in ihrer Zahl und ihrer Altersstruktur entwickeln würde und ist wichtige Planungsgrundlage zukünftigen Handelns. Sie wird jährlich durch das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung aktualisiert.

Einen ausführlichen Beitrag über Ergebnisse und Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung finden Sie in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Bayern in Zahlen“.



Die Alterspyramide 2032 im Vergleich zu 2012 zeigt die älter werdende Gesellschaft.



Ausführliche aktuelle Ergebnisse zur „Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2032“ und zur „Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2024“ enthalten die folgenden Hefte der Beiträge zur Statistik Bayerns:

- 546 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2032
Gesammelte Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise sowie für das Land, die Regierungsbezirke und die Regionen
Heft (Bestellnummer A18202 201400; Preis pro Heft 20,50 €)
XLS-Datei (kostenlos zum Download)
PDF-Datei (kostenlos zum Download)
- 546 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2032
Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie für das Land, die Regierungsbezirke und die Regionen – Auswahl einzelner Profile
Heft (Bestellnummer A182A2 201400; Preis pro Heft 5,00 €)
PDF-Datei (kostenlos zum Download)
- 546 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2032
(erscheint voraussichtlich Ende des 4. Quartals 2014. Zur Zeit ist nur die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2029 (Heft 541) verfügbar unter www.statistik.bayern.de/statistik/gemeinden/) Demographie-Spiegel für bayerische Gemeinden – Auswahl einzelner Gemeindeprofile
Heft (Bestellnummer: A182B2 201151; Preis pro Heft 5,00 €)
PDF-Datei (kostenlos zum Download)
- 545 Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern 2011 bis 2024
Heft (Bestellnummer: A19002 201451; Preis pro Heft 17,00 €)
PDF Datei (kostenlos zum Download)

Die Veröffentlichungen stehen auf der Homepage des Landesamts (www.statistik.bayern.de) zum kostenlosen Download als PDF – und für Heft 546 auch als Excel-Datei bereit unter Demographischer Wandel (www.statistik.bayern.de/statistik/demwa/). Printexemplare können sowohl über den Webshop (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen) als auch direkt beim Vertrieb des Landesamts bestellt werden (vertrieb@statistik.bayern.de bzw. Anschrift auf der zweiten Umschlagseite).

Bildung in Deutschland 2014

Der neu erschienene fünfte Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“ liefert eine umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems: von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über die allgemeine und berufliche Bildung und die Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Der Bericht informiert auf der Grundlage von Indikatoren über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, über dessen Leistungsfähigkeit und Problemlagen. Eine vertiefende Analyse widmet sich der Bildung von Menschen mit Behinderungen.

Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören. Die Federführung lag beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Der vollständige Bericht steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamts unter www.destatis.de im Bereich *Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Bildung, Forschung, Kultur* zum Download zur Verfügung. Auf der Webseite www.bildungsbericht.de finden Sie zusätzlich ergänzende Tabellen.



Kleine Feier zum Abschluss des Wahlmarathons

Die vergangenen Monate hatten es in sich: Europawahl, Kommunalwahlen samt Stichwahl, Nachbereitung von Landtags- und Bundestagswahl – die Landeswahlleitung war gut beschäftigt. Die Präsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, gleichzeitig Landeswahlleiterin des Freistaats Bayern, wird in dieser Funktion unterstützt durch das „Sachgebiet Wahlen“ sowie zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Teilen des Amts. Mit einem kleinen Empfang bedankte sich Frau Marion Frisch dafür.



Frau Präsidentin Frisch bedankte sich mit einer kurzen Rede bei allen, die zum Gelingen der Wahlen beigetragen haben.

Die Präsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung ist in Personalunion gleichzeitig Landeswahlleiterin des Freistaats Bayern. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe steht ihr das „Sachgebiet Wahlen“ unter Leitung des Stellvertretenden Landeswahlleiters, Herrn Werner Kreuzholz, zur Verfügung, außerdem unterstützen zahlreiche weitere Sachgebiete des Landesamts die Landeswahlleiterin technisch wie personell bei der Durchführung ihrer Aufgaben.

Die vergangenen Monate waren geprägt von den Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Die Nachbereitungen dieser Abstimmungen dauern zwar noch immer an, trotzdem bedankte sich Frau Frisch bei allen Helferinnen und Helfern mit einem kleinen Empfang. Anwesend waren auch Herr MDirig Spilarewicz und Herr MR Dr. Thum, als Abteilungsleiter bzw. Sachgebietsleiter im Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr zuständig für Wahlen. Bei Getränken und kleinen Häppchen konnte man sich ungezwungen kennenlernen.

Frau Frisch und Herr Spilarewicz bedankten sich in kurzen Ansprachen herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für die hervorragende Arbeit der vergangenen Monate und die gewohnt reibungslose und zuverlässige technische wie organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. „Die Bewältigung dieser Herausforderung hat einiger Anstrengungen bedurft, aber mit Ihrer Mitwirkung haben wir das zu einem guten Abschluss gebracht“, betonte Frau Frisch in ihren Dankesworten. Ein Dank ging auch an die eingeladenen Kolleginnen und Kollegen des IT-Dienstleistungszentrums des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, die ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Wahlen geleistet haben.



Frau Präsidentin Frisch, Herr MDirig Spilarewicz, Herr Böttcher, Herr MR Dr. Thum und Herr Kreuzholz (v.l.n.r.).



Alle wichtigen Informationen aus dem Bereich Wahlen, wie z. B. die Rechtsgrundlagen, Vordrucke, Bekanntmachungen und die Ergebnisse, sind unter www.wahlen.bayern.de zu finden.

Im Internet-Webshop des Landesamts sind alle Veröffentlichungen zu den Wahlen als kostenfreie Datei zum Download bereitgestellt bzw. als kostenpflichtiger Print bestellbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/, und zwar in der Kategorie „Wahlen“.

Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung in Bayern 2013

Marion Geiger, Master in Economics

Im Jahr 2013 lagen die Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftszweige bei 3 598 Euro. Dabei wurde durchschnittlich im Produzierenden Gewerbe mit 3 710 Euro mehr verdient als im Dienstleistungsbereich mit 3 519 Euro. Der Nominallohnindex, der die Entwicklung der gesamten Wirtschaft über alle Beschäftigten zeigt, konnte im Jahr 2013 ein Plus von 1,6 % im Vorjahresvergleich erreichen. Die positive Entwicklung seit dem Krisenjahr 2009 konnte also – wenn auch in abgeschwächter Form – fortgesetzt werden. Bereinigt man die Nominallöhne um die Verbraucherpreise, war jedoch lediglich ein marginaler Anstieg der Reallöhne von 0,2 % für das Jahr 2013 zu verzeichnen.

Informationen zur Statistik

Bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden quartalsweise ca. 5 000 bayerische Betriebe aus nahezu allen Branchen der Wirtschaft befragt. Auch die Bereiche Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie Erziehung und Unterricht werden seit Anfang 2009 in die Statistik einbezogen. Die Daten zu diesen Bereichen werden jedoch nicht erhoben, sondern aus der Personalstandstatistik geschätzt. Nicht erfasst werden die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei und Fischzucht sowie die privaten Haushalte.

Die Betriebe werden nach einem mathematisch-statistischen Verfahren ausgewählt. Seit dem ersten Quartal 2012 kommt dabei ein rollierendes Stichprobenverfahren zur Anwendung. Dies bedeutet, dass in jedem Jahr ein Teil der Erhebungseinheiten aus der Berichtspflicht entlassen wird, während stets in gleichem Umfang zuvor nicht berichtspflichtige Einheiten zur Meldung der Daten neu herangezogen werden. Bei dem jährlichen Austausch von Erhebungseinheiten wird die Dauer der bisherigen Berichtspflicht bzw. die Dauer, in der der Betrieb nicht berichtspflichtig war, berücksichtigt. Das rollierende Stichprobenverfahren stellt somit sicher, dass die mit der Berichtspflicht zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung verbundenen Belastungen nicht

stets von den gleichen Einheiten getragen werden müssen, sondern sich mittelfristig auf die gesamte Wirtschaft verteilen. Gleichzeitig wird durch die jährliche Anpassung der Stichprobe die aktuelle Wirtschaftsstruktur besser abgebildet, da der „Sterbeanteil“ an Betrieben (sogenannte Panelsterblichkeit¹) durch neue berichtspflichtige Betriebe aufgefüllt wird. Ebenso entstehen durch den Austausch eines Teils der Stichprobe geringere Brüche in den Zeitreihen als bei einem kompletten Austausch berichtspflichtiger Betriebe. Nichtsdestotrotz sind auch bei einem Teilaustausch der Betriebe Brüche in den Zeitreihen zu vermuten. Die in diesem Aufsatz dargestellten Ergebnisse müssen also stets vor dem Hintergrund eines teilweisen Austausches der Stichprobe gesehen werden.

Die Merkmale, die bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst werden, sind im Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 festgelegt. Sie lassen sich in der Regel aus den Lohnabrechnungssystemen der Betriebe gewinnen. Erfragt werden die Anzahl der Beschäftigten, die bezahlten Arbeitsstunden, die Bruttoverdienste und die sogenannten Sonderzahlungen. Sonderzahlungen sind unregelmäßige Zahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen etc., die

¹ Unter Panelsterblichkeit versteht man die Verringerung der Anzahl der Auskunfts-pflichtigen bspw. durch Geschäftsschließung.

nach den Lohnsteuerrichtlinien unter „sonstige Bezüge“ fallen. Die Angaben der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden gesondert nach der Art der Beschäftigung (vollzeit-, teilzeit-, geringfügig beschäftigt), nach dem Geschlecht und nach der beruflichen Qualifikation (Leistungsgruppe) abgefragt.

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden quartalsweise im Internetauftritt des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung² veröffentlicht und informieren über Entwicklung und Höhe der Verdienste sowie der Wochenarbeitszeiten von Arbeitnehmern. Neben den absoluten Zahlen zu den Verdiensten werden seit dem vierten Quartal 2013 auch der Nominallohn- und der Reallohnindex veröffentlicht. Zusätzlich werden die Daten nach Abschluss eines Jahres zu Jahresdurchschnitten zusammengefasst.

Die Daten aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden als Konjunkturstatistik zur kurzfristigen Abbildung der Entwicklung der Bruttoverdienste und Arbeitszeiten verwendet. Außerdem dienen sie der Berechnung von Vergleichseinkommen im Sozialrecht. Nutzer der erhobenen Daten sind z. B. die Tarifpartner und private Personen für Gehaltsverhandlungen. Zudem fließen die Daten in die Berechnung der Arbeitnehmerentgelte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in die Berechnung des Arbeitskostenindex und in die Berechnung der Diäten für Landtags- und zukünftig auch Bundestagsabgeordnete ein.

Struktur der Arbeitnehmer

Die insgesamt bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung nachgewiesenen Arbeitnehmer im Jahr 2013 verteilten sich auf 33,5% im Produzierenden Gewerbe und 66,5% im Dienstleistungsbereich. Von der Gesamtzahl der Arbeitnehmer waren 69,3% vollzeit-, 20,6% teilzeit- und 10,1% geringfügig beschäftigt. Männer machten unter den Arbeitnehmern einen Anteil von 55,3% und Frauen einen Anteil von 44,7% aus. Eine weitestgehend ähnliche Verteilung zeigte sich bereits in den vergangenen Jahren bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

Die Analysen im Folgenden beschäftigen sich hauptsächlich mit den Vollzeitbeschäftigten.

Ergebnisse 2013

Tabelle 1 zeigt die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten und Bruttomonatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2013 in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Der Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) lag bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern insgesamt im Durchschnitt bei 3 598 Euro. Dabei wurde im Produzierenden Gewerbe mit 3 710 Euro mehr verdient als im Dienstleistungsbereich mit 3 519 Euro. In Deutschland insgesamt verdiente ein Arbeitnehmer im Jahr 2013 durchschnittlich 3 449 Euro. In Bayern lag der Durchschnittsverdienst also um 4,3% höher als im gesamten Bundesgebiet.³

Den höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst (inkl. Sonderzahlungen) erzielten im Jahr 2013 Beschäftigte, die im Wirtschaftszweig Information und Kommunikation tätig waren (5 323 Euro). Das Schlusslicht bei den durchschnittlichen Verdiensten bildete – wie bereits seit 2008 – das Gastgewerbe. Mit einem durchschnittlichen Verdienst von 2 242 Euro erhielten die Beschäftigten des Gastgewerbes nicht einmal die Hälfte des Spitzendurchschnittsverdienstes.

Die Sonderzahlungen lagen im Jahr 2013 bei 417 Euro im Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftszweige. Sie fielen im Produzierenden Gewerbe mit 496 Euro durchschnittlich höher aus als im Dienstleistungsbereich mit 361 Euro. Die insgesamt höchsten Sonderzahlungen konnten jedoch trotzdem im Dienstleistungsbereich, im Wirtschaftszweig der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, erzielt werden (820 Euro). In allen Wirtschaftsbereichen zeigte sich, dass Frauen im Durchschnitt weniger verdienten als Männer und auch weniger Sonderzahlungen erhielten. Einzig bei den Sonderzahlungen im Bereich der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung war es umgekehrt; hier haben Frauen im Durchschnitt 23 Euro mehr bezogen.

Beim Vergleich der Bruttomonatsverdienste (sowohl insgesamt als auch ohne Sonderzahlungen) ist erkennbar, dass die Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen im Produzierenden Gewerbe geringer waren. Im Dienstleistungsbereich dage-

² www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/

³ Bundesergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung sind der Fachserie 16, Reihe 2.3 des Statistischen Bundesamts entnommen: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmergehalt/Arbeitnehmergehalt_J2160230137004.pdf?__blob=publicationFile

Tab. 1 Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit sowie durchschnittliche Bruttomonatsverdienste und Sonderzahlungen vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Bayern 2013 nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht

Wirtschaftszweige	Bezahlte Wochenarbeitszeit			Bruttomonatsverdienste						Sonderzahlungen		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt			ohne Sonderzahlungen			insgesamt	Männer	Frauen
				insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
Stunden				€								
Produzierendes Gewerbe												
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	41,5	41,7	39,0	3 460	3 469	(3 338)	3 201	3 208	(3 102)	(259)	(261)	/
Verarbeitendes Gewerbe	38,3	38,4	38,0	4 397	4 625	3 436	3 841	4 025	3 064	556	600	371
Energieversorgung	38,6	38,7	38,6	4 791	4 914	4 051	4 214	4 318	3 596	(576)	(597)	(456)
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,8	40,9	39,9	3 310	3 323	3 210	3 095	3 110	2 970	(215)	(212)	/
Baugewerbe	38,5	38,5	38,7	3 096	3 115	2 819	2 931	2 949	2 668	(165)	(166)	/
Produzierendes Gewerbe insgesamt	38,4	38,5	38,1	4 207	4 370	3 414	3 710	3 845	3 054	496	524	360
Dienstleistungsbereich												
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ..	39,1	39,4	38,6	3 936	4 253	3 327	3 499	3 762	2 993	(437)	(491)	(334)
Verkehr und Lagerei	40,2	40,4	38,9	3 023	3 040	2 942	2 783	2 805	2 682	/	/	/
Gastgewerbe	39,4	39,7	39,1	2 242	2 427	2 037	2 145	2 312	1 959	/	/	/
Information und Kommunikation	39,2	39,4	38,8	5 323	5 804	4 145	4 741	5 144	3 755	(582)	(660)	(389)
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ..	38,7	38,8	38,6	5 317	6 046	4 256	4 497	5 075	3 655	820	971	601
Grundstücks- und Wohnungswesen	38,9	39,1	38,8	4 633	(5 083)	3 971	4 076	(4 464)	3 505	/	/	/
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	39,6	38,9	5 118	5 887	3 802	4 427	5 010	3 431	(691)	/	(371)
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ...	38,3	38,5	37,7	2 365	2 439	2 193	2 263	2 335	2 095	(102)	(104)	(98)
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	39,9	40,0	39,6	3 494	3 576	3 269	3 314	3 403	3 074	179	173	196
Erziehung und Unterricht	39,9	39,9	39,8	4 320	4 663	3 961	4 087	4 416	3 742	233	247	218
Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	40,2	39,1	3 611	4 594	3 126	3 387	4 294	2 940	224	(300)	186
Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,3	39,6	38,9	4 304	5 138	2 859	3 746	4 367	2 669	558	771	(190)
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,3	39,6	38,9	3 626	4 090	3 053	3 365	3 774	2 859	(261)	(315)	(195)
Dienstleistungsbereich insgesamt	39,4	39,6	38,9	3 880	4 219	3 323	3 519	3 802	3 054	361	417	269
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich												
Insgesamt	39,0	39,1	38,7	4 015	4 292	3 345	3 598	3 823	3 054	417	469	291

gen waren die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste sehr heterogen.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit blieb über alle Wirtschaftszweige von 2012 auf 2013 konstant bei 39,0 Stunden. Die höchste wöchentliche Arbeitszeit wurde 2013 für den Wirtschaftszweig Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit 41,5 Stunden ermittelt. Dagegen brauchten Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen nur 38,3 Stunden zu arbeiten. Bei der Wochenarbeitszeit zeigt sich, dass bei den Vollzeitbeschäftigten im Durchschnitt Frauen weniger Stunden arbeiteten als Männer. Lediglich im Wirtschaftszweig des Baugewerbes hatten Frauen durchschnittlich 0,2 Stunden mehr zu arbeiten.

Fahrzeugbau und Maschinenbau

In dem für Bayern besonders wichtigen Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes konnte beim

Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) im Jahresvergleich ein stärkerer Anstieg (3,7%) als im gesamten Produzierenden Gewerbe (3,1%) verzeichnet werden. Bei den im Verarbeitenden Gewerbe bedeutenden Bereichen des Maschinenbaus und des Fahrzeugbaus wurden im Jahr 2013 ebenfalls positive Entwicklungen der Verdienste und auch ein Anstieg der bezahlten Wochenarbeitszeit beobachtet. Tabelle 2 zeigt die Bruttoverdienste und die bezahlte Wochenarbeitszeit inklusive deren Veränderung zum Vorjahr für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt sowie für die Wirtschaftszweige Maschinenbau und Fahrzeugbau. Mit 25,20 Euro waren beim Maschinenbau die Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) höher als beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (23,05 Euro). Dies wirkte sich dann auch auf die Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) aus, die bei 4 158 Euro lagen. Auch hier verzeichnete der Maschinenbau einen höheren Verdienst als der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (3 841 Euro).

Tab. 2 **Durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit, durchschnittliche Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen Maschinenbau und Fahrzeugbau in Bayern 2013**

Wirtschaftszweige	Bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttomonatsverdienste				Bruttostundenverdienste			
	insgesamt	Veränderung ggü. Vorjahr	insgesamt	Veränderung ggü. Vorjahr	ohne Sonderzahlungen	Veränderung ggü. Vorjahr	insgesamt	Veränderung ggü. Vorjahr	ohne Sonderzahlungen	Veränderung ggü. Vorjahr
Verarbeitendes Gewerbe	38,3	0,0	4 397	3,6	3 841	3,7	26,39	3,6	23,05	3,8
darunter										
Maschinenbau	38,0	0,1	4 668	4,0	4 158	4,7	28,29	3,7	25,20	4,4
Fahrzeugbau	37,0	0,1	5 497	1,6	4 393	2,9	34,15	1,1	27,29	2,4

Der Fahrzeugbau konnte im Jahr 2013 keine so hohen Zuwächse bei den Bruttostundenverdiensten (ohne Sonderzahlungen) verzeichnen wie in den Vorjahren. So war der Anstieg der Bruttostundenverdienste mit 2,4% geringer als der im Bereich Maschinenbau (4,4%) und auch als der im Gesamtdurchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (3,8%). Bezogen auf das Niveau lag der Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) im Fahrzeugbau mit 27,29 Euro jedoch noch höher als im Maschinenbau und im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt.

Reallohnzuwachs nur marginal

Seit dem Jahr 2012 werden aus den Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung Nominallohn- und Reallohnindizes berechnet und seit dem vierten Quartal 2013 auch veröffentlicht. Dazu werden die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer verwendet.

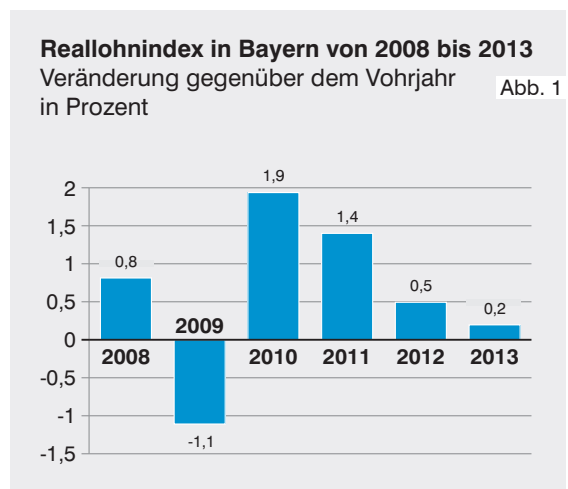
Der Index wird als Laspeyres-Kettenindex berechnet; die Struktur der Arbeitnehmer wird hierbei jeweils aus dem Vorjahr übernommen und konstant gehalten. Der Nominallohnindex zeigt folglich, wie sich die durchschnittlichen Bruttoverdienste verändert hätten, wenn im jeweiligen Vergleichszeitraum die gleiche Struktur der Arbeitnehmerschaft wie im Vorjahr bestanden hätte.

Zur Berechnung des Reallohnindex wird der Nominallohnindex um die Preisentwicklung bereinigt. Die Preisentwicklung wird dabei durch den Verbraucherpreisindex⁴ berücksichtigt:

$$\text{Reallohnindex} = \frac{\text{Nominallohnindex}}{\text{Verbraucherpreisindex}} \times 100$$

Steigen die Bruttomonatsverdienste also stärker als die Verbraucherpreise, steigt der Verdienst real.

Die jeweiligen Veränderungen des Reallohnindex gegenüber dem Vorjahr sind in Abbildung 1 dargestellt.



Es ist zu erkennen, dass der Reallohn lediglich im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 negativ war. In den anderen Jahren lag der Anstieg der nominalen Verdienste immer über dem der Verbraucherpreise. Von 2012 auf 2013 stiegen die Nominallöhne um 1,6%. Da sich im gleichen Zeitraum die Verbraucherpreise um 1,4% erhöht haben, konnte bei den Reallohnen nur ein leichtes Plus von 0,2% verzeichnet werden. Die geringen Erhöhungen bei den Real- wie auch den Nominallöhnen sind dabei insbesondere auf die im Jahr 2013 zurückgegangenen Sonderzahlungen zurückzuführen. Würden die Sonderzahlungen nicht berücksichtigt, wäre ein Anstieg von nominal 2,3% zu verzeichnen gewesen.

⁴ Veröffentlichungen zum Verbraucherpreisindex sind verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen in der Kategorie „Preise und Preisindex“.



Definition der Leistungsgruppen

Leistungsgruppe 1

Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu zählen z. B. auch angestellte Geschäftsführer/-innen, sofern deren Verdienst zumindest noch teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind ferner alle Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Abteilungsleiter/-innen) und Arbeitnehmer/-innen mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel werden die Fachkenntnisse durch ein Hochschulstudium erworben. Die Tätigkeiten werden selbstständig ausgeführt.

Leistungsgruppe 2

Arbeitnehmer/-innen mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbstständig ausgeführt. Dazu gehören auch Arbeitnehmer/-innen, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiter/-innen, Meister/-innen).

Leistungsgruppe 3

Arbeitnehmer/-innen mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

Leistungsgruppe 4

Angelernte Arbeitnehmer/-innen mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten werden in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren erworben.

Leistungsgruppe 5

Ungelernte Arbeitnehmer/-innen mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.

Der Nominallohnindex kann auch nach verschiedenen Gliederungsarten (nach Wirtschaftsbereich, Art der Beschäftigung und Geschlecht) ausgewiesen werden. In Tabelle 3 sind die entsprechenden jährlichen Wachstumsraten dargestellt.

Die Wachstumsraten des Nominallohnindex nach dem Geschlecht zeigen, dass Männer im Durchschnitt stärker von der Wirtschaftskrise 2009 betroffen waren als Frauen. Während der Index für Männer ein Minus (-1,2%) aufzeigt, ist bei den Frauen insgesamt trotz der Krise ein leichtes Plus (+0,9%) abzulesen. Diese Entwicklung ist zum Teil dadurch zu

erklären, dass Männer vermehrt im Produzierenden Gewerbe arbeiten, welches stärker konjunkturabhängig ist als der Dienstleistungsbereich. Dasselbe gilt für Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Der Index für Vollzeitbeschäftigte zeigte in der Wirtschaftskrise 2009 durchschnittlich einen Rückgang von 0,8%. Teilzeitbeschäftigte dagegen konnten einen Zuwachs von 1,7% verzeichnen. Der Anteil an Teilzeitbeschäftigten ist im Dienstleistungsbereich, der weniger konjunkturabhängig ist, jedoch viel höher als im Produzierenden Gewerbe. Deshalb waren die Teilzeitbeschäftigten nicht so stark von der Krise betroffen.

Tab. 3 Veränderung des Nominallohnindex in Bayern von 2008 bis 2013 nach Wirtschaftsbereich, Art der Beschäftigung und Geschlecht

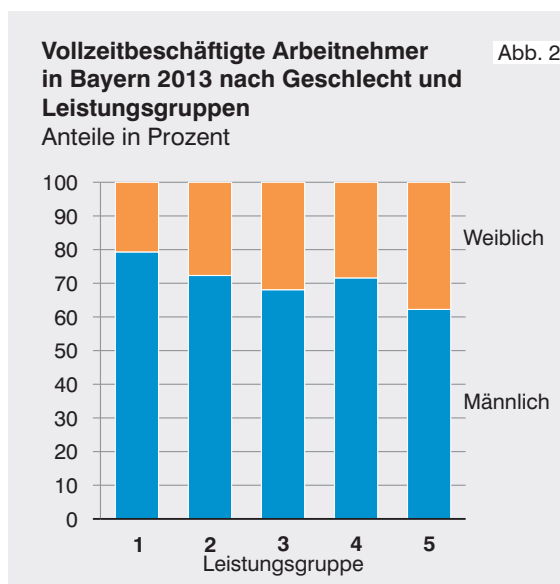
Wirtschaftsbereich Art der Beschäftigung Geschlecht	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent					
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Nominallohnindex insgesamt	3,5	- 0,6	3,1	3,5	2,7	1,6
Wirtschaftsbereich						
Produzierendes Gewerbe	2,9	- 3,2	4,3	5,1	4,0	2,2
Dienstleistungsbereich	3,8	1,3	2,2	2,4	1,9	1,2
Art der Beschäftigung						
Vollzeitbeschäftigte	3,5	- 0,8	3,2	3,7	2,7	1,4
Teilzeitbeschäftigte	3,1	1,7	1,9	2,5	2,6	2,9
Geringfügig Beschäftigte	0,3	- 0,3	2,5	1,9	1,9	3,9
Geschlecht						
Frauen	3,1	0,9	2,4	2,6	2,7	2,8
Männer	3,6	- 1,2	3,4	3,9	2,7	1,1

Frauen verdienen weniger als Männer

Die Verteilung vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer auf Frauen und Männern in den einzelnen Leistungsgruppen zeigt, dass grundsätzlich mehr Männer in höheren Positionen arbeiten. Von den gesamten Arbeitnehmern der Leistungsgruppe 1 waren 2013 lediglich 20,7% weiblich. Ein Vergleich ab dem Jahr 2007 lässt jedoch eine Tendenz erkennen, dass der Anteil an Frauen in dieser Leistungsgruppe zunimmt. So lag im Jahr 2007 der Anteil an Frauen in der Leistungsgruppe 1 noch bei 17,4%.

Abbildung 2 veranschaulicht, dass der Anteil der Frauen, gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer, tendenziell umso höher ist, je geringer die Qualifikationen in den einzelnen Leistungsgruppen werden.

Deutliche geschlechterspezifische Verdienstunterschiede waren in allen Leistungsgruppen zu erkennen. Besonders hoch war der Unterschied jedoch in Leistungsgruppe 1, bei der eine Frau im Durchschnitt



lediglich 73,7% des Bruttostundenverdienstes eines Mannes erhielt. Der Unterschied im Bruttostundenverdienst (inkl. Sonderzahlungen) ist in Tabelle 4 dargestellt. Dort ist der Stundenverdienst einer Frau in Prozent des Stundenverdienstes eines Mannes ange-

Tab. 4 Anteil der Bruttostundenverdienste* von vollzeitbeschäftigten Frauen an den Bruttostundenverdiensten* von vollzeitbeschäftigten Männern in Bayern 2013

Geschlecht	Insgesamt	Leistungsgruppe 1	Leistungsgruppe 2	Leistungsgruppe 3	Leistungsgruppe 4	Leistungsgruppe 5
Männer	100	100	100	100	100	100
Frauen	78,6	73,7	85,8	87,9	86,1	95,7

* Inklusive Sonderzahlungen.

geben. Es ist die Tendenz festzustellen, dass mit abnehmender Qualifikation die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen zurückgehen.

Fazit

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung dient dazu, kurzfristige Veränderungen bei den Verdiensten darzustellen. Sie wird quartalsweise erstellt und bietet so die Möglichkeit, sehr aktuelle Daten zu Verdiensten zu liefern. Der neu konzipierte Nominallohnindex, der alle Wirtschaftszweige und Beschäftigungsarten

abdeckt, zeigt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Verdienste im Zeitverlauf. Mit Hilfe des Verbraucherpreisindex kann der Reallohnindex darüber Auskunft geben, wie viel Verdienst die Arbeitnehmer real mehr (oder evtl. weniger) erhalten.

Insgesamt zeigt sich durch die Auswertungen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung des Jahres 2013, dass sich die Verdienstentwicklung zwar positiv fortgesetzt hat, jedoch der niedrigste Verdienstanstieg seit dem Krisenjahr 2009 verzeichnet wurde.

Lebenslanges Lernen: Aktuelle Ergebnisse der Erwachsenenbildungsstatistik in Bayern, ein Blick auf ihre Historie und eine Einordnung in den europäischen Rahmen anhand von Ergebnissen des Mikrozensus und des Adult Education Survey

Dipl.-Kfm. Mirco Wipke

Die Erwachsenenbildungsstatistik in Bayern basiert auf dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung, das 1974 erlassen wurde. Die Statistik startete zum Berichtsjahr 1976, und im Laufe der Jahrzehnte sind bereits einige Artikel zu deren Ergebnissen in dieser Zeitschrift erschienen. Die Daten zum Berichtsjahr 2012 zeigen die aktuellen Größenordnungen im Bereich der staatlich geförderten Weiterbildung – über 5,2 Millionen Teilnehmer in mehr als 268 000 Veranstaltungen – und die Nachfrageschwerpunkte bei den Themenangeboten. Da die Statistik seit beinahe 40 Jahren im Wesentlichen unverändert erhoben wird, lassen sich lange Zeitreihen bilden. Sie erlauben Betrachtungen zur Entwicklung der geförderten Erwachsenenbildung insgesamt, zu Änderungen des Themeninteresses und zur Finanzstruktur. Es ist aufschlussreich, den Verlauf der statistischen Ergebnisse anhand des historischen Hintergrundes einzuordnen, dazu die Entstehung der Erwachsenenbildung weit vor den Gesetzgebungen der 70er-Jahre zu beleuchten und damit einen Teil deutscher Geschichte, der vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart reicht. Ebenso ist es fachlich obligatorisch, bei einem Blick auf den Zeitraum von 1976 bis heute den Einfluss der EU bei der Weiterentwicklung der Forschungsmethoden einzubeziehen.

Einleitung

Was lebenslanges Lernen heißt, erschließt sich sofort aus der Wortbedeutung: Bildung „von der Wiege bis zur Bahre.“ Mit „Bildung“ assoziieren allerdings wohl die meisten Menschen zuerst Schule oder auch Studium, denn diese Phasen erstrecken sich im Bildungsverlauf über mehrere Jahre. Und zumindest eine allgemeine und berufsqualifizierende Schulausbildung ist in einem hochentwickelten

Staat wie Deutschland ohnehin eine Selbstverständlichkeit. Dies führt dazu, dass lebenslanges Lernen zwar ganzheitlich aufgefasst werden kann, z. B. für Benchmarkings ab dem Elementarbereich (vgl. Abbildung 1), aber häufig ist es eher ein Appell an Beschäftigte, bis ans Lebensende lern- und umschulbereit zu bleiben. Bei Erwachsenen ist diese Lernbereitschaft allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt.

Grundstruktur des deutschen Bildungswesens

Abb. 1

Bereich	Elementarbereich	Primarbereich	Sekundarbereich I	Sekundarbereich II	Tertiärbereich	Quartärbereich
Beispiele	Kindergarten	<ul style="list-style-type: none"> • Grundschule • Sonderschule 	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelschule • Realschule • Gymnasium 	<ul style="list-style-type: none"> • Gymnasiale Oberstufe • Duale Berufsausbildung 	Hochschule	Berufliche oder allgemeine Weiterbildung

Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Grundstruktur des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland, abgerufen am 27. Mai 2014 unter: www.kmk.org/dokumentation/das-bildungswesen-in-der-bundesrepublik-deutschland.html).

Der Begriff „Erwachsenenbildung“ wird synonym zum Begriff „Weiterbildung“ gebraucht und als eigener, sogenannter Quartärer Bildungssektor nach der allgemeinen Schulausbildung und dem ersten Berufsabschluss bezeichnet. Der Deutsche Bildungsrat definierte 1970 Weiterbildung als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer ersten Bildungsphase und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder nach einer Familienphase“.¹

Es erscheint zunächst einmal plausibel, dass eine Weiterbildung nur dann eine weitere Bildung sein kann, wenn zuvor ein anderer Bildungsabschluss erworben wurde. Dies führt jedoch sogleich zu der Frage, unter welcher Zielsetzung die (Weiter-)Bildungsbemühungen erfasst werden sollen. Geht es um berufliche Anpassungsmaßnahmen? Geht es um politische Bildung? Geht es um Familienbildung oder Konfliktmoderation? Geht es um Arbeitstechniken und Motivation? Unterschiedliche Statistiken erfassen hierzu ein Themenspektrum, das auch den Fahrschulunterricht für den PKW-Führerschein einschließt – zweifelsohne auch eine Lernaktivität, die man aber vermutlich normalerweise nicht als Weiterbildung bezeichnen würde. Was ist also mit Erwachsenenbildung gemeint – und was nicht?

Im ersten Teil dieses Artikels wird die Statistik der Erwachsenenbildung (EBS)², die das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung erstellt, erläutert. Die Darstellung beginnt mit einem historischen Abriss zur Entstehung der Erwachsenenbildung in Deutschland. Anschließend werden die aktuellen Ergebnisse des Berichtsjahres 2012 präsentiert sowie Ergebnisse der EBS im zeitlichen Verlauf betrachtet. Sie lassen Entwicklungen erkennen, die einen Bezug zur Entstehungsgeschichte der Erhebung und der Erwachsenenbildung generell aufweisen.

Der zweite Teil skizziert Entwicklungen im Bereich der EBS seit Mitte der 70er-Jahre, insbesondere Schritte, die auf europäischer Ebene unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“ unternommen wurden. Dazu werden Statistiken herangezogen, mittels derer die Erreichung EU-seitiger Zielsetzungen kontrolliert werden. Es handelt sich um die

Ergebnisse des Mikrozensus und des Adult Education Survey (AES).

Historie der Erwachsenenbildung und Ergebnisse der Erwachsenenbildungsstatistik in Bayern für das Berichtsjahr 2012

Die Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland weist zwei wichtige Entwicklungslinien auf. Eine gründet im sozialen Abstieg der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, die andere im Aufstieg des Bürgertums zu jener Zeit. Beide Entwicklungen wurden wesentlich durch die Industrialisierung vorangetrieben. Da die Geschichte noch heute in den aktuellen Ergebnissen der Erwachsenenbildung lebendig ist, wird sie hier als Vorspann vor den Datenauswertungen geschildert.

Arbeiterbewegung und Bildungsbürgertum

Die Arbeiterbewegung, entstanden ab der Mitte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Verelendung der Massen, die außer ihrer Nachkommenschaft (lateinisch „proles“) besitzlos waren, initiierte Arbeiterbildungsvereine, um die Lebensbedingungen der „Proletarier“ durch Literalisierung und Politisierung zu verbessern. Immerhin konnten um 1840 nur ungefähr die Hälfte der erwachsenen Deutschen lesen und schreiben.³ Ziel der Bildung war, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Die Zielsetzungen von Marx und Engels (Kommunistisches Manifest, 1848) gingen bekanntermaßen deutlich weiter.

Seitens katholischer und evangelischer Kirche wurden karitative Vereine für Arbeiter eingerichtet. „Alle diese Versuche [von Kolping und anderen; Anm. d. Verf.], die sozialen Folgen der Industrialisierung und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für bestimmte Gruppen der Bevölkerung zu mildern, beschränkten sich auf Verbesserungsvorschläge im Rahmen der bestehenden Ordnung“.⁴

Profiteur der Industrialisierung war das Bürgertum, dessen Selbstbewusstsein mit der wirtschaftlichen Prosperität wuchs. Es förderte die deutsche Nationwerdung und zeichnete sich durch kulturelles Engagement aus. Die geistige Auseinandersetzung mit demokratischen Handlungsformen, letztlich an die Aufklärung anknüpfend, gewann in der Ära Bismarcks und der darauffolgenden Wilhelminischen

1 Vgl. Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart, 1970.

2 Das in diesem Artikel genutzte Datenmaterial ist in den Statistischen Berichten zur Erwachsenenbildung unter www.statistik.bayern.de zu finden; vereinzelt wurden nicht digitalisierte Printausgaben herangezogen.

3 Schulze, Hagen: Kleine Deutsche Geschichte, München, 1996, S. 101.

4 Deutscher Bundestag: Fragen an die deutsche Geschichte – Wege zur parlamentarischen Demokratie, Bonn, 1996, S. 147.

Epoche im Deutschen Kaiserreich bis zum Ersten Weltkrieg zunehmend an Kontur.⁵

Zur Zeit der Weimarer Republik wurden aus der bürgerlichen Bildungsbewegung heraus Volkshochschulen ins Leben gerufen, deren erklärtes Ziel die Verbreitung der Demokratie war.⁶ Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten belegen, wie sehr diese Bildungsarbeit nötig war und wie sehr sie gescheitert ist. Anders als heute war die Demokratie nicht „common sense“, sondern die Ablehnung dieser Staatsform einte einflussreiche Teile des bürgerlichen Lagers wie auch der Arbeiterschaft.

Die Weiterbildung der Arbeiterschicht fokussierte sich zwischen den Weltkriegen auf Gewerkschaftsarbeit und politische Auseinandersetzung. Die Bekämpfung des Analphabetismus war, nachdem die allgemeine Schulpflicht mit Beginn der Weimarer Republik Verfassungsbestandteil geworden war, endgültig als staatliche Aufgabe verankert. „Mit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Macht im Weimarer Staat und mit der auf sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmen zielende Politik der Gewerkschaften stellten sich für die Arbeiterbildung völlig neue Aufgaben.“⁷

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass der Erwachsenenbildung ein Dualismus zwischen allgemeiner und berufs- bzw. arbeitsbezogener Weiterbildung in die Wiege gelegt wurde, der nicht nur eine Frage der inhaltlichen Schwerpunktsetzung darstellte, sondern auch an gesellschaftliche Interessengruppen und deren Entwicklung gekoppelt war. Der Umgang mit sozialen Sachzwängen, denen ein Individuum bzw. auch eine Gesellschaft ausgesetzt ist, betrifft auch den Lauf der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Entwicklung der organisierten Weiterbildung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach 1945 fand ein Wiederaufbau der Volkshochschulstrukturen statt. Volkshochschulen waren, wie auch die Gewerkschaften, in der Zeit des Nationalsozialismus zerschlagen bzw. gleichgeschaltet. Die Besatzungsmächte nutzten nach dem Krieg die wieder auflebenden Volkshochschulen und ihre Tradition der Demokratievermittlung als Bestandteil der

„Reeducation“.⁸ Die in einer sozialistischen Tradition stehende Arbeiterbildung wurde mit Einsetzen des Ost-West-Konflikts endgültig in unterschiedliche weltanschauliche Lager gespalten.⁹ Diese Gemengelage hatte zur Folge, dass sich in den Anfängen der bundesdeutschen Republik eine bürgerliche „Weimarer Tradition“ der Weiterbildung durchsetzte, die weniger berufsbezogen als vielmehr allgemein individualistisch oder gesellschaftlich aufgefasst wurde.

Diese Wahrnehmung änderte sich mit dem Ende der Wirtschaftswunderjahre. Ab Mitte der 60er-Jahre rückte die berufliche Weiterbildung als Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung der Rezession in den Vordergrund.¹⁰ So entstand die gedankliche Grundlage, Weiterbildungsaktivitäten staatlich zu unterstützen und zu bündeln, die wiederum Mitte der 70er-Jahre in beinahe allen Bundesländern Gesetze zur Förderung der Weiterbildung zur Folge hatte.



Art. 139 Bayerische Verfassung

Die Erwachsenenbildung ist durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern.

Die Erwachsenenbildung genießt in Bayern bereits seit 1946 Verfassungsrang. Im Jahr 1974 wurde diese Verfassungsvorgabe mit dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung¹¹ (EbFöG¹²) ausgestaltet. Es besagt in Artikel 1: „Erwachsenenbildung (Weiterbildung) ist ein eigenständiger, gleichberechtigter Hauptbereich des Bildungswesens. [...] Sie gibt mit ihren Bildungsangeboten Gelegenheit, die in der Schule, in der Hochschule oder in der Berufsausbildung erworbene Bildung zu vertiefen, zu erneuern und zu erweitern.“

Im EbFöG ist auch festgelegt, welche Institutionen und Maßnahmen förderfähig sind und vor allem, welche es nicht sind: „Einrichtungen, die überwiegend einem fachlichen Spezialgebiet dienen, Einrichtungen des Sports, Einrichtungen der Jugend- und Sozialhilfe und verwaltungs- oder betriebsinterne berufliche Aus- und Fortbildungseinrichtungen sind

5 Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Schriftenreihe Band 371 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2001, S. 136.

6 Ebd., S. 213/214.

7 Ebd., S. 210.

8 Ebd., S. 335.

9 Ebd., S. 351.

10 Ebd., S. 353.

11 Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung vom 24. Juli 1972 (BayRS 2239-1-K), zuletzt geändert am 16. Februar 2012.

12 Die aktuelle juristische Abkürzung lautet „ErwBildFördG BY“, die Abkürzung EbFöG wird in der Erwachsenenbildungstatistik durchgehend seit 1976 genutzt.

Träger der Erwachsenenbildung nach EbFöG

Landesorganisationen

- **AEEB** Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern e. V.
- **BVV** Bayerischer Volkshochschulverband e. V.
- **KEB** Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Bayern e. V.

Träger auf Landesebene

- **BBV-BW** Bildungswerk des Bayerischen Bauernverbandes
- **BBW** Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e. V.
- **BW ver.di** Bildungswerk der ver.di in Bayern e. V. (vormals DAG-BW)
- **DGB-BW** DGB Bildungswerk Bayern e. V.

nicht Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Sinn dieses Gesetzes“ (Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 EbFöG).

Die nach EbFöG anerkannten Träger der Erwachsenenbildung sind in der Infokasten aufgelistet. Es sind in Bayern neben den Volkshochschulen die traditionell einflussreichen Interessengruppen „Kirchen“, „Wirtschaft“ und „Bauernverband“ sowie die Gewerkschaften, womit sich der Kreis dieser bildungshistorischen Rückblende schließt.

Ergebnisse der Erwachsenenbildungsstatistik in Bayern für das Berichtsjahr 2012

Abbildung 2 zeigt die prozentuale Aufteilung der Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen 2012 nach Trägern. Beinahe die Hälfte der insgesamt rund 5,2 Millionen Teilnehmer der Erwachsenenbildung absolvierte Kurse der Volkshochschulen (VHS). Die andere Hälfte nutzte überwiegend Angebote von den kirchlichen Trägern.

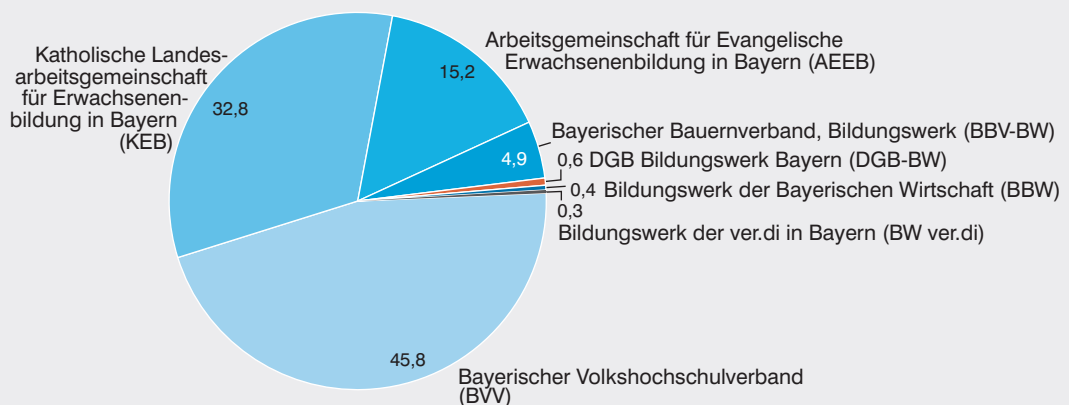
In Abbildung 3 ist die prozentuale Aufteilung der Veranstaltungszahlen, Teilnehmerzahlen und Teilnehmerdoppelstunden¹³ nach den in der EBS erfassten Themengebieten dargestellt. Die Abbildung soll neben einem generellen Überblick auch die unterschiedliche Messbarkeit illustrieren. Am Beispiel des Themengebietes „Sprachen, Fremdsprachen“ lässt sich der Unterschied zwischen vergleichsweise geringeren Teilnehmerzahlen, jedoch deutlich längerer Kursdauer (in Teilnehmerdoppelstunden) ersehen. Für das Berichtsjahr 2012 wurden insgesamt 268 708 Veranstaltungen, 5 200 700 Teilnehmer und 27 406 911 Teilnehmerdoppelstunden gemeldet, davon im sprachlichen Themengebiet 32 641 (12,1%), 333 825 (6,4%) und 5 903 156 (21,5%).

Fast drei Viertel des Teilnehmerdoppelstundenvolumens wurden 2012 in den vier Themengebieten „Gesundheitsbildung und Hauswirtschaft“, „Sprachen, Fremdsprachen“, „Lebens- und Erziehungs-

¹³ Nach Art. 9 Abs. 1 Satz 2 EbFöG die Maßgröße für den Umfang der geleisteten Bildungsarbeit.

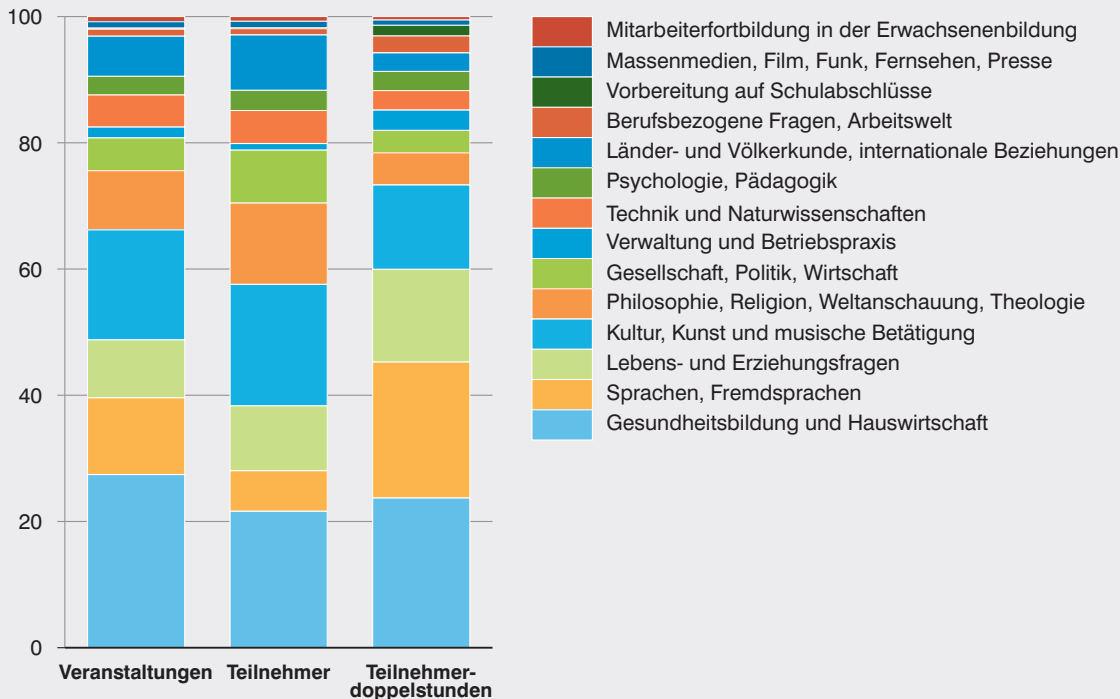
Teilnehmer an Erwachsenenbildung in Bayern 2012 nach Trägern in Prozent

Abb. 2



Themen in der Erwachsenenbildung in Bayern 2012 nach Anzahl der Veranstaltungen, Teilnehmer und Teilnehmerdoppelstunden
in Prozent

Abb. 3



fragen“ sowie „Kultur, Kunst und musische Betätigung“ erbracht.

Eine differenzierende Betrachtung bei Trägern mit über einer halben Million Teilnehmerdoppelstunden (TD) verdeutlicht die Schwerpunkte (vgl. Abbildung 4): Beim Verband der Bayerischen Wirtschaft (704 252 TD) wird hauptsächlich zu „Verwaltung und Betriebspraxis“ weitergebildet, die Kirchen (zusammen 8 805 050 TD) vermitteln überwiegend Wissen im sozialen, kulturellen und religiösen Bereich; in den Volkshochschulen (16 941 810 TD) werden zumeist Sprachen gelehrt und gelernt sowie Kenntnisse in den Gebieten „Gesundheit und Hauswirtschaft“.

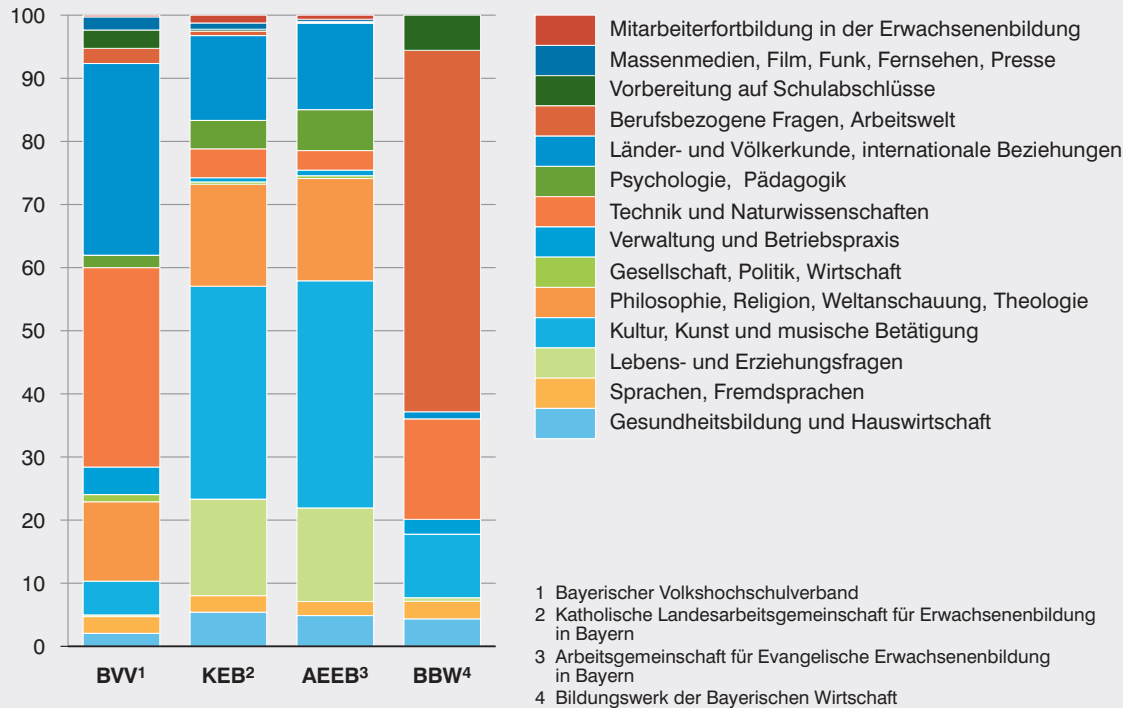
Für die nach EbFöG geförderte Erwachsenenbildung wurden im Jahr 2012 bayernweit knapp 257 Millionen Euro (ohne durchlaufende Posten) ausgegeben (vgl. Tabelle 1). Dem stehen Einnahmen von über 266 Millionen Euro gegenüber, die mit 41,1% zum größten Teil aus Teilnehmergebühren finanziert sind. Auch kommunale und staatliche Zu-

schüsse stellen wichtige Einnahmeanteile dar. Die Differenzierung nach Trägern zeigt allerdings, dass sich die Einnahmestrukturen durchaus deutlich unterscheiden. So tragen sich DGB-Veranstaltungen zu rund 90% aus Teilnehmergebühren und werden lediglich zu 10% durch die öffentliche Hand bezuschusst. Die Maßnahmen kirchlicher Träger werden zu rund 30% von Teilnehmern bezahlt, allerdings auch zu fast einem Drittel durch Zuschüsse von Dachorganisationen, also der Kirchen oder kirchlicher Organisationen. Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbandes sind sogar zu knapp zwei Dritteln durch die Dachorganisation bezuschusst.

Auf der Ausgabenseite dominieren die Personalkosten mit über 166 Millionen Euro bzw. 64,7%. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen den Trägern, aber durchweg stellen Kosten für Lehr- und Verwaltungspersonal den größten Ausgabenblock dar. Bayernweit besteht der zweitgrößte Anteil der Ausgaben in Höhe von rund 26 Millionen Euro aus Miet- und Bewirtschaftungskosten für Räume.

Themengebiete der Erwachsenenbildung in Bayern 2012 nach Trägern mit über einer halben Million Teilnehmerdoppelstunden in Prozent

Abb. 4



Entwicklungen in der Erwachsenenbildung

In Abbildung 5 ist eine Zeitreihe des Themeninteresses (nach TD) dargestellt. In den frühen Förderjah-

ren verzeichneten die Themen „Gesellschaft, Politik, Wirtschaft“ und „Berufsbezogene Fragen, Arbeitswelt“ noch einen nennenswerten Anteil, der bis heu-

Tab. 1		Einnahmen und Ausgaben in der					
Lfd. Nr.	Arten der Einnahmen und Ausgaben (ohne durchlaufende Posten)	Bayern insgesamt		AEEB		BVV	
		€	%	€	%	€	%
Einnahmen							
1	Zuschüsse der EU	4 152 784	1,6	0	0,0	3 958 090	2,1
2	Staatliche Zuschüsse	33 930 022	12,7	2 307 507	13,3	25 540 194	13,7
3	Kommunale Zuschüsse	54 710 290	20,5	884 083	5,1	51 913 412	27,8
4	Zuschüsse von Dachorganisationen	22 779 374	8,6	5 663 993	32,7	0	0,0
5	Zuschüsse von anderer Seite	3 705 622	1,4	794 419	4,6	1 796 578	1,0
6	Teilnehmergebühren	109 338 468	41,1	5 001 094	28,9	86 672 398	46,5
7	Einnahmen aus sonstigen Quellen	22 323 305	8,4	2 000 511	11,6	6 771 682	3,6
8	Übertrag aus dem Vorjahr	15 360 169	5,8	653 885	3,8	9 865 956	5,3
9	Einnahmen ohne durchlaufende Gelder	266 300 035	100	17 305 493	100	186 518 308	100
Ausgaben							
10	Personalausgaben (einschließlich Kursleiter-Honorare)	166 362 534	64,7	10 228 714	58,0	127 112 217	70,5
11	darunter für Lehrkräfte	59 675 539	23,2	49 884	0,3	59 344 943	32,9
12	Reisekosten und -spesen für Referenten und Kursleiter	3 238 988	1,3	157 740	0,9	1 691 958	0,9
13	Miet- und Bewirtschaftungskosten für Räume	26 025 752	10,1	929 553	5,3	19 862 859	11,0
14	Sachkosten für Lehrbetrieb und Verwaltung	22 171 846	8,6	2 495 419	14,2	14 869 896	8,3
15	Werbungskosten	10 587 268	4,1	608 140	3,5	6 443 175	3,6
16	Kosten für Unterkunft und Verpflegung	7 224 473	2,8	904 013	5,1	915 579	0,5
17	Sonstige Kosten	16 935 208	6,6	1 464 911	8,3	6 582 931	3,7
18	Fehlbetrag aus dem Vorjahr	4 408 758	1,7	836 340	4,7	2 737 129	1,5
19	Ausgaben ohne durchlaufende Gelder	256 954 828	100	17 624 830	100	180 215 743	100

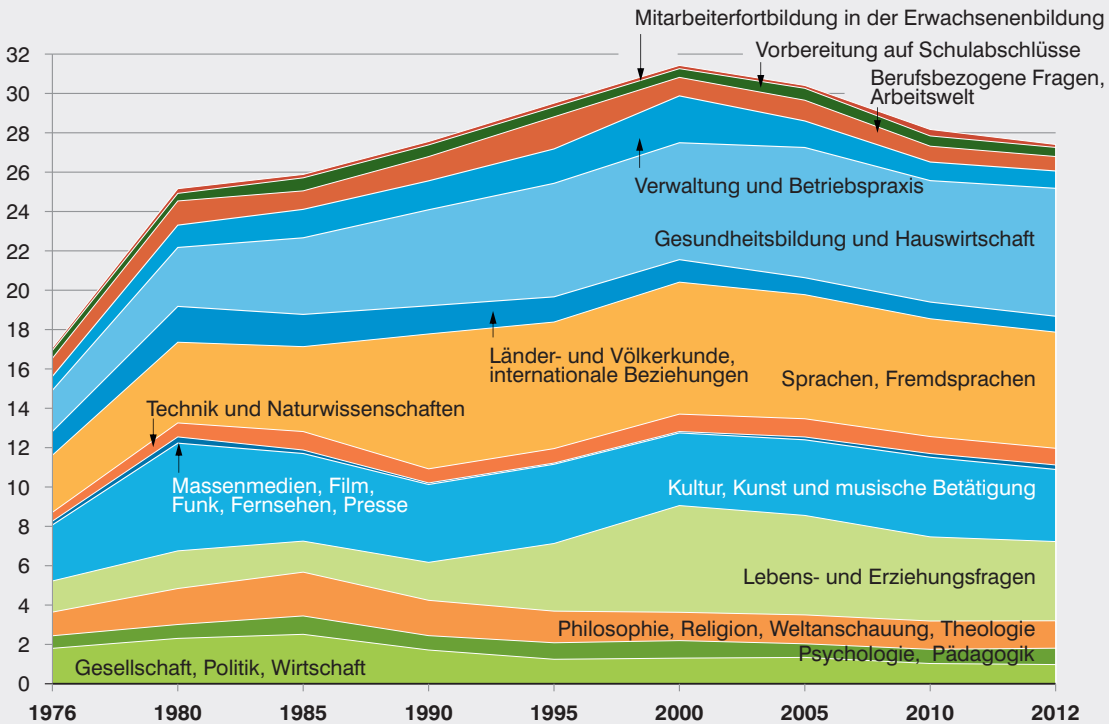
Anteilswerte bezogen auf Einnahmen und Ausgaben ohne durchlaufende Posten. Anteilswerte über 10% blau markiert.

te deutlich abgesunken ist. Auch die Anteilswerte philosophisch-religiöser Themen sowie des Bereichs „Psychologie, Pädagogik“ sind im Vergleich zum Beginn inzwischen abgesunken.

Ein klarer Zuwachs ist bei den Themen „Gesundheitsbildung und Hauswirtschaft“ sowie „Lebens- und Erziehungsfragen“ zu erkennen. Die Vermutung, dies als Anzeichen eines gesellschaftlichen

Teilnehmerdoppelstunden in der Erwachsenenbildung in Bayern 1976 bis 2012 nach Themenbereichen
in Millionen

Abb. 5

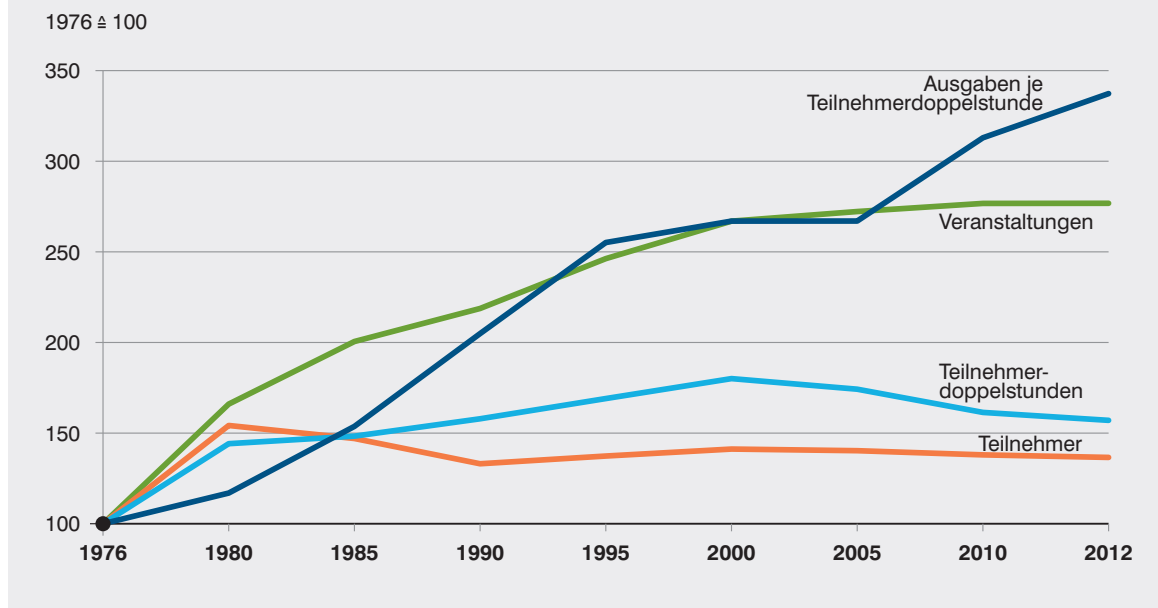


Erwachsenenbildung 2012 nach Trägern

KEB		BBV-BW		BBW		BW ver.di		DGB-BW		Lfd. Nr.
€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	
Einnahmen										
91 620	0,2	103 075	4,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1
4 325 897	9,1	407 543	15,6	965 631	17,1	229 550	5,7	153 700	5,7	2
1 790 777	3,8	6 726	0,3	0	0,0	0	0,0	115 292	4,3	3
14 775 034	31,1	1 710 882	65,7	617 441	11,0	0	0,0	12 023	0,4	4
1 082 716	2,3	31 909	1,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	5
13 487 282	28,4	345 552	13,3	491 919	8,7	949 372	23,8	2 390 851	88,2	6
9 883 702	20,8	0	0,0	3 561 906	63,2	67 631	1,7	37 873	1,4	7
2 094 307	4,4	0	0,0	0	0,0	2 746 021	68,8	0	0,0	8
47 531 335	100	2 605 687	100	5 636 898	100	3 992 574	100	2 709 740	100	9
Ausgaben										
21 357 943	46,9	1 589 364	61,0	3 695 951	65,2	745 522	36,1	1 632 822	49,7	10
205 791	0,5	0	0,0	0	0,0	74 921	3,6	0	0,0	11
489 130	1,1	617 096	23,7	56 691	1,0	110 796	5,4	115 577	3,5	12
4 751 660	10,4	20 453	0,8	156 737	2,8	126 679	6,1	177 812	5,4	13
3 467 779	7,6	322 238	12,4	346 990	6,1	164 123	7,9	505 400	15,4	14
2 682 574	5,9	4 077	0,2	719 195	12,7	21 939	1,1	108 168	3,3	15
4 346 326	9,6	45 610	1,8	128 538	2,3	138 960	6,7	745 448	22,7	16
8 284 852	18,2	6 848	0,3	527 544	9,3	67 805	3,3	317	0,0	17
110 575	0,2	0	0,0	34 089	0,6	690 625	33,4	0	0,0	18
45 490 841	100	2 605 687	100	5 665 734	100	2 066 448	100	3 285 544	100	19

Entwicklung der nach dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EbFöG) geförderten Erwachsenenbildung in Bayern seit 1976

Abb. 6



Mentalitätswechsels deuten zu können, liegt nahe, ist aber ohne tiefere Analyse nicht seriös zu belegen. Ein Hinweis, der zumindest in eine ähnliche Richtung deutet, findet sich im aktuellen nationalen Bildungsbericht (NBB)¹⁴, wonach weiterbildungsaktive Betriebe der Förderung der Gesundheit ein höheres Gewicht beimessen als der Vorbereitung innerbetrieblicher Aufstiege.

In der Themenzeitreihe der Abbildung 5 springen ferner die Änderungen zwischen 1990 und 2000 ins Auge, also im Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung. Hier läge es nahe, ein erhöhtes Interesse an Fragen der Verwaltungs- und Betriebspraxis sowie einen temporären Zuwachs im Bereich „berufsbezogene Fragen, Arbeitswelt“ als plausibel zu empfinden, was allerdings an dieser Stelle unbeantwortet bleiben muss.

Die Zahl der Teilnehmer an Erwachsenenbildung erreichte 1980 einen Spitzenwert von 5,9 Millionen und liegt aktuell bei 5,2 Millionen, was einem Rückgang von rund 11 % entspricht. Die Zahl der Veranstaltungen ist hingegen um 67 % rasant gestiegen, wobei ein Blick auf die Kurve in Abbildung 6 verdeutlicht, dass der Anstieg ab dem Jahr 2000 erkennbar abflacht. Teilnehmerdoppelstunden haben von 1980

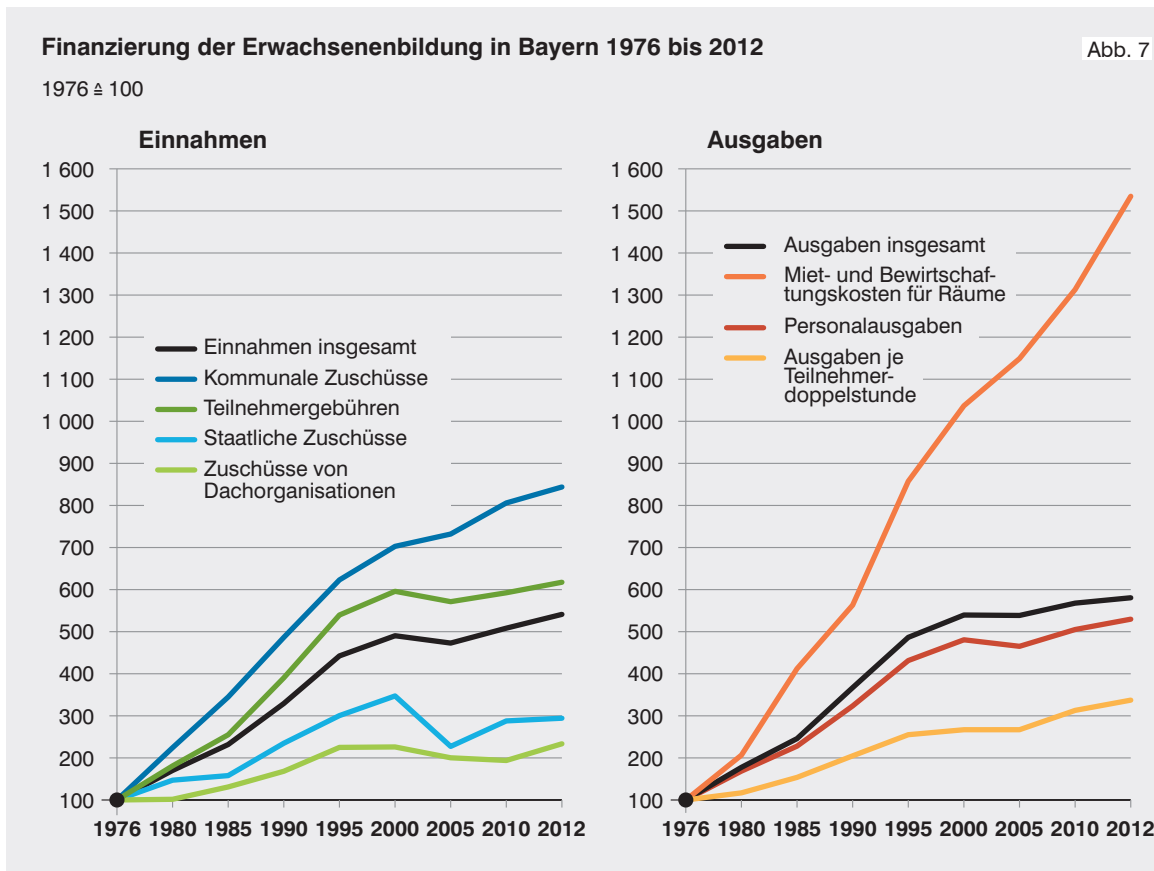
bis heute um knapp 9 % zugelegt. Mit der Zunahme der Veranstaltungen gehen Steigerungen der Einnahmen und Ausgaben einher, hier insbesondere der Teilnehmergebühren und Personalkosten, so dass die Ausgaben pro TD inzwischen sehr deutlich gestiegen sind.

Vergleicht man allerdings die Ausgaben pro TD in Abbildung 7 mit den anderen Kostensteigerungen, zeigt sich, dass hier insgesamt eine recht moderate Steigerung vorliegt, die vor allem durch den hohen Personalkostenanteil mäßig bleibt. Hingegen stiegen die „Miet- und Bewirtschaftungskosten für Räume“ exorbitant.

Bei den Zuschüssen des Freistaats lässt sich bis 2000 ein Anstieg verzeichnen, danach ein deutlicher Rückgang. Das Engagement der Kommunen ist alles in allem recht kontinuierlich gestiegen. Zum Vergleich: Nach Nuissl und Pehl¹⁵ beliefen sich die gesamten staatlichen Ausgaben (Bund, Länder, Gemeinden) für Weiterbildung im Jahr 2000 in Deutschland auf 2,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben der privaten Haushalte wurden auf 7,2 Milliarden Euro geschätzt, die der Privatwirtschaft auf 18 Milliarden Euro.

14 Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bielefeld, 2012, S. 147.

15 Nuissl, Ekkehard/Pehl, Klaus: Portrait of Continuing Education – Germany, Bielefeld, 2004, S. 28.



Die Erwachsenenbildungsstatistik im europäischen Rahmen

Erwachsenenbildungsstatistik und europäische Bildungsziele

Anhand der Zeitreihe zum Themeninteresse (vgl. Abbildung 5) war bereits gezeigt worden, dass nach anfänglich höheren Anteilen an politischer und berufsbezogener Bildung diese Themengebiete deutlich zurückgegangen sind, was die geschichtlichen Anknüpfungspunkte aus der Entstehung der geförderten Erwachsenenbildung widerspiegelt. Es macht sich, zumindest für die berufliche Weiterbildung, bemerkbar, dass die EBS keine betriebsinternen Weiterbildungen erfasst, was bildungsstatistisch gesehen eine eklatante Lücke reißt, da die betriebliche Weiterbildung das Kerngeschehen der Erwachsenenbildung darstellt.

Als Instrument zur breiten Deskription und Analyse der Weiterbildungsteilnahmen veranlasste das Bundesministerium für Forschung und Bildung (BMBF) 1979 eine repräsentative Erhebung zum Weiterbildungsverhalten, die zum Berichtssystem Weiterbil-

dung (BSW) fortentwickelt wurde. Mit der Durchführung wurde die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes betraut, die bereits 1957 gegründet worden war. Sie wurde in den 90er-Jahren zum Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) umbenannt und ist heute Teil des Leibniz-Zentrums für Lebenslanges Lernen. Im europäischen Rahmen wurde in den Jahren 2003 bis 2006 das Programm Adult Education Survey (AES) entwickelt, welches schlussendlich 2010 das BSW ablöste.

Die EU-Kommission hatte im Jahr 2001 erklärt, einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen zu wollen. Im gleichnamigen Dokument wurde das lebenslange Lernen als „alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgersgesellschaftlichen, sozialen bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“¹⁶ definiert. Diese Definition wurde 2002 in eine innerhalb der Lissabon-Strategie (2005 bis 2010) angewendete Bench-

¹⁶ Mitteilung der EU-Kommission: Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen, Brüssel, 2001, S. 9.

mark „Lebenslanges Lernen“¹⁷ gefasst: „Bis 2010 sollten sich im EU-Durchschnitt mindestens 15% der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 25 bis 64 Jahre) am lebenslangen Lernen beteiligen; in keinem Land soll die Quote unter 10% liegen.“

Durch die seit 2010 geltende Strategie „Europa 2020“ wird diese Idee in dem „Strukturindikator Lebenslanges Lernen“ fortgesetzt: „Im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung von Erwachsenen, insbesondere jener mit niedrigem Ausbildungsstand, am lebenslangen Lernen [...] sollten [bis 2020; Anm. d. Verf.] durchschnittlich 15% der Erwachsenen am lebenslangen Lernen teilnehmen [...]. Gemeint ist der Prozentsatz der 25- bis 64-Jährigen, die in den vier Wochen vor der Erhebung (Eurostat/Arbeitskräfteerhebung) an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung teilgenommen haben. Ferner können die im Rahmen der Erhebung über die Erwachsenenbildung [AES; Anm. d. Verf.] erhaltenen Informationen über das lebenslange Lernen von Erwachsenen genutzt werden.“¹⁸

In Deutschland beschlossen die Bundesregierung und die Regierungen der Länder während des Dresdner Bildungsgipfels im Jahr 2008, „bis 2015 die Beteiligung an der Weiterbildung von 43% (2006) auf 50% der Erwerbsbevölkerung zu steigern. Insbesondere die Gruppe der Geringqualifizierten soll stärker aktiviert werden.“¹⁹ Somit liegen zwei Richtwerte vor, nämlich 15% bzw. 50% Weiterbildungsbeteiligung, und es wurden zwei Datenquellen genannt, die Arbeitskräfteerhebung und der AES.

Bildungsbeteiligung messen: Ergebnisse des Mikrozensus und des AES

Der Strukturindikator, also die Bildungsteilnahme von 25- bis 64-Jährigen in den vier Wochen vor der Erhebung, lässt sich definitionsgemäß aus den Daten des „Labour Force Survey“ berechnen, der in Deutschland in den Mikrozensus integriert und somit jährlich verfügbar ist. Zulässig wäre auch der AES, der allerdings bislang keine Abgrenzung eines Vier-Wochen-Zeitraumes erlaubt, sondern sich auf ein Jahr bezieht.

Der Mikrozensus erhebt die Weiterbildungsaktivität der letzten vier Wochen und der vergangenen zwölf Monate, allerdings werden für die Jahreszeitspanne die Ergebnisse des AES bevorzugt (z. B. im NBB 2012). Es leuchtet ein, dass weniger lang zurückliegende Weiterbildungsaktivitäten (letzte vier Wochen) besser erinnert werden als die Aktivitäten eines zurückliegenden Jahres.²⁰ Das Gegenargument ist offensichtlich, dass Weiterbildungen im Sinne des Erkenntnisgegenstands äußerst relevant sind, auch wenn sie länger als einen Monat zurückliegen.²¹ Die Auswertung des bayerischen Mikrozensus in Tabelle 2 veranschaulicht, dass die Weiterbildungsteil-

Steckbrief zu Mikrozensus und AES

Der **Mikrozensus** ist eine repräsentative Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland und mit einem Auswahlatz von 1% der Bevölkerung, d. h. rund 830 000 Personen in etwa 370 000 privaten Haushalten, die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Sie wird seit 1957 in Westdeutschland und seit 1991 in den neuen Bundesländern durchgeführt. In den Mikrozensus integriert ist die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU Labour Force Survey). Die Befragung findet in der Regel mündlich statt, bei den meisten Fragen besteht Auskunftspflicht. Befragt werden alle Personen in einem Haushalt bzw. eine erwachsene Person gibt Auskunft über die weiteren Haushaltsmitglieder.

Der **AES** ist eine durch die EU fünfjährlich vorgesehene repräsentative Haushaltserhebung zum lebenslangen Lernen, deren Stichprobenumfang sich in Deutschland auf rund 7 000 Teilnehmer beläuft und hier noch einmal innerhalb der Fünfjahresfrist durchgeführt wird. Personen in Privathaushalten im Alter von 25 (in Deutschland 18) bis 64 Jahren werden zu ihrer Beteiligung an Bildungs- und Weiterbildungsaktivitäten innerhalb eines Berichtsjahres (formales, nicht-formales und informelles Lernen) befragt.

17 Mitteilung der Kommission vom 20. November 2002 – Europäische Benchmarks für die allgemeine und berufliche Bildung: Follow-up der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon, abgerufen am 26.05.2014 unter http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/general_framework/c11064_de.htm.

18 Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020), Anlage I: Europäische Durchschnittsbezugswerte, Brüssel, 2009.

19 Die Bundesregierung und die Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung – Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland, Dresden, abgerufen am 26. Mai 2014 unter www.bmbf.de/pub/beschluss_bildungsgipfel_dresden.pdf.

20 Vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft – Departement des Innern: Lebenslanges Lernen und Weiterbildung – Bestandsaufnahme der internationalen Indikatoren und ausgewählte Resultate, Neuchâtel, 2006, S. 15 ff.

21 Vgl. Bilger, Frauke/ Rosenblatt, Bernhard von: Weiterbildungsverhalten in Deutschland Band 1: Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007, Bielefeld, 2008, S. 195 ff.

Tab. 2 Auswertung bayerischer Mikrozensus 2012 nach Weiterbildungsbeteiligung und Altersgruppen

Teilnahme an Lehrveranstaltungen zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung	Bevölkerung*, 15 Jahre und älter, nach Beteiligung am Erwerbsleben, Teilnahme an Lehrveranstaltungen zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung, Zweck der Weiterbildung sowie Altersgruppen (Verhältniszahlen)									
	ins-gesamt	davon in der Altersgruppe								
		15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 44	45 bis 49	50 bis 54	55 und älter
Gesamtbevölkerung										
In letzten 12 Monaten	12,9	4,7	12,6	20,9	22,6	21,4	19,5	18,8	17,2	5,1
davon beruflich	10,8	2,2	10,1	17,9	19,3	18,9	17,3	16,6	15,1	3,7
In den letzten 4 Wochen	4,1	2,3	4,8	7,1	6,6	6,3	5,3	5,4	5,2	1,8
davon überwiegend beruflich	3,4	(1,5)	4,0	6,2	5,8	5,5	4,6	4,7	4,5	1,2
Erwerbstätige										
In letzten 12 Monaten	19,6	7,1	16,4	23,8	25,0	23,5	21,2	20,6	19,2	14,2
davon beruflich	17,3	5,0	13,7	20,9	21,7	21,2	19,1	18,3	17,1	12,6
In letzten 4 Wochen	5,9	(3,3)	6,1	8,0	7,3	6,7	5,7	5,7	5,7	4,5
davon überwiegend beruflich	5,3	(2,5)	5,3	7,1	6,6	6,1	5,0	5,1	5,2	3,9
Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung										
	60,3	35,3	67,5	82,1	86,4	86,8	88,3	88,4	86,0	28,8

* Quelle: Mikrozensus 2012.

nahme der Bevölkerung ab 15 Jahren in den letzten zwölf Monaten bei rund 13% liegt, in den letzten vier Wochen indes bei ca. 4%.

Die Auswertungen der Tabellen 2 und 3 wurden nicht auf die 25- (bzw. 18-) bis 64-Jährigen beschränkt, sondern zeigen die Verteilung über Altersgruppen, sodass sich unterschiedliche Weiterbildungsintensitäten ablesen lassen (z. B. das Maximum der Weiterbildungsbeteiligung in der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen). Für die Erwerbstätigen, also eine Teilmenge von rund 60% der Gesamtbevölkerung, notiert das Statistische Bundesamt hinsichtlich der deutschlandweiten Ergebnisse: „Der Mikrozensus zeigt, dass sich die Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung [aller Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren in den vergangenen vier Wochen; Anm. d. Verf.] seit 2005 um 5% bewegt.“²² Dasselbe gilt für die bayerischen Ergebnisse (für alle Erwerbstätigen ab 15 Jahren), wie in Tabelle 3 ersichtlich. Eine Zusammenfassung der 25- bis über 55-Jährigen ergibt eine Weiterbildungsbeteiligung von 6%. Die Erreichung der 15% -Vorgabe des Strukturindicators „Lebenslanges Lernen“ wäre somit noch neun Prozentpunkte entfernt.

Tabelle 3 lässt erkennen, dass die per Mikrozensus ermittelten Beteiligungsquoten an allgemeinen

und beruflichen Weiterbildungen innerhalb des zurückliegenden Jahres seit 2005 zwischen 12% und deutlich über 14% schwanken. Allerdings dokumentieren die Ergebnisse für 2012 auch, dass die Entwicklung nicht nur nach oben geht.

Dies belegen auch die Ergebnisse des AES. Ansonsten liefert diese Erhebung jedoch deutlich abweichende Befunde. So illustriert Abbildung 8, dass im Gegensatz zu den recht niedrigen Quoten des Mikrozensus, die Beteiligungsziele des Dresdner Bildungsgipfels auf Grundlage der AES-Daten als so gut wie erreicht betrachtet werden könnten.

Als ein methodischer Unterschied zwischen AES und Mikrozensus wird angeführt, dass „in 30% der Befragungen des Mikrozensus sogenannte Proxy-Interviews zum Einsatz kommen, also indirekte Erhebungen über ein Haushaltsmitglied. In diesen Fällen ist davon auszugehen, dass die Weiterbildungsbeteiligung nicht immer bekannt ist und somit unterschätzt wird.“²³ Die weitere Kritik lautet, dass Weiterbildung nur ein Themenbereich mit einem geringen Anteil unter mehreren anderen sei und daher untergehen könne. Ferner seien die Fragen, anders als beim AES, nicht gestützt formuliert, weshalb die Erinnerungsleistung zu wenig stimuliert werde.

²² Statistisches Bundesamt: Qualität der Arbeit, Wiesbaden, 2012, S. 58.

²³ DIE (2010): Trends der Weiterbildung – DIE-Trendanalyse 2010, Bielefeld, 2010, S. 131.

Tab. 3 Auswertung bayerischer Mikrozensus 2005 bis 2012 nach Weiterbildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit

Jahr	Bevölkerung*, 15 Jahre und älter, nach Beteiligung am Erwerbsleben, Teilnahme an Lehrveranstaltungen zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung sowie Zweck der Weiterbildung (Verhältniszahlen)								
	Gesamtbevölkerung (15 Jahre und älter)				Erwerbstätige				Anteil an der Gesamtbevölkerung (über 15 Jahre)
	mit Teilnahme an Lehrveranstaltungen zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung								
	in den letzten 12 Monaten		in den letzten 4 Wochen		in den letzten 12 Monaten		in den letzten 4 Wochen		
	insgesamt	davon beruflich	insgesamt	davon beruflich	insgesamt	davon beruflich	insgesamt	davon beruflich	
2012	12,9	10,8	4,1	3,4	19,6	17,3	5,9	5,3	60,3
2011	14,6	12,2	3,9	3,2	22,3	19,6	5,6	4,9	60,0
2010	14,3	12,0	4,0	3,1	21,8	19,3	5,6	4,9	58,8
2009	14,2	11,8	4,0	3,2	21,8	19,1	5,8	4,9	58,2
2008	14,1	11,8	4,1	3,3	21,7	19,2	6,0	5,2	58,5
2007	13,0	10,8	3,8	3,1	20,1	17,9	5,7	5,1	57,6
2006	11,7	9,7	3,8	3,1	18,2	16,0	5,6	5,0	56,9
2005	11,6	9,6	3,8	3,2	18,1	15,9	5,8	5,2	55,8

* Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2012.

Nicht nur, dass die Ergebnisse von Mikrozensus und AES eklatant auseinanderfallen, für das Jahr 2012 fällt laut bayerischem Mikrozensus die Weiterbildungsbeteiligung um 1,7 Prozentpunkte, während der AES für Deutschland eine Zunahme um 7 Prozentpunkte aufweist. Da der AES (aufgrund des Stichprobenumfangs von 7 000 Teilnehmern) keine Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Bundesländer erlaubt, lassen sich die beiden Statistiken letztlich nicht direkt vergleichen. Allerdings sollte die Methodenkritik auch die unterschiedlichen Stichprobenumfänge benennen. In Anbetracht der

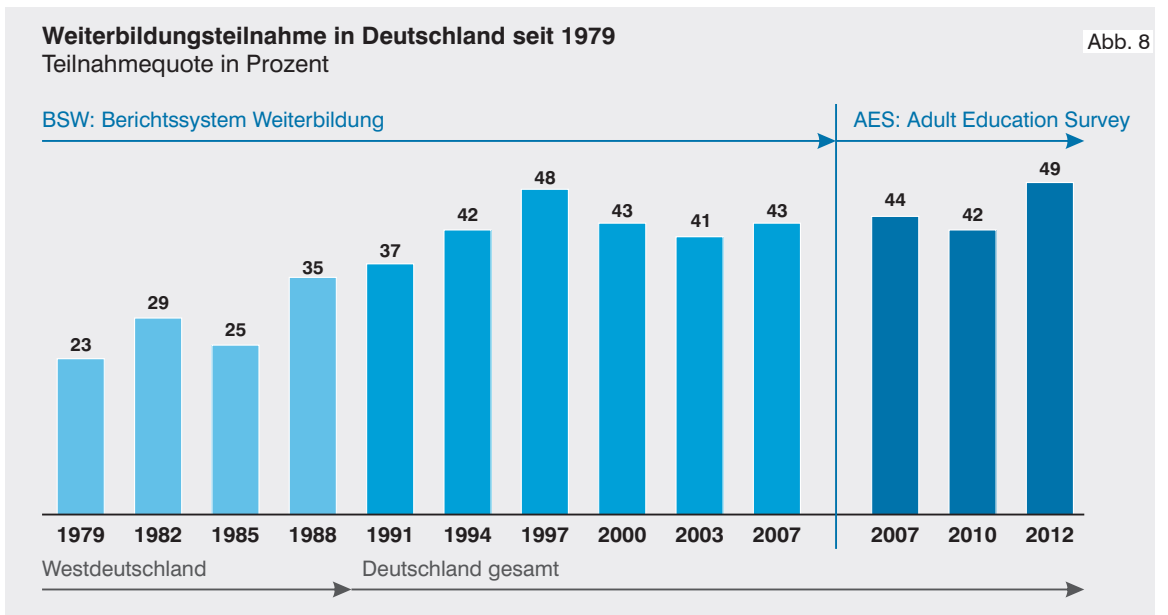
doch recht konstanten Ergebnisse des Mikrozensus zwischen 2005 und 2012, insbesondere bei den Erwerbstätigen, ist wohl die Frage berechtigt, inwieweit das Erhebungsprozedere des AES mit vielen Fragen zur Weiterbildung, die nicht nur organisierte Lernformen betreffen, sondern auch informelles Lernen²⁴, letztendlich eine Überstimulierung bewirkt.

Fazit

Um am Ende den Bogen zurück zur EBS zu schlagen: Der Mikrozensus (und auch der AES²⁵) belegt, dass berufliche Weiterbildung fortwährend den größ-

24 Im AES 2012 wurden bspw. auch Selbstlernaktivitäten erfragt, wie „Lernen von Familienmitgliedern, Freunden oder Kollegen“ sowie „Lesen von Büchern oder Fachzeitschriften“.

25 Bilger et al. (2013): Bilger, F., Gnahs, D., Hartmann, J., Kuper, H. (Hg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012, Bielefeld, 2013, S. 45.



Quelle: BMBF (2013): Aufstieg durch Bildung – Bilanz und Perspektiven für Deutschland, abgerufen am 26. Mai 2014 unter www.bmbf.de/pub/Aufstieg_durch_Bildung_2013.pdf und BMBF (2013): „Weiterbildungsverhalten in Deutschland – AES 2012 Trendbericht“, abgerufen am 26.05.2014 unter www.bmbf.de/pub/trendbericht_weiterbildungsverhalten_2012.pdf.

ten Anteil im quartären Bildungsbereich ausmacht. Genau dies wird durch die Erwachsenenbildungsstatistik jedoch nicht (bzw. nur in geringem Umfang) erfasst und konterkariert somit im Grunde einen Aspekt in der ursprünglichen Intention der Fördergesetzgebungen, nämlich den einer Vereinheitlichung im Weiterbildungsbereich. Es wäre wünschenswert, in der EBS die Teilnehmerzahlen in Kopf- bzw. Personenangaben zu bündeln. Dies dürfte in den Verwaltungssystemen der Anbieter kein Problem darstellen, erlaubt dann aber eher einen Vergleich mit den Angaben von Mikrozensus und AES. Momentan ist dies aufgrund von Mehrfachzählungen, da eine Person mehrere Veranstaltungen besuchen kann, nicht möglich. Mehrfachzählungen von Personen, die Veranstaltungen unterschiedlicher Träger besuchen, wären allerdings weiterhin möglich.

Was ist angesichts einer beinahe 40-jährigen Geschichte der Weiterbildungsförderung und umfangreicher Forschung das Fazit? Die Tatsache, dass Deutschland weiterhin eine wichtige Wirtschaftsnation ist, lässt sich grundsätzlich als positives Zeugnis interpretieren. Aber wenn im NBB 2012 auf Seite 143 zu lesen ist „Nach Bildungsstand betrachtet, ist die Weiterbildungsteilnahme von Personen mit Hoch- und Fachhochschulreife 2010 nach wie vor etwa doppelt so hoch wie die von Personen mit niedrigerem allgemein bildendem Abschluss. Am stärksten ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den Bildungsstufen bei der betrieblichen Weiterbildung, in der die Gruppe der Erwerbstätigen mit maximal Hauptschulabschluss gegenüber den anderen Bildungsabschlüssen deutlich abfällt“, heißt das, dass seit über 150 Jahren bekannte Problemlagen noch lange nicht zufriedenstellend gelöst sind.

Die PIACC-Studie, das „Erwachsenen-PISA“ mit in Deutschland 5 000 Teilnehmern, kommt zu dem Schluss, dass „das leicht unterdurchschnittliche Abschneiden von Deutschland in der Lesekompetenz, verursacht durch Schwächen im unteren Leistungsbereich, und ein auffallend hoher Zusammenhang der Kompetenzen mit der sozialen Herkunft den Befunden von PISA 2000 entsprechen. (...) Diese [kompetenzschwachen; Anm. d. Verf.] Personen haben geringe Chancen auf Ausbildung, Arbeitsmarktteilnahme oder auf einen kognitiv herausfordernden und anregenden Arbeitsplatz; zudem sind sie vergleichsweise wenig an Weiterbildung beteiligt. Somit fehlen Chancen, mangelnde Kompetenzen im Erwachsenenalter zu verbessern.“²⁶ Immerhin, die PIACC-Wissenschaftler beobachten bei den jüngeren Jahrgängen „nach PISA“ im Mittel deutlich höhere Lesekompetenzwerte.

Hält man sich vor Augen, wie viele Studien und Statistiken im Bereich der Erwachsenenbildung existieren, zum Beispiel außer den bereits genannten noch die CVTS²⁷, das NEPS²⁸, das Qualifizierungspanel des Bundesinstituts für Berufsbildung, das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere Projekte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, stellt sich die Frage, ob es nicht im Sinne des Untersuchungsgegenstands und der betroffenen Menschen wäre, die Kräfte in einer umfassenden Weiterbildungserhebung zu bündeln. Es gibt die amtliche Schulstatistik, Berufsbildungsstatistik und Hochschulstatistik. Angesichts dessen und der Definition der Weiterbildung als eigenständiger Bereich wäre die Einrichtung einer dezidierten Erwachsenenbildungsstatistik konsequent.

26 Rammstedt, Beatrice: Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich – Ergebnisse von PIAAC 2012, Münster, 2013, S. 18.

27 Continuing Vocational Training Survey. Ergebnisse der CVTS4 für Deutschland finden sich unter www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschung/Kultur/Weiterbildung/WeiterbildungUnternehmen5215201109004.html.

28 „National Educational Panel Study“ am kürzlich an der Universität Bamberg eröffneten Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Bayern im Jahr 2013

Dr. Tilman von Roncador unter Mitarbeit von Christina Stork, B.Sc.

Im Jahr 2013 wuchs das Bruttoinlandsprodukt Bayerns um 1,0% nach einer Zunahme von 0,9% im Jahr 2012. Der Zuwachs blieb damit 0,6 Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Wirtschaftswachstum. Die hohen Wachstumsraten aus den Jahren 2010 und 2011 wurden aber klar verfehlt. Expansive Impulse entstanden durch die Weltwirtschaft und den internationalen Handel, die Eurokrise wirkte trotz der jüngsten Beruhigung nach wie vor dämpfend. Nach einem schwachen Jahresanfang stabilisierte sich die deutsche Konjunktur in den Quartalen zwei bis vier. In mittel- und langfristiger Betrachtung war das Wirtschaftswachstum in Bayern von allen Bundesländern am höchsten. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg 2013 auf einen Rekordwert von 7,02 Millionen und nahm damit seit 2003 weiterhin ununterbrochen zu.

Einleitung

Der Versuch, den Wohlstand eines Landes anhand statistischer Daten messbar zu machen, reicht bis in das England des 17. Jahrhunderts zurück, als William Petty erstmals hierzu Schätzungen veröffentlichte. In Deutschland gab es im 19. Jahrhundert erste Versuche.¹ Die über lange Zeiträume entstandene Konzeption des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird heute im Allgemeinen sowohl zur Darstellung des Wohlstandsniveaus eines Landes als auch zur Messung des Wirtschaftswachstums bzw. der Wohlstandsmehrung verwendet. In letzter Zeit wurde hierbei das Bruttoinlandsprodukt als alleiniges Maß für die Wohlfahrt eines Landes hinterfragt.² Das Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes und auch ein enger Zusammenhang zum Wohlstand werden jedoch überwiegend anerkannt.³ Daher erfolgt die Messung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Bayerns nachfolgend anhand des Bruttoinlandsprodukts, im Bewusstsein seiner Mängel aber auch der Erkenntnis von Diane Coyle, dass es hierfür „einen besseren Job macht als alle anderen derzeit verfügbaren Alternativen“.⁴ Für die Politik wohl fast noch bedeutender als das Wirtschaftswachstum ist der Arbeitsmarkt.⁵ Neben den monatlich von der Bundesagentur für Arbeit erhobenen Zahlen zur Arbeitslosigkeit veröffentlicht die amtliche Statistik auch die Zahl der Erwerbstätigen

und erlaubt somit einen Blick auf die Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf den Arbeitsmarkt.

Wirtschaftliches Umfeld

Im Jahr 2013 wuchs die Weltwirtschaft nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF) um 3,0%. Gegenüber dem Jahr 2012 schwächte sich das Wirtschaftswachstum damit um 0,2 Prozentpunkte ab und blieb auch klar hinter den Wachstumsraten der Jahre 2003 bis 2007 zurück, die zwischen 3,8% und 5,3% schwankten. Das Volumen des internationalen Handels von Gütern und Dienstleistungen, das für die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung ist, stieg ebenfalls um 3,0% und übertraf damit leicht die Zunahme von 2,8% aus dem Jahr 2012. Wie auch schon bei der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wurden somit die Raten aus den Jahren 2003 bis 2007, die zwischen 5,9% und 10,9% lagen, klar verfehlt. Dennoch gingen von der Weltwirtschaft expansive Wirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft aus. Dabei kamen die stärksten Impulse aus den Schwellen- und Entwicklungsländern Asiens, in welchen das BIP real um 6,5% zulegte gegenüber einem Wirtschaftswachstum der Entwicklungs- und Schwellenländer insgesamt von 4,7%. Die entwickelten Länder kamen hingegen nur auf eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,3%.⁶

1 Vgl. Zur Entstehungsgeschichte Lepenies, P. (2013), Die Macht der einen Zahl, Frankfurt/M.

2 Am öffentlichkeitswirksamsten erfolgte dies durch den Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission im Jahr 2009. Abrufbar unter www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm.

3 So nahm die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags das BIP als einen Indikator für materiellen Wohlstand in die zehn Leitindikatoren auf. Vgl. hierzu Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ (2013), Übersicht auf S. 289.

4 Vgl. Coyle, D. (2014), GDP – A brief but affectionate history, Princeton, New Jersey, S. 136.

5 So erfolgten fünf der sieben bisherigen Kanzlerwechsel (Ausnahmen waren Adenauer/Erhard und Kiesinger/Brandt) in Jahren mit deutlich angestiegenen Arbeitslosenraten.

6 Vgl. für die Angaben in diesem Absatz World Economic Outlook, April 2014, abgerufen am 23. Mai 2014 unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/index.aspx.

Die Eurozone befand sich wie auch schon im Jahr 2012 in einer Rezession. Das BIP nahm um 0,4% ab. Innerhalb der Eurozone schwankte das Bruttoinlandsprodukt erheblich. Es reicht von einer Zunahme um 2,6% in Malta bis zu drastischen Rückgängen von 5,4% in Zypern und 3,9% in Griechenland.⁷ Deutschland liegt hier mit einer Zunahme von 0,4% im Mittelfeld. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone steht in engem Zusammenhang mit der im Mai 2010 einsetzenden Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, später auch in Italien und Zypern.⁸ Die Kreditwürdigkeit dieser Staaten auf den internationalen Finanzmärkten sank drastisch ab, wodurch sich die Zinsen auf neu emittierte Staatsanleihen zunehmend erhöhten. Gleichzeitig sanken die Zinsen für Länder, deren Kreditwürdigkeit als positiv bewertet wurde. Um eine weitere Verschlechterung der Staatshaushalte durch stark steigende Zinslasten zu verhindern, wurde für die betroffenen Staaten ein „Euro-Rettungsschirm“ eingerichtet, dessen Leistungen jedoch an teilweise drastische Einsparungen gebunden waren. Die Rückführung der Staatsausgaben in den betroffenen Ländern, etwa durch Streichung von Investitionsprojekten oder Kürzung von Gehältern von

Staatsbediensteten führte in den betroffenen Ländern über eine Abwärtsspirale von Nachfragerückgang, steigender Arbeitslosigkeit und rückläufigen Einkommen zu teilweise drastischen und mehrere Jahre anhaltenden Rezessionen. Diese Entwicklung traf über die starken Außenhandelsverflechtungen der Mitgliedsländer der Eurozone auch die deutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren in erheblichem Ausmaß.

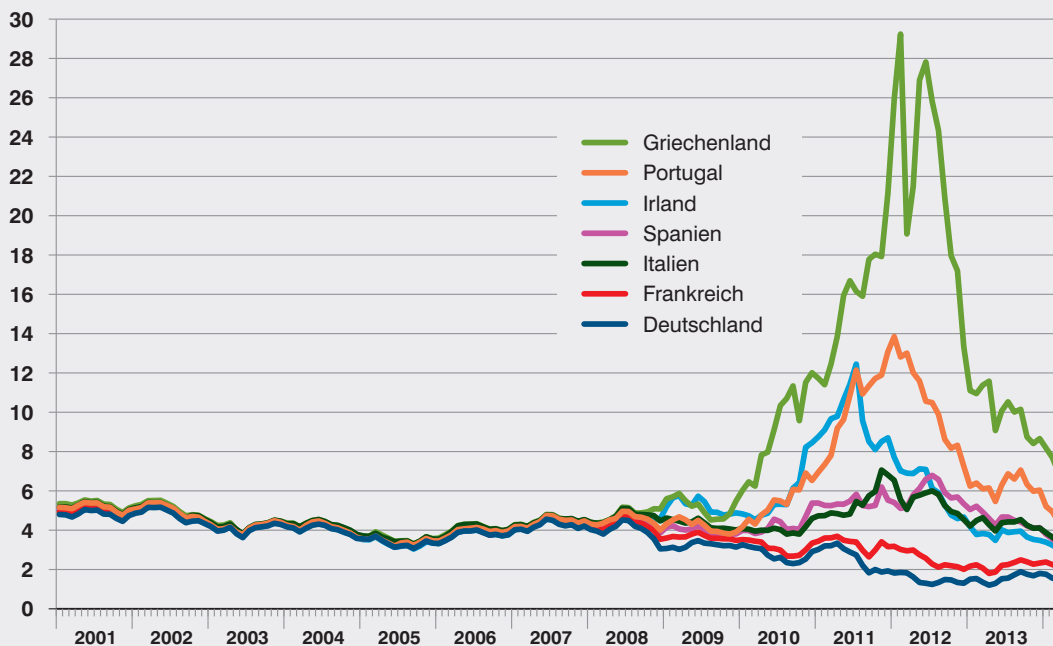
Die hier nur ansatzweise skizzierte wirtschaftliche Abwärtsentwicklung führte zu verstärkten Zweifeln an der Möglichkeit eines Fortbestands der Eurozone. Zu unterschiedlich schienen vielen die in der Währungsunion verbundenen Staaten. Auch an den Finanzmärkten wurde in den Jahren 2011 und 2012 verstärkt mit einem Auseinanderbrechen der Eurozone gerechnet. Inzwischen hat sich diesbezüglich die Situation jedoch deutlich entspannt. Der vom Analysehaus Sentix ermittelte Euro-Break-up-Index fiel im April 2014 auf 9,8% und unterschritt somit erstmals seit Bestehen des Index die Marke von 10%. Dies bedeutet, dass nur noch 9,8% der befragten Personen mit dem Austritt eines Landes aus dem Euroraum innerhalb der nächsten zwölf Mo-

⁷ Vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plu gin=1&language=de&pc ode=tec00115>, abgerufen am 30. Mai 2014. Im Jahr 2013 wuchs das BIP in Lettland um 4,1%, zu diesem Zeitpunkt war das Land aber noch nicht Mitglied der Eurozone. Der Wert für Griechenland ist von Eurostat geschätzt.

⁸ Ein Erklärungsversuch der Eurokrise findet sich beispielsweise in Sinn, H.-W. (2012), Die TARGET-Falle, München, vor allem Kapitel 3 und 4. In der öffentlichen Diskussion um die Eurokrise spielen Gründe wie die Wirtschaftsstruktur der südeuropäischen Länder, in denen beispielsweise die Textilindustrie, die besonders stark von den aufstrebenden Schwellenländern bedrängt wurde, eine weit höhere Bedeutung hat als in Deutschland, kaum eine Rolle. Auch die sich verschlechternde Wettbewerbssituation der sehr bedeutenden Tourismusindustrie im Vergleich zu gegenüber dem Euro abwertenden Ländern wird kaum erwähnt. Auch auf Mängel bei den politischen Institutionen, speziell im Falle Griechenlands, wird eher nur am Rande eingegangen. Demgegenüber dominiert die Argumentationslinie, die Eurokrise sei entstanden, da die Krisenländer auf Pump über ihre Verhältnisse gelebt und über zu hohe Lohnabschlüsse ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätten.

Umlaufrenditen zehnjähriger Staatsanleihen ausgewählter Mitgliedsstaaten des Euroraums seit Januar 2001
in Prozent

Abb. 1



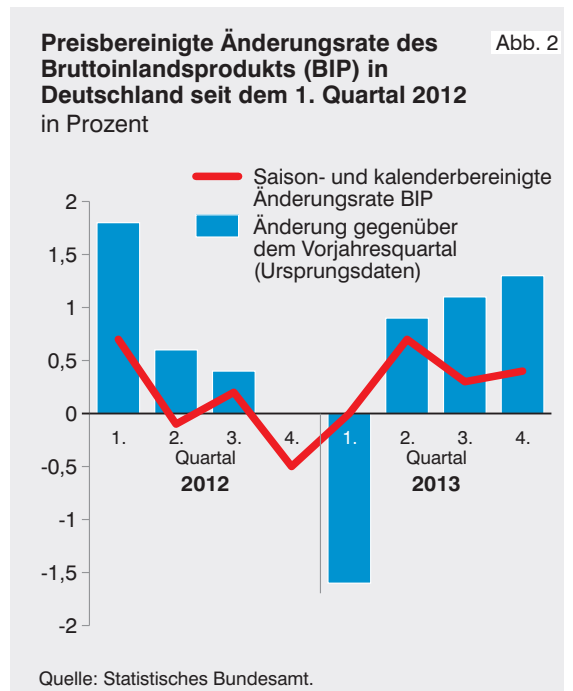
Quelle: Europäische Zentralbank.

nate rechnen. Im Juli 2012 hatte dieser Wert noch bei 73% gelegen.⁹

Der Euro-Rettungsschirm und die Erklärung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, am 26. Juli 2012, dass die Europäische Zentralbank innerhalb ihres Mandats bereit sei zu tun, was immer auch nötig ist, um den Euro zu retten, haben die Erwartungen möglicher Zahlungsausfälle bei den Staatsanleihen der Krisenländer an den Finanzmärkten weitgehend begrenzt. Dies spiegelt sich an den Umlaufrenditen von Staatsanleihen der Länder des Euroraums wider. Die Zinsdifferenzen, die sich ab dem Jahr 2008 stark ausgeweitet hatten, näherten sich in den letzten Monaten wieder an¹⁰ (vgl. Abbildung 1). Selbst das am meisten von der Staatsschuldenkrise betroffene Griechenland konnte inzwischen an den Anleihemarkt zurückkehren und eine fünfjährige Anleihe im Volumen von 20 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von unter 5% platzieren.¹¹ Die Entspannung an den Finanzmärkten hat sich jedoch im Jahr 2013 weder in den Krisenländern noch in Deutschland nachhaltig auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahresverlauf 2013

In Deutschland erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 preisbereinigt um 0,4% nach

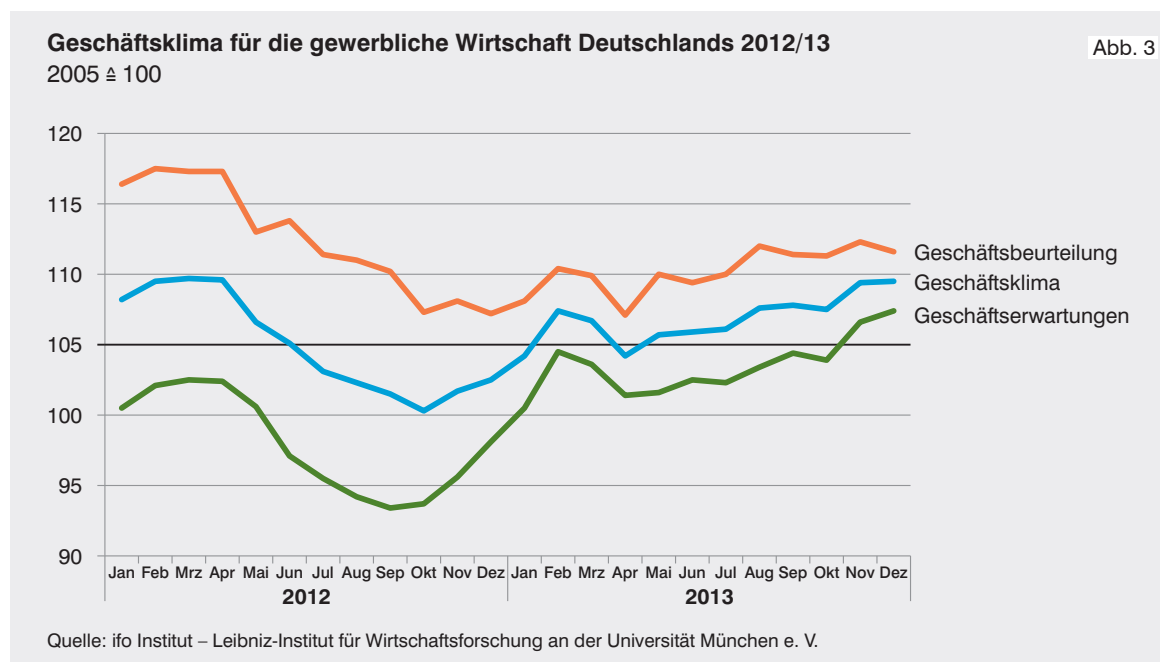


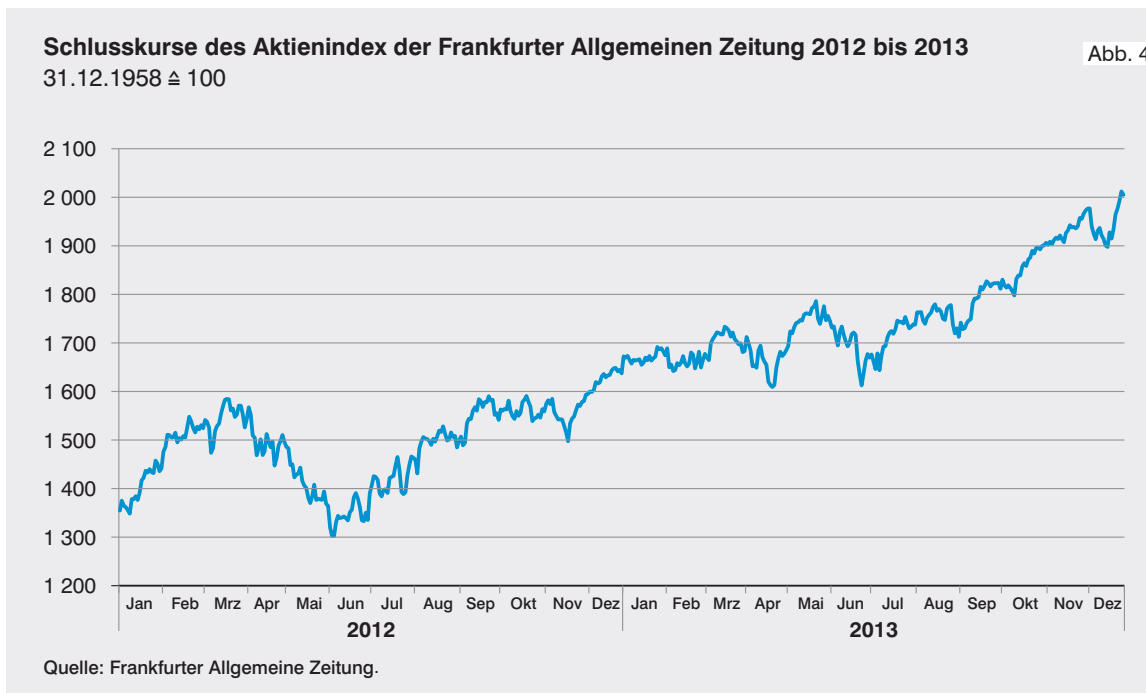
einem Wachstum um 0,7% im Jahr 2012. Anders als auf Länderebene gibt es auf der Bundesebene auch vierteljährliche Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt, sodass auch eine unterjährige Beobachtung des Konjunkturverlaufs möglich ist. Dabei zeigte sich vor allem im Jahresübergang 2012/2013 eine Schwächephase (vgl. rote Linie in Abbildung 2). Im letzten Quartal des Jahres 2012 sank das Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt ge-

9 Vgl. Wanke, S., Euro Break-up Index vor Europawahl erstmals unter 10%, abgerufen am 30. April 2014 unter www.sentix.de/index.php/sentix-Euro-Break-up-Index-News/euro-break-up-index-vor-europawahl-erstmals-unter-10-prozent.html.

10 Vgl. Europäische Zentralbank, abgerufen am 30. April 2014 unter www.ecb.europa.eu/stats/money/long/html/index.en.html.

11 Vgl. Riesenachfrage nach Griechen-Bond; in: Börsen-Zeitung vom 11. April 2014, S. 17.





genüber dem Vorquartal um knapp 0,5%. Das erste Quartal 2013 blieb unverändert. Ab dem zweiten Quartal wurde diese Schwächeperiode dann überwunden. Gewisse Nachholeffekte führten zu einem starken zweiten Quartal, während sich die Wachstumsraten des dritten und vierten Quartals im Rahmen der Jahreswachstumsrate hielten.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Laufe des Jahres 2013 zeigte sich auch im ifo-Geschäftsklimaindex und bei den Aktienkursen, die beide als vorlaufende Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung gelten. Von April bis Oktober 2012 zeigte der Geschäftsklimaindex einen fallenden Verlauf (vgl. mittlere Kurve in Abbildung 3). Der Erholung folgte im März und April 2013 nochmals eine leichte Abschwächung, ehe es bis zum Jahresende 2013 stetig aufwärts ging. Bei den Aktienkursen, hier dargestellt anhand des FAZ-Aktienindex¹², war die Tendenz von Mitte März bis in die erste Juniwoche 2012 abwärts gerichtet (vgl. Abbildung 4). Der sich daran anschließende Aufschwung ging ab Mitte September 2012 in eine Seitwärtsbewegung über, der im November 2012 ein kurzer Rückgang folgte. In der ersten Jahreshälfte 2013 bewegte sich der Aktienmarkt ebenfalls seitwärts und hatte, ähnlich dem ifo-Geschäftsklima von Mitte März bis Mitte April nochmals eine Schwächephase. Beide Frühindikatoren

deuteten somit bereits in der ersten Jahreshälfte 2012 auf die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung hin und nahmen die Erholung ab dem zweiten Quartal mit Anstiegen ab November 2012 vorweg.

Die Entwicklung des bayerischen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum deutschen

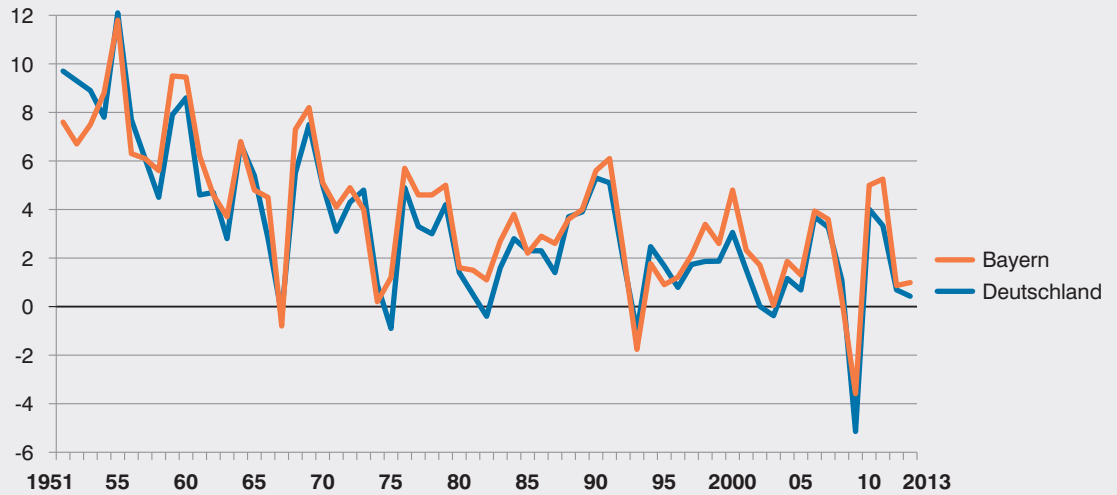
Das bayerische Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahr 2013 um 1,0%, nachdem es ein Jahr zuvor um 0,9% zugelegt hatte. Damit wuchs die bayerische Volkswirtschaft in beiden Jahren zwar etwas schneller als die deutsche, die recht hohen Wachstumsraten aus den beiden Nachrezessionsjahren 2010 und 2011 von 5,0% und 5,3% wurden allerdings klar verfehlt. Die Wachstumsraten der letzten beiden Jahre liegen sogar etwas unterhalb des Niveaus der als besonders wachstumsschwach geltenden Jahre 2002 bis 2005, während der es in Deutschland eine intensive Debatte um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes gegeben hatte, die letztlich zur Agenda 2010 führte.¹³

Bayern folgt in den meisten Jahren seit 1951 überwiegend dem deutschlandweiten Konjunkturmuster. Eine ausgeprägte eigene bayerische Konjunktur ist kaum zu erkennen. Seit den späten Fünfziger-Jahren waren die bayerischen Wachstumsraten jedoch

¹² Der Verlauf des FAZ-Aktienindex wurde gewählt, da er 100 Aktien enthält und damit den Aktienmarkt deutlich besser repräsentiert als der nur aus 30 Werten bestehende Leitindex der Deutschen Börse DAX. Zudem spiegelt er besser den für konjunkturelle Betrachtungen reinen Kursverlauf wieder, da er, anders als der Dax, nicht die Dividenden enthält.

¹³ Stellvertretend für die damalige Debatte Sinn, H.-W. (2003), Ist Deutschland noch zu retten? München, Steingart, G. (2004) Deutschland, der Abstieg eines Superstars, München. Zur Einführung der Agenda 2010 vgl. Hassel, A., Schiller, C. (2010), Der Fall Hartz IV, wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht, Frankfurt/M.

Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Bayern und in Deutschland ab 1951 in Prozent Abb. 5



meist etwas höher als die deutschen (vgl. Abbildung 5). Letztmals blieb Bayern im Jahr 2008 hinter Deutschland zurück, da sich die weltweite Rezession 2009 auf die bayerische Wirtschaft etwas früher auswirkte als auf die deutsche.

Der enge Zusammenhang der bayerischen und der bundesweiten Wachstumsraten wird auch durch eine Analyse anhand von Korrelationskoeffizienten bestätigt. Der Korrelationskoeffizient gibt das Maß für den Zusammenhang zweier Variablen an. In diesem Fall wird der Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland und den Wachstumsraten in den einzelnen Bundesländern dargestellt.¹⁴

Der Korrelationskoeffizient zwischen den bayerischen und den deutschen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts nimmt für die Jahre 1991 bis 2012 einen Wert von 0,93 an.¹⁵ Höhere Korrelationskoeffizienten bestehen lediglich zwischen Baden-Württemberg und Deutschland (0,97) sowie zwischen Nordrhein-Westfalen und Deutschland (0,95). Hessen kommt auf denselben Wert wie Bayern. Somit besteht zwischen den deutschen und den bayerischen Wachstumsraten ein hoher Zusammenhang. Dagegen zeigen die neuen Bundesländer aber auch

Tab. 1 Korrelationskoeffizienten für die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1991 bis 2012 zwischen den Bundesländern und Deutschland insgesamt

Bundesland	Korrelationskoeffizient
Baden-Württemberg	0,97
Bayern	0,93
Berlin	0,39
Brandenburg	0,25
Bremen	0,86
Hamburg	0,53
Hessen	0,93
Mecklenburg-Vorpommern	0,06
Niedersachsen	0,89
Nordrhein-Westfalen	0,95
Rheinland-Pfalz	0,87
Saarland	0,90
Sachsen	0,25
Sachsen-Anhalt	0,28
Schleswig-Holstein	0,75
Thüringen	0,31
Alte Bundesländer ohne Berlin	0,98
Alte Bundesländer mit Berlin	0,98
Neue Bundesländer ohne Berlin	0,26
Neue Bundesländer mit Berlin	0,33

Hamburg und Schleswig-Holstein eine deutlich eigenständigere Entwicklung (vgl. Tabelle 1).

Der enge Zusammenhang zwischen den großen Bundesländern wie Nordrhein Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg resultiert auch daraus, dass die Wachstumsraten dieser Bundesländer aufgrund ihres hohen Anteils am gesamtdeutschen Bruttoinlands-

14 Zum Korrelationskoeffizienten vgl. z. B. Fersch, F. (1985) ⁹, Deskriptive Statistik, Würzburg, S. 229.

15 Bei einem vollständigen positiven Zusammenhang erreicht der Korrelationskoeffizient einen maximalen Wert von 1,0.

produkt ihrerseits die Wachstumsraten Deutschlands erheblich beeinflussen. So erreichten die drei genannten Länder im Jahr 2013 jeweils einen Anteil von 21,9%, 17,8% bzw. 14,9% des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Das bayerische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu den anderen Bundesländern

Mit einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1,0% im Jahr 2013 lag Bayern in der Rangfolge der Länder hinter Berlin auf dem zweiten Platz (vgl. Tabelle 2). Es folgen Baden-Württemberg und Hessen mit jeweils 0,9% sowie Hamburg mit 0,8%. Genau acht der 16 Bundesländer übertrafen die gesamtdeutsche Wachstumsrate von 0,4%.

Die Rangfolge der Länder wird maßgeblich durch deren Wirtschaftsstruktur geprägt. Liegen in einem Bundesland im Vergleich zu Deutschland insgesamt überdurchschnittlich viele Branchen, die sich im betrachteten Jahr besonders gut entwickelt haben, so

Tab. 2 Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern im Jahr 2013

Bundesland	Wachstum des BIP in Prozent
Berlin	1,2
Bayern	1,0
Baden-Württemberg	0,9
Hessen	0,9
Hamburg	0,8
Brandenburg	0,7
Bremen	0,5
Thüringen	0,5
Sachsen	0,3
Rheinland-Pfalz	0,2
Niedersachsen	0,0
Nordrhein-Westfalen	- 0,1
Schleswig-Holstein	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	- 1,1
Sachsen-Anhalt	- 1,2
Saarland	- 1,3
Alte Bundesländer ohne Berlin	0,5
Alte Bundesländer mit Berlin	0,5
Neue Bundesländer ohne Berlin	0,0
Neue Bundesländer mit Berlin	0,3

wird das Wirtschaftswachstum dieses Landes oberhalb des gesamtdeutschen Wertes liegen und umgekehrt. Der wirtschaftliche Erfolg in den einzelnen Branchen kann jedoch von Jahr zu Jahr schwan-



Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug der (in diese Produktion einfließenden) Vorleistungen und bringt damit die in einer bestimmten Periode erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung zum Ausdruck. Die Bewertung erfolgt zu Marktpreisen. Die Ergebnisse werden sowohl in jeweiligen Preisen (nominal) dargestellt, als auch internationalen Regelungen entsprechend auf Grundlage einer jährlich wechselnden „Vorjahrespreisbasis“ (preisbereinigt bzw. real).

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich als Differenz aus den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen; sie umfasst – wie das Bruttoinlandsprodukt – also jeweils nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Die BWS ist bewertet zu Herstellungspreisen. Damit sind in der BWS zwar die empfangenen Gütersubventionen berücksichtigt, nicht jedoch die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern, als Teil der Produktionsabgaben). Gütersteuern und -subventionen sind solche Transaktionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten bzw. eingeführten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind oder vice versa geleistet werden (wichtige Beispiele sind die Mineralöl- und die Tabaksteuer). Wie das BIP wird auch die BWS sowohl in jeweiligen Preisen (nominal), als auch preisbereinigt (real) dargestellt.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) wurde 1954 gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der sechzehn Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an. Vorsitz und Federführung des Arbeitskreises obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

ken, sodass die Reihenfolge der Bundesländer von Jahr zu Jahr Änderungen unterworfen ist. Bei der Betrachtung des jeweils aktuellsten Jahres ist ferner zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um erste Fortschreibungsergebnisse des Bruttoinlandsprodukts handelt, die auf den drei Monate nach Ende des Berichtsjahres vorliegenden Daten beruhen, sodass auch seitens der Eingangsdaten noch Änderungen erfolgen. Um gehaltvolle Aussagen bezüglich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer treffen zu können, sollte daher das Wirtschaftswachstum der Bundesländer immer über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet werden. Das jeweils aktuellste Jahr für sich betrachtet kann immer nur einen ersten, vorläufigen Einblick geben.

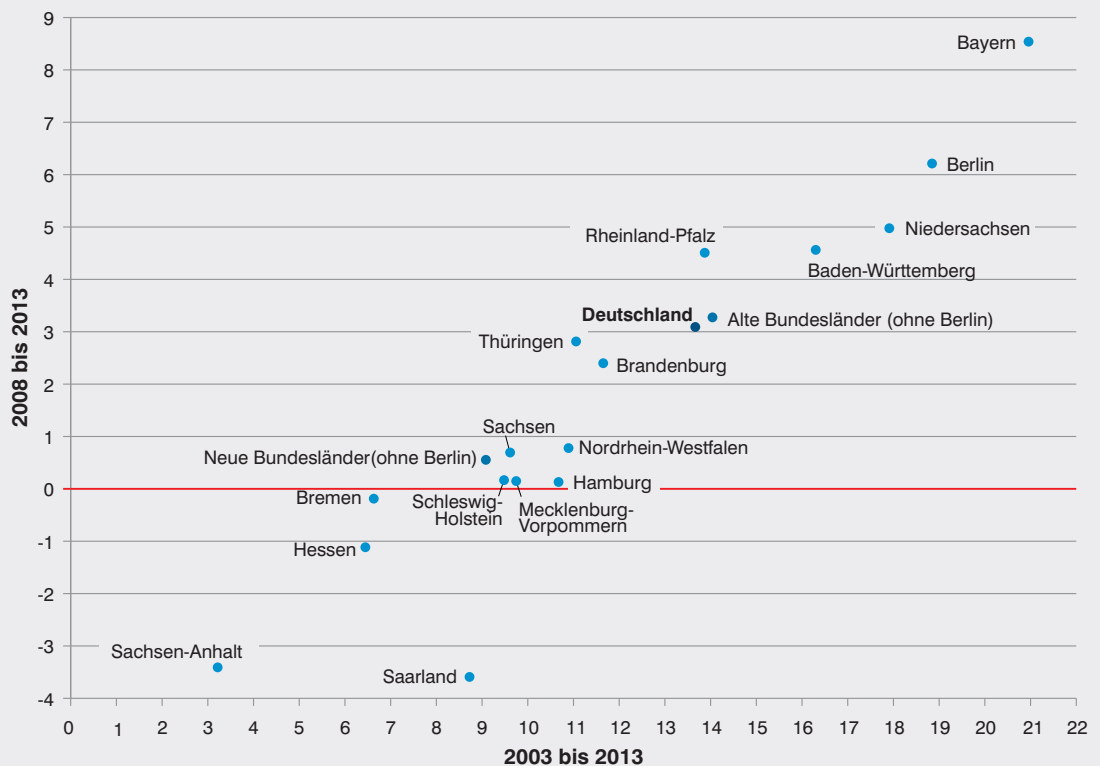
Um die Wirtschaftskraft der Bundesländer zu vergleichen, wurden nachfolgend eine langfristige und eine mittelfristige Perspektive verwendet. Die langfristige Periode beinhaltet den Zehnjahreszeitraum zwischen 2003 und 2013. Die mittelfristige beginnt

mit dem Jahr 2008, also ein Jahr vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie zeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern im Vergleich zum Stand vor der Krise entwickelt hat.

Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 21,0% von 2003 bis 2013 bzw. von 8,5% von 2008 bis 2013 liegt Bayern für beide Betrachtungszeiträume deutlich an der Spitze aller Bundesländer (vgl. Abbildung 6). Es folgen Berlin mit 18,8% bzw. 6,2% und Niedersachsen mit 17,9% und 5,0%. Die Rangfolge der Länder in der langfristigen und mittelfristigen Betrachtung ist verhältnismäßig stabil. Von den sechzehn Bundesländern haben sechs denselben Rang. Bei weiteren sechs Ländern weicht die Rangfolge um lediglich einen Platz ab. Deutlich schlechter als in der langfristigen Betrachtung schneiden Hamburg und das Saarland in der mittelfristigen Betrachtung ab. Beide Länder verlieren drei Plätze. Umgekehrt können sich Schleswig-Holstein und Sachsen jeweils um zwei Ränge verbessern.

Änderungsrate des Bruttoinlandsprodukts* in Deutschland 2008 bis 2013 und 2003 bis 2013 nach Bundesländern

Abb. 6



* Preisbereinigt.

Die langfristige Stärke des Wirtschaftswachstums spiegelt sich auch an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner wider: Je stärker das Wirtschaftswachstum im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung ausfällt, desto höher wird langfristig das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sein. Auf internationaler Ebene wird diese Größe häufig verwendet, um den Wohlstand zwischen verschiedenen Staaten vergleichen zu können. Auf der kleinräumigeren Ebene innerhalb eines Landes stellt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner jedoch weniger einen Wohlstandsindikator dar als einen Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Bundeslandes oder einer Region. Diese unterschiedliche Betrachtung hängt mit den Pendlerverflechtungen innerhalb eines Staates zusammen: Während auf internationaler Ebene die Zahl der Pendler im Verhältnis zur Zahl der einheimischen Arbeitskräfte in der Regel vernachlässigbar ist¹⁶, sind Pendlerströme über die Grenzen der Bundesländer hinweg oft von erheblicher Bedeutung. Dies gilt vor allem für die Stadtstaaten, die als Wirtschaftszentren viele Pendler anziehen, aber auch für die neuen Bundesländer, aus denen viele Erwerbstätige in die alten Bundesländer zur Arbeit pendeln. Verzeichnet ein Land einen hohen Einpendlerüberschuss, so wird dessen Bruttoinlandsprodukt von Erwerbstätigen erhöht, die selber nicht im Land wohnen, also nicht zur Einwohnerzahl zählen, die den Nenner der Größe Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

bilden. Dadurch wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ländern mit Einpendlerüberschuss in der Tendenz sehr hoch ausgewiesen. Wird dies als Wohlstandsmaß für die Einwohner des Landes interpretiert, ergeben sich Fehlschlüsse.

Von den 16 Bundesländern hat Bayern nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Hessen das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (vgl. Tabelle 3).

Die Einwohnerzahl für das Jahr 2013 entspricht nach dem Konzept des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ dem Stichtagwert zum 30. Juni 2013. Das Statistische Bundesamt verwendet für die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen geschätzten Jahresdurchschnitt. So kann es zu leichten Abweichungen zum Deutschlandwert des Statistischen Bundesamts kommen.

Die Reihung der Länder verdeutlicht die nach wie vor bestehenden großen Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Ohne Berlin erreichen die neuen Bundesländer lediglich rund 70% des deutschlandweiten Durchschnitts. Hessen und Bayern liegen jeweils rund 15% darüber.

¹⁶ Ausnahmen sind kleine Staaten wie Luxemburg oder Lichtenstein, die eine im Vergleich zu ihrer Bevölkerung hohe Zahl an Einpendler anziehen.

Tab. 3 Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Bundesländern im Jahr 2013

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	
	€	Deutschland = 100
Hamburg	53 611	161
Bremen	43 085	129
Hessen	38 490	115
Bayern	38 429	115
Baden-Württemberg	37 472	112
Nordrhein-Westfalen	33 621	101
Saarland	31 834	95
Berlin	30 642	92
Rheinland-Pfalz	30 420	91
Niedersachsen	30 149	90
Schleswig-Holstein	27 684	83
Sachsen	24 226	73
Brandenburg	23 751	71
Sachsen-Anhalt	23 196	70
Thüringen	23 168	69
Mecklenburg-Vorpommern	22 817	68
Deutschland	33 355	100
darunter		
Alte Bundesländer ohne Berlin	35 391	106
Alte Bundesländer einschließlich Berlin	35 147	105
Neue Bundesländer ohne Berlin	23 585	71
Neue Bundesländer einschließlich Berlin	25 129	75

Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens in Bayern

Im Idealfall geht Wirtschaftswachstum mit dem Aufbau von Arbeitsplätzen, also einer steigenden Zahl von Erwerbstätigen und rückläufigen Arbeitslosenzahlen einher. Dabei greifen beide Entwicklungen ineinander über: In Phasen eines hohen Wirtschaftswachstums entstehen neue Arbeitsplätze und die wiederum neu entstandenen Einkommen befeuern wiederum das Wirtschaftswachstum. Dieses Muster zeigte sich in der Vergangenheit jedoch oftmals nicht in der Realität. So kam es nach den beiden auf die Erdölkrisen von 1973 und 1979 folgenden Rezessionen zwar wieder zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, die Arbeitslosenzahlen verharrten jedoch jeweils auf einem ungleich höheren Niveau als vor den Rezessionen. In den Jahren von 1991 bis 1997 und von 2001 bis 2005 stieg die Arbeitslosigkeit in Bayern trotz eines bis auf das Jahr 1993 positiven Wirtschaftswachstums in erheblichem Ausmaß an (vgl. Abbildung 7). Die Erwerbstätigenzahl sank von 1993 bis 1997 und von 2002 bis 2003. Im Jahr 2005 lag sie lediglich um 5,5% höher als im Jahr 1991, während das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum preisbereinigt um 27,4% zugelegt hatte. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich gleichzeitig um 135,1% erhöht. Es fand in diesem Zeitraum

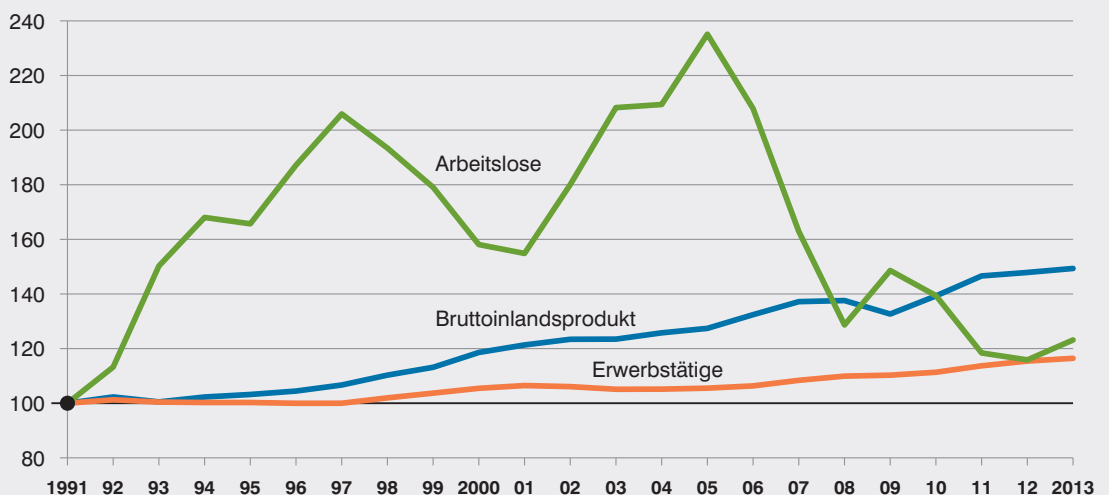
ein Wachstum ohne einen nennenswerten Aufbau von Arbeitsplätzen statt, während sich das Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöhte.

Dieses Bild änderte sich ab dem Jahr 2006. Mit dem zunehmenden Wirtschaftswachstum, das seinerzeit vor allem durch stark steigende Exporte angetrieben wurde, stieg auch die Zahl der Erwerbstätigen, während die Arbeitslosenzahlen rückläufig waren. Zunächst unterschied sich diese Entwicklung nicht von dem vorangegangenen Aufschwung der Jahre 1997 bis 2001. Im Jahr 2008 unterschritt jedoch die Arbeitslosenzahl das Niveau des Jahres 2001. Damit konnte erstmals seit der Rezession von 1966/67 im nachfolgenden Aufschwung der Stand der Arbeitslosigkeit vor der Krise wieder unterschritten werden. Der Arbeitslosensockel wurde erstmals seit Jahrzehnten spürbar abgebaut, in Bayern ebenso wie in Deutschland insgesamt.

Die schwere Rezession von 2009 ließ das Bruttoinlandsprodukt von Bayern um 3,6%, das von Deutschland um 5,1% sinken. Dieser schwerste wirtschaftliche Einbruch seit 1945 unterbrach den Abbau der Arbeitslosigkeit lediglich um ein Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern stieg leicht um

Bruttoinlandsprodukt*, Erwerbstätige und Arbeitslose in Bayern seit 1991
1991 = 100

Abb. 7



* Preisbereinigt.

Quelle für die Arbeitslosenzahlen: Bundesagentur für Arbeit.



Erwerbstätige und Arbeitsvolumen

Erwerbstätige

Die Darstellung der Erwerbstätigen erfolgt als jahresdurchschnittliche Größe. Als Erwerbstätige werden alle Personen gezählt, die als Arbeitnehmer in einem Arbeitsverhältnis stehen, als Selbstständige ein Gewerbe bzw. eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit sowie die Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt spielen dabei keine Rolle. So sind auch geringfügig Beschäftigte einbezogen. Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen dagegen Personen als Verwalter ihres Privatvermögens. Im Falle mehrerer (gleichzeitiger) Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) gehören alle Statistischen Ämter der Länder sowie das Statistische Bundesamt an. Der Deutsche Städtetag nimmt beratend an den Sitzungen des Arbeitskreises teil. Vorsitz und Federführung obliegen dem Hessischen Statistischen Landesamt.

0,3%, in Deutschland um 0,1% an. In Umkehrung zur Entwicklung vor 2005 gab es während der Rezession von 2009 Arbeitsplätze ohne Wachstum.

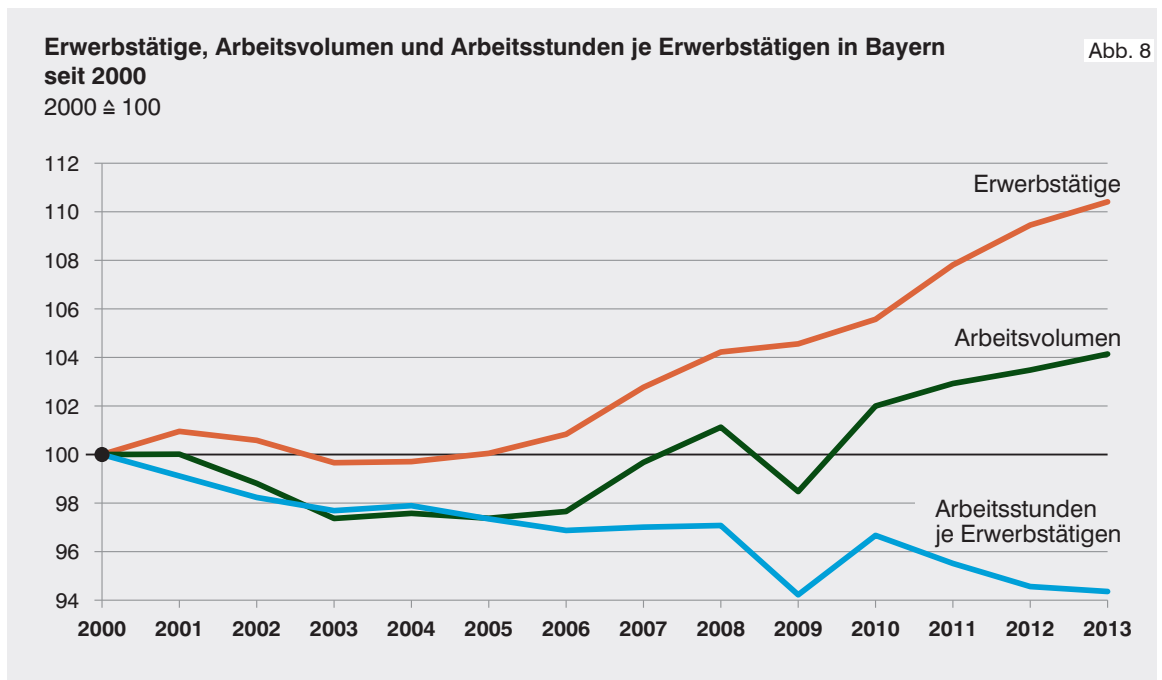
Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen setzte sich auch im Jahr 2013 fort. Insgesamt gab es in Bayern 7,02 Millionen Erwerbstätige. Im Vergleich zu den 6,34 Millionen Erwerbstätigen aus dem Jahr 2003, als sich die Erwerbstätigenzahl letztmals verminderte, entspricht dies einer Zunahme um insgesamt 10,8%.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ging einher mit tiefen strukturellen Änderungen. Es besteht eine Tendenz zu kürzeren Arbeitszeiten, vor allem hervorgerufen durch einen anhaltenden Trend zu Teilzeitarbeit. Dadurch wird die Aussagefähigkeit der Analyse der Erwerbstätigenzahl abgeschwächt. Neben den Personen wird eine Betrachtung des Arbeitsvolumens, also der am Arbeitsplatz geleisteten Stunden, immer wichtiger. Angaben zum Arbeits-

volumen liegen seit dem Jahr 2000 vor. Ein Vergleich der erwerbstätigen Personen mit den geleisteten Stunden zeigt ein ähnliches Verlaufsmuster. Allerdings fällt die Zunahme aufgrund der sinkenden Arbeitszeiten bei den geleisteten Stunden weniger deutlich aus als bei den Erwerbstätigen. Eine deutliche Abweichung der Verläufe beider Größen gab es im Jahr 2009, als mittels eines umfangreichen Einsatzes von Kurzarbeit Massentlassungen verhindert werden konnten (vgl. Abbildung 8). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sank seit dem Jahr 2000 in Bayern von 1 471 auf 1 388 ab.

Zusammenfassung

Ähnlich wie im Jahr 2012 fiel auch 2013 das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts mit einer Zunahme um 1,0% eher mäßig aus. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zu Deutschland insgesamt schnitt Bayern gut ab. Für Aussagen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer sollte jedoch nicht nur das aktuelle Jahr im Fo-



kus der Betrachtung stehen, sondern eine mittel- bis langfristige Perspektive eingenommen werden. Sowohl in einem Fünf- als auch in einem Zehnjahreszeitraum steht Bayern deutlich an der Spitze aller Bundesländer. Dabei unterschied sich das Muster des bayerischen Konjunkturverlaufs kaum von dem deutschlandweiten. Es ist kein ausgeprägter eigener bayerischer Konjunkturverlauf zu erkennen, die bayerischen Wachstumsraten liegen jedoch in den meisten Jahren über der bundesweiten Entwicklung. Dies spiegelt sich auch in der Höhe des Brut-

toinlandsprodukts je Einwohner wider, das in Bayern mit 38 429 Euro nach Hessen den zweithöchsten Wert aller Flächenländer erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 einen Rekordwert von 7,02 Millionen Personen. Gegenüber dem Jahr 2003 entspricht dies einer Zunahme um 10,8%. Das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen sinkt tendenziell seit dem Jahr 2000, wofür überwiegend der anhaltende Trend zur Teilzeitbeschäftigung ursächlich sein dürfte, während der Rezession von 2009 auch die Ausweitung der Kurzarbeit.

Adaptierter Gastbeitrag:* „Statistische Bibliothek“ – ein neues gemeinsames Internetangebot

Dipl.-Ing. Cornelia Schwarck

Mit der „Statistischen Bibliothek“ steht der Öffentlichkeit ein zentraler Zugang zu den digitalen Publikationen der einzelnen Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. Umfangreiche Recherchemöglichkeiten bieten eine schnelle Hilfe bei der Suche. Derzeit werden je nach Kapazität neben den aktuellen Veröffentlichungen auch ältere Bestände erfasst und eingepflegt – denn neben einer Bibliothek soll damit gleichzeitig ein Archiv aufgebaut werden.

Die Veröffentlichungspraxis der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamts hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Die Inhalte stehen eher interaktiv im Internet zur Verfügung und ehemals als Druckwerke bereitgestellte Veröffentlichungen werden zum direkten Download bereitgestellt, zumeist als PDF-Dateien (siehe Info-Kasten). Damit stellte sich zunehmend die Frage, wie die digitalen Ausgaben für die Nachwelt dokumentiert und archiviert werden können. Zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entstand so das gemeinsame Online-Angebot »Statistische Bibliothek«, das seit dem Sommer 2013 über die Startseite des Statistik-Portals www.statistikportal.de und über die jeweiligen Webseiten der Ämter erreichbar ist.

Bibliothek ...

Das Angebot dient als Bibliothek, in der die Veröffentlichungen der einzelnen Ämter und die Gemeinschaftsveröffentlichungen des Bundes und der Länder nach und nach erschlossen und zur Nutzung bereitgestellt werden. Der Bestand wächst damit täglich. Die Vorgehensweise, wie die Dokumente in das System einzupflegen sind, ist gemeinsam abgestimmt. Metadaten, die für jede Publikation angelegt werden, dienen der internen Verwaltung und im Weiteren den Recherchemöglichkeiten für die Nutzer (siehe Info-Kasten). Die Dokumente stehen der Öffentlichkeit – sofern sie kostenfrei sind – umgehend zur Verfügung.

... und Archiv

Neben der Nutzung als Bibliothek besteht ebenso das Ziel, die zahlreichen digitalen Dokumente für die

* Der vorliegende Beitrag ist im Monatsheft des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, Ausgabe 12/2013, erschienen. Die Autorin, Dipl.-Ing. Cornelia Schwarck, war Referentin im Referat „Landesinformationssystem, Regionalstatistik, Zentrale Informationsdienste und Internetangebot“. Das LfStaD dankt der Autorin und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die freundliche Nachdruckgenehmigung. Gegenüber der Originalfassung sind, mit dem Einverständnis der Autorin, die Angaben für Baden-Württemberg von Frau Christine Wiens, Dipl.-Bibl. (FH) M.A., durch bayerische Daten und Beispiele sowie aktualisierte Abbildungen ersetzt worden.

Nachwelt aufzuheben, zu archivieren. Der Bereich der digitalen Archivierung ist dabei noch recht jung. Während bei einem Buch unter anderem die Qualität des Papiers oder die Art der Aufbewahrung über die Langlebigkeit entscheiden kann, soll bei der digitalen Archivierung die Lesbarkeit von Dateien auch in Zukunft gesichert sein. In dem zur Archivierung bereitgestellten Dokument müssen demnach zum Beispiel alle schrift- und formatrelevanten Informationen enthalten sein. PDF-Dateien mit Dateianhängen heutiger Standardprogramme (zum Beispiel MS Excel) sind nicht geeignet. Das gilt ebenso für Links, die aus dem Dokument heraus auf externe Quellen verweisen, die in einigen Jahren wahrscheinlich nicht mehr existieren. Somit sind auch die Interessen, ein Dokument in einer Bibliothek zu sammeln und dem Nutzer aktuell zur Verfügung zu stellen, nicht ganz de-

Startseite der „Statistischen Bibliothek“

Abb. 1

ckungsgleich mit dem Gedanken des Archivierens. Die „Statistische Bibliothek“ bietet daher grundsätzlich die Möglichkeit an, mehrere Formatausgaben von einem Dokument anzulegen (PDF, Excel, PDF/A). Für die Archivfunktion wird das PDF/A-Format eingesetzt, das sich gegenwärtig etabliert hat und dem die ISO-Norm (International Organization for Standardization) 19005-1:2005 zugrunde liegt.¹

Recherche in der „Statistischen Bibliothek“

Die „Statistische Bibliothek“ ist direkt über die Adresse www.destatis.de/GPStatistik/ oder über Verlinkungen über die Webseiten der Länder und des Bundes und des Statistik-Portals erreichbar. Auf der Einstiegsseite kann zwischen der Schnellsuche, der erweiterten Suche oder der Volltextsuche gewählt werden (vgl. Abbildung 1). Daneben sind über die linke Navigation die Internetangebote der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamts und des Statistik-Portals erreichbar. In der rechten Navigationsleiste finden sich die jeweils zuletzt eingestellten Dokumente.

Die Schnellsuche ist die einfachste Möglichkeit zu recherchieren. Führt diese nicht zum gewünschten Er-

folg oder sollen die Suchergebnisse eingeschränkt werden, bietet die „Erweiterte Suche“ zusätzliche Möglichkeiten. Mit Hilfe von weiteren Feldern können Metadaten ausgewählt oder kombiniert werden, zum Beispiel Angaben zum Herausgeber und/oder der Region. Die +/– Felder lassen eine Mehrfachauswahl der jeweiligen Felder zu. Die Suchergebnisse sind je nach Wunsch variabel darstellbar (vgl. Abbildung 2). Als dritte Suchoption bietet die „Volltextsuche“ eine Möglichkeit, sich über Begriffe, Wörter und Textstellen aus dem Inhalt eines der Dokumente Fundstellen anzeigen zu lassen.

Was passiert im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung?

In der Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung werden seit Anfang 2013 alle bayerischen Statistischen Berichte in die „Statistische Bibliothek“ eingearbeitet, die seit 2003, in Einzelfällen auch seit 2000, in digitalisierter Form erschienen sind. Seit 2014 sind auch alle Beiträge der Zeitschrift „Bayern in Zahlen“ rückwirkend bis 2004 verfügbar. Alle Dokumente sind mit Schlagworten sachlich erschlossen. Für die Katalogisierung und Archivierung müssen die einzelnen Hefte

¹ Dümmer, Olaf; Oettler, Alexandra; von Seggern, Dietrich: Digitale Langzeitarchivierung mit PDF, 2007, ISBN: 978-3-9811648-0.

„Erweiterte Suche“ Suche nach Publikationen

Abb. 2

erweiterte Suche

Schlüsselwörter: ? + -
Rechtstrunkierung mit * möglich

Herausgeber: (bitte wählen) ▾ + -

Region: (bitte wählen) ▾ + -

Themenbereich: (bitte wählen) ▾ + -

Felder verknüpfen mit: und ▾

sortiert nach: Titel ▾ aufsteigend ▾ + -

Maximal 100 ▾ Treffer, 15 ▾ pro Seite anzeigen

Suchen...

mit Hilfe des Programms Callas PDF/A-Pilot in das Format PDF/A überführt werden. Die neuen Statistischen Berichte und Zeitschriftenhefte werden laufend bei Erscheinen eingepflegt. Im nächsten Schritt ist geplant, die älteren und damit kostenfreien Ausgaben der Statistischen Jahrbücher aufzunehmen.

Die bayerischen Veröffentlichungen machen derzeit etwa mehr als 10% des Gesamtbestandes der „Statistischen Bibliothek“ aus: Zum Stand Juni 2014 sind für Bayern 3 823 Statistische Berichte und 123 Zeitschriftenhefte recherchierbar, ein Angebot, das von der Öffentlichkeit rege in Anspruch genommen wird,

wie die Zugriffsstatistik des ersten Halbjahres 2014 belegt. Mit 26 838 Downloads und damit 11% aller Zugriffe wurden nur die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts und des Statistischen Landesamts Nordrhein-Westfalen häufiger abgerufen.

Alle bayerischen Veröffentlichungen, auch die älteren, stehen weiterhin im Webshop des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung im PDF- und meist auch im Excel-Format überwiegend kostenlos zum Download zur Verfügung unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/index.php.



PDF

Abkürzung für „portable document format“. PDF ist ein plattformunabhängiges, offengelegtes Dateiformat. PDF kann wie ein Container verschiedenartigste Elemente enthalten: Bild, Text, Sound, Filme, Formularelemente und vieles mehr.¹

PDF/A

ISO 19005-1 definiert „ein Dateiformat basierend auf PDF, genannt PDF/A, welches einen Mechanismus zur Verfügung stellt, um elektronische Dokumente auf eine Weise darzustellen, sodass das visuelle Erscheinungsbild über die Zeit erhalten bleibt, unabhängig von den Werkzeugen und Systemen zur Herstellung, Speicherung und Reproduktion.“ [Auszug aus ISO 19005-1, Quelle: www.pdfa.org/2007/01/pdfa].

Daneben bietet die unter Fußnote 1 genannte Veröffentlichung zahlreiche Informationen rund um die Erstellung von PDF/A-Dokumenten.

Metadaten

Metadaten sind hier übergeordnete Daten, wie etwa Titel, Herausgeber oder Stichwörter, die eine Serie, Monografie oder ein konkretes Dokument beschreiben. Beispielhaft sei dies an einem Statistischen Bericht erklärt: Der Haupttitel lautet „Statistische Berichte / A / I / 3,“ der Untertitel „Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns“, die Periodizität ist jährlich. Diese Metadaten werden über Pflicht- und optionale Eingabefelder im System angelegt. Dem jeweiligen Statistischen Bericht werden dann die einzelnen Ausgaben angehängt. Diese Dokumente erhalten ebenfalls noch eigene wenige Merkmale, zum Beispiel das Jahr, die Bestellnummer oder das Dateiformat (Ausgabe 2003, Bestellnummer A1300C 200300.pdf). Auch diese Felder sind vorgegeben.

¹ Dümmer, Olaf; Oettler, Alexandra; von Seggern, Dietrich: Digitale Langzeitarchivierung mit PDF, 2007, ISBN: 978-3-9811648-0.

Erwachsenenbildung in Bayern 1976

Die in der Erwachsenenbildung tätigen drei Landesorganisationen und vier Träger auf Landesebene führten im Jahre 1976 mit ihren fast 500 Einrichtungen und über 3 600 Nebenstellen insgesamt rund 97 100 Veranstaltungen durch. Die nach einem einheitlich zugrundegelegten Verfahren errechnete Gesamtleistung betrug 17 452 100 Teilnehmerdoppelstunden; es wurden fast 732 500 Doppelstunden und über 3 807 600 Teilnehmer gezählt. Auf 1 000 Einwohner Bayerns entfielen somit durchschnittlich 352 Besuche einer Veranstaltung der außerschulischen, außerberuflichen Erwachsenenbildung. Den Hauptanteil verzeichneten die drei Landesorganisationen Volkshochschulverband, Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung, nämlich zusammen 85,2% der Veranstaltungen, 89,8% der Doppelstunden, 86,1% der Teilnehmer und 87,9% der Teilnehmerdoppelstunden. Im Landesdurchschnitt hatte eine Veranstaltung 39 Teilnehmer; dieser Wert bewegte sich zwischen rund 55 Teilnehmern im Regierungsbezirk Niederbayern und 33 in Oberbayern. — Der Personalbestand belief sich auf insgesamt rund 13 200; darunter waren 11 600 pädagogische Mitarbeiter und Lehrkräfte. Die Ausgaben betrugen 104,7 Mill. DM, dazu kommen 4,2 Mill. DM zusätzliche Aufwendungen der Mitglieder des Bildungswerks des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie wurden überwiegend aus Zuschüssen, zu denen auch Leistungen der Träger zählen, mit 34,6 Mill. DM aber auch aus Teilnehmergebühren finanziert. Rund die Hälfte der Ausgaben entstand für Personal und Referenten. — Die Gliederung der Veranstaltungen nach Veranstaltungsarten und Themenbereichen war bei den einzelnen Landesorganisationen und Trägern unterschiedlich. Der Themenbereich „Kultur, Kunst und musische Betätigung“ wies im Gesamtergebnis die höchsten Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen auf. Häufigste Veranstaltungsart war die Gruppe „Lehrgänge, Vortragsreihen, Kurse, Seminare“ mit einem Anteil von mehr als 40%.

Die künftig jährlich vorgesehene Landesstatistik der Erwachsenenbildung konnte nach umfangreichen Vorarbeiten erstmals für das Berichtsjahr 1976 durchgeführt werden. Sie umfaßt die nach dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 368) staatlich geförderten Institutionen mit ihren Mitgliedern; das sind derzeit folgende drei Landesorganisationen:

- AEEB — Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern e. V., Tutzing (57 Einrichtungen mit 375 Nebenstellen),
- BVV — Bayerischer Volkshochschulverband e. V., München (265 Einrichtungen mit 1 016 Nebenstellen),
- KLE — Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Bayern, München (142 Einrichtungen mit 1 936 Nebenstellen);

ferner vier Träger auf Landesebene

- BBV — Bayerischer Bauernverband, Bildungswerk, München (71 Nebenstellen),
- BBW — Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e. V., München (5 Nebenstellen),
- DAG — Bildungswerk der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Bayern e. V., München (11 Nebenstellen),
- DGB — Deutscher Gewerkschaftsbund, Bildungswerk Bayern e. V., München (210 Nebenstellen).

Für die in der Darstellung ausgewählten statistischen Ergebnisse werden durchgängig diese Abkürzungen verwendet. Weitere Zahlenergebnisse finden sich im Statistischen Bericht Nr. B IV 1 — j/76 vom Februar 1978.

Bei der Landesstatistik der Erwachsenenbildung handelt es sich um Neuland. Alle Beteiligten waren bemüht, die Datenbereitstellung für diese gesetzlich angeordnete Statistik bereits im ersten Berichtsjahr ordnungsgemäß zu erfüllen. Daß dabei trotzdem verschiedentlich Anlaufschwierigkeiten, z. B. Zuordnungsprobleme, auftraten, ist verständlich. Die Zahlen haben deshalb teilweise nur bedingte Aussagekraft, zumal noch kein Zeitvergleich möglich ist. Sie erscheinen jedoch durchaus geeignet, ein erstes Bild über die Größenordnungen und Strukturen der Erwachsenenbildung in Bayern zu vermitteln. Aktuelle, auf Landesebene zusammengefaßte Information über Erwachsenenbildung ist wichtig; es handelt sich um einen eigenständigen Bereich des Bildungswesens, der aus verschiedenen Gründen, etwa wachsende Notwendigkeit geistiger Mobilität, zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Rund 9 500 Lehrkräfte

Die Personalstatistik weist zum Jahresende 1976 einen Bestand von insgesamt 13 168 Personen aus. Nicht enthalten sind die ehrenamtlichen Kräfte des Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichs. Auf ihre Erfassung wurde im Hinblick auf die bei der Personalstatistik ohnehin großen Anlaufschwierigkeiten der Erhebung im ersten Berichtsjahr verzichtet. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe bilden die 9 467 Lehrkräfte. Von ihnen waren fast neun Zehntel (88,2%) nebenberuflich tätig. Dagegen überwogen bei den 2 096 pädagogischen Mit-

arbeitern die ehrenamtlich tätigen. Auch die Leiter von Einrichtungen arbeiteten in der Erwachsenenbildung vielfach ehrenamtlich. Drei Fünftel von ihnen haben eine abgeschlossene Hochschulbildung. Die Personalstruktur ist bei den einzelnen Landesorganisationen bzw. Trägern zum Teil verschieden.

An Räumen erfaßt die Statistik nur die, die sich im Eigentum der Einrichtungen der Erwachsenenbildung befinden. Das waren Ende 1976 insgesamt 2 061. Davon entfielen fast die Hälfte (45,6%) auf die KLE und fast ein Drittel (31,6%) auf die AEEB. 982 bzw. die Hälfte (47,6%) aller gemeldeten Räume dienten dem Internatsbetrieb; in ihnen befanden sich 1 479 Betten bzw. Übernachtungsplätze.

Eine vollständige Darstellung der Raumsituation ist durch die auf eigene Räume der Einrichtungen beschränkte Statistik nicht möglich. Ein großer Teil des Raumbedarfs, besonders für den Lehrbetrieb, wird durch angemietete oder kostenlos verfügbare fremde Räume abgedeckt. So werden z. B. Räume in städtischen und staatlichen Schulen nicht erfaßt, in denen Veranstaltungen der örtlichen Volkshochschule stattfinden. Die Stadt bzw. der Landkreis, als Sachaufwandsträger sowohl der Schule als auch der Volkshochschule, stellt sie für Erwachsenenbildungszwecke meist kostenlos zur Verfügung. Ähnliches gilt für die konfessionellen Bildungswerke, die ihre Veranstaltungen oft in Pfarrzentren abhalten.

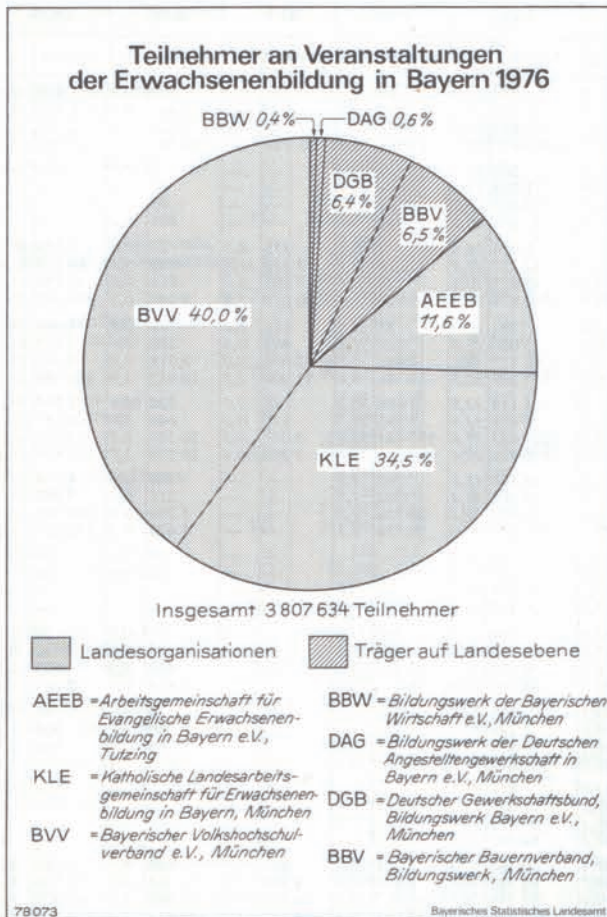
Über 100 Mill. DM Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmen der sieben Berichtsstellen und ihrer Mitgliedseinrichtungen beliefen sich 1976 auf insgesamt 105,8 Mill. DM. Ihnen standen Ausgaben von 104,7 Mill. DM gegenüber¹⁾. Mehr als die Hälfte sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben (50,8 bzw. 50,3%) entfielen im Berichtsjahr auf den BVV. Bei ihm hatten die staatlichen und kommunalen Zuschüsse in Höhe von 22,9 Mill. DM einen Anteil von 42,7% an den Gesamteinnahmen. Allein die kommunalen Zuschüsse machten mit 12,0 Mill. DM 22,4% aus. Bei den anderen Veranstaltern spielten sie dagegen keine Rolle. Abgesehen vom BBV und DGB waren die Teilnehmergebühren eine weitere bedeutende Einnahmequelle. Ihr Anteil schwankte zwischen 20,0% (KLE) und 65,2% (BBW). Unter „sonstige Zuschüsse Dritter“ sind bei AEEB, KLE und BBV hauptsächlich die Eigenleistungen des Trägers zu verstehen. Mit 6,5 Mill. DM erscheinen sie bei der AEEB als bedeutendste Finanzierungsgrundlage (44,4% der Gesamteinnahmen); ebenso bei der KLE mit 9,9 Mill. DM bzw. 37,1%. Neben den staatlichen und kommunalen Zuschüssen waren auch beim BBV die „sonstigen Zuschüsse Dritter/Eigenleistungen des Trägers“ mit 0,2 Mill. DM bzw. 25,8% der

¹⁾ Weitere 4,2 Mill. DM wurden vom DGB als freiwillige Aufwendungen der Mitglieder ausgewiesen. Sie konnten aber nicht einzelnen Einnahme- bzw. Ausgabearten zugeordnet werden.

Übersicht I. Personal, Räume, Einnahmen und Ausgaben der Erwachsenenbildung in Bayern 1976

Bezeichnung	Zahl der Beschäftigten und Räume sowie Einnahmen und Ausgaben									
	insgesamt	davon bei ²⁾								
		Landesorganisationen				Trägern auf Landesebene				
		AEEB	BVV	KLE	zu-sammen	BBV	BBW	DAG	DGB	zu-sammen
Personal³⁾										
Leiter von Einrichtungen	465	57	262 ⁴⁾	142	461	1	1	1	1	4
Pädagogische Mitarbeiter	2 096	665	272	514	1 451	608	11	25	1	645
Lehrkräfte	9 467	77	8 905	258	9 240	—	—	227	—	227
Verwaltungspersonal ⁵⁾	758	114	353	242	709	7	14	26	2	49
Wirtschaftspersonal ⁶⁾	382	118	143	116	377	—	—	5	—	5
Personal insgesamt	13 168	1 031	9 935	1 272	12 238	616	26	284	4	930
Eigene Räume⁵⁾										
für Lehrbetrieb	567	194	211	154	559	8	—	—	—	8
Verwaltung	326	89	89	131	309	17	—	—	—	17
Bewirtschaftung	186	51	24	111	186	—	—	—	—	—
Internatsbetrieb	982	317	121	544	982	—	—	—	—	—
Eigene Räume insgesamt	2 061	651	445	940	2 036	25	—	—	—	25
Einnahmen in 1 000 DM										
Staatliche Zuschüsse	22 547	2 000	10 889	5 098	17 988	504	141	2 910	1 005	4 560
dar. Bayer. Staatsmin. für Unterricht und Kultus	14 850	1 368	8 019	3 803	13 191	504	111	243	801	1 659
Kommunale Zuschüsse	12 680	225	12 043	412	12 680	—	—	—	—	—
dar. Gemeinden	10 673	205	10 250	218	10 673	—	—	—	—	—
Sonstige Zuschüsse Dritter einschl. Eigenleistung des Trägers	19 076	6 527	2 222	9 894	18 643	175	15	130	112	433
Teilnehmergebühren	34 632	3 641	20 907	5 326	29 875	—	1 731	3 014	12	4 757
Einnahmen aus sonstigen Quellen	5 277	1 837	1 200	1 341	4 379	—	768	123	6	897
Durchlaufende Gelder	9 532	399	4 847	4 286	9 532	—	—	—	—	—
Übertrag aus dem Vorjahr	2 035	85	1 644	306	2 035	—	—	—	—	—
Einnahmen insgesamt	105 779	14 715	53 754	26 663	95 132	680	2 655	6 178	1 134	10 647
Ausgaben in 1 000 DM										
Personalausgaben	47 249	7 522	28 088	7 533	43 143	548	1 078	2 308	172	4 106
Referentenhonorare, -reisekosten und -spesen	8 792	575	4 004	3 512	8 091	75	507	95	25	701
Mietkosten	3 317	205	1 568	1 240	3 013	2	36	249	18	304
Sachkosten für Lehrbetrieb und Verwaltung	14 062	2 499	6 423	3 453	12 375	46	541	808	292	1 688
Kosten für Werbung, Fahrtkosten für Teilnehmer, gezahlter Lohnausfall	4 946	426	2 295	1 968	4 690	—	64	109	82	256
Kosten für Unterkunft und Verpflegung	7 846	1 937	907	2 384	5 228	8	352	2 180	79	2 618
Sonstige Kosten	8 109	1 254	4 506	1 656	7 416	1	54	149	488	693
Durchlaufende Gelder	9 813	446	4 661	4 385	9 491	—	—	322	—	322
Fehlbetrag aus dem Vorjahr	553	91	173	113	376	—	—	177	—	177
Ausgaben insgesamt	104 687	14 954	52 626	26 243	93 823	680	2 633	6 396	1 156⁶⁾	10 864



Gesamteinnahmen bedeutsam. Allerdings ist bei einem Vergleich des BVV mit den anderen Landesorganisationen und den Trägern auf Landesebene zu bedenken, daß die Volkshochschulen fast immer kommunale Einrichtungen sind und daher die kommunalen Zuschüsse als Eigenleistungen des Trägers betrachtet werden, während sie für die anderen Veranstalter eine zusätzliche Einnahmeart darstellen.

3,8 Millionen Teilnehmer an 97 000 Veranstaltungen

Von den im Jahre 1976 insgesamt ausgewiesenen 97 078 Veranstaltungen wurden 82 681 oder 85,2% durch die drei Landesorganisationen AEEB, BVV und KLE abgehalten. Die anderen 14 397 Veranstaltungen bzw. 14,8% führten die vier Träger auf Landesebene BBV, BBW, DAG und DGB durch. Die Veranstaltungsdauer betrug insgesamt 732 486 Doppelstunden zu je 90 Minuten; davon entfielen 89,8% auf die Landesorganisationen und 10,2% auf die Träger auf Landesebene. Analog war das Zahlenverhältnis bei den 3 807 634 Teilnehmern (86,1 : 13,9%) und den 17 452 096 Teilnehmerdoppelstunden (87,9 : 12,1%).

Als Teilnehmerzahlen gehen in die Statistik die Anmeldungen (Einschreibungen) ein, sofern nicht die tatsächlich Anwesenden gezählt werden. Umfaßt eine Veranstaltung mehrere Teile, z. B. mehrere Abende, so gilt die Teilnehmerzahl des meistbesuchten Veranstaltungsteils. Damit werden auch die Teilnehmerdoppelstunden errechnet, zusätzlich etwaiger Übernachtungsboni.

Die Statistik ist nach zehn Veranstaltungsarten aufgegliedert. Sie verteilen sich in zum Teil recht unterschiedlicher Weise

2) Abkürzungen siehe unter Vorbemerkungen.
 3) Stand Jahresende.
 4) In Einzelfällen haben mehrere Einrichtungen gemeinsam einen Leiter.
 5) Ohne ehrenamtliche Kräfte.
 6) Ohne zusätzliche Aufwendungen der Mitglieder (4,2 Mill. DM).

Weltanschauung, Theologie“, der die drittgrößte Teilnehmerzahl aufweist, bezüglich der Veranstaltungen auf Platz sechs. Beim Themenbereich „Gesundheitsbildung und Hauswirtschaft“ verhält es sich dagegen umgekehrt. Die berufliche Aus- und Fortbildung fällt bei allen Veranstaltern kaum ins Gewicht.

Anzumerken ist noch, daß auch die Veranstaltungsstruktur nach Themenbereichen im Gesamtergebnis erwartungsgemäß von den drei Landesorganisationen entscheidend geprägt wird. Allerdings dürfte für den Bildungssuchenden weniger die Veranstaltungsart und der Veranstalter, sondern hauptsächlich das Thema ausschlaggebend sein.

Der gesellschaftliche und weltanschauliche Hintergrund des Veranstalters wirkt sich auf sein Bildungsangebot aus. So ist es nicht überraschend, daß 1976 bei den konfessionellen Landesorganisationen AEEB und KLE die Themenbereiche „Lebens- und Erziehungsfragen“, „Philosophie, Religion, Weltanschauung, Theologie“ sowie „Kultur, Kunst und musische Betätigung“ die größten Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen hatten. Bei den Volkshochschulveranstaltungen stand zwar auch „Kultur, Kunst und musische Betätigung“ im Vordergrund, daneben gehörten aber hier die Bereiche „Sprachen, Fremdsprachen“ und „Gesundheitsbildung und Hauswirtschaft“ zur Spitzengruppe. In der Gesamtleistung des BBW hatten „Gesellschaft, Politik, Wirtschaft“, „Berufsbezogene Fragen, Arbeitswelt“ und „Berufliche Aus- und Fortbildung“ große Bedeutung. Ein ähnliches Bild zeigten die Statistiken der gewerkschaftlichen Bildungswerke DAG und DGB sowie des BBV.

Versuch einer regionalen Darstellung

Die drei Landesorganisationen mit ihren angeschlossenen Einrichtungen und deren Neben- bzw. Außenstellen leisteten, wie erwähnt, zusammen fast neun Zehntel der Erwachsenenbildung. Diese hohen Anteile an der Gesamtleistung sind Anlaß für den Versuch, die Ergebnisse auch nach regionalen Gesichtspunkten darzustellen, da bei den Landesorganisationen die statistischen Daten der einzelnen Einrichtungen erhoben werden. Im Hinblick auf die Anlaufschwierigkeiten der Erhebung werden nur Eckzahlen in der Gliederung nach Regierungsbezirken zusammengestellt.

Die Statistik ist auf den Sitz der jeweiligen Einrichtung abgestellt, nicht auf deren Neben- bzw. Außenstellen. Eine regionale Gliederung kann daher nur näherungsweise erfolgen. Bei Darstellung nach Regierungsbezirken dürften überregional tätige Einrichtungen die Aussagekraft nur geringfügig beeinträchtigen.

Die regierungsbezirkweise Gliederung der Veranstaltungsdaten der Landesorganisationen ist in Tabelle 4 des eingangs erwähnten Statistischen Berichts wiedergegeben. Durch ein einfaches Hochrechnungsverfahren werden auch die Daten der auf Landesebene tätigen Träger einbezogen. Es basiert auf der Annahme, daß die prozentuale Regionalverteilung der Ergebnisse der Landesorganisationen repräsentativ die der gesamten Erwachsenenbildung widerspiegelt. Um für jeden Regierungsbezirk vollständige Ergebnisse zu erhalten, sind die Daten der Träger auf Landesebene entsprechend umgelegt worden. Dabei wurde folgendermaßen vorgegangen: Die Gesamtergebnisse der Landesorganisationen sind mit 100 % angesetzt. In Relation dazu errechnen sich für die Träger auf Landesebene die Werte 17,4 % bei den Veranstaltungen, 11,4 % bei den Doppelstunden, 16,1 % bei den Teilnehmern und 13,8 % bei den Teilnehmerdoppelstunden.

Sowohl das Gesamtergebnis der Landesorganisationen (Kontrollrechnung) als auch ihre Regierungsbezirksergebnisse wurden um diese Quoten erhöht.

Dadurch erhält man die folgenden hochgerechneten Ergebnisse für die Regierungsbezirke:

	Veranstaltungen	Doppelstunden	Teilnehmer	Teilnehmerdoppelstunden
Oberbayern ¹⁰⁾	34 021	324 497	1 139 179	6 463 633
Niederbayern	7 536	42 713	411 366	1 272 554
Oberpfalz	8 103	40 342	342 440	1 067 901
Oberfranken	11 188	67 153	449 304	1 659 115
Mittelfranken	15 029	118 631	556 952	3 051 914
Unterfranken	8 308	62 833	345 680	1 746 555
Schwaben	12 893	76 317	562 713	2 190 424
Bayern	97 078	732 486	3 807 634	17 452 096

Weitere Aufschlüsse über die regionale Situation der Erwachsenenbildung in Bayern liefern einige auf der Basis dieser hochgerechneten Eckzahlen gewonnene Durchschnittswerte. So schwankt z. B. die Zahl der Teilnehmer je Veranstaltung zwischen fast 55 in Niederbayern und knapp 34 in Oberbayern. Dagegen ist in Oberbayern die durchschnittliche Veranstaltungsdauer mit 9,5 Doppelstunden je Veranstaltung am höchsten und in der Oberpfalz mit 5,0 am niedrigsten. Bezüglich der Veranstaltungsdauer erreichte Unterfranken den Landesdurchschnitt von 7,6 Doppelstunden, bezüglich der Teilnehmer je Veranstaltung lag Oberfranken mit rund 40 am nächsten beim Schnitt von 39. Inwieweit die Unterschiede auf regional unterschiedliche Veranstaltungsstrukturen zurückzuführen sind, wurde nicht untersucht.

Beim Vergleich mit den Einwohnerzahlen ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den Teilnehmerdaten um Fallzahlen handelt, d. h. eine Person, die im Laufe des Berichtsjahrs an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird entsprechend mehrfach gezählt. Informationen darüber, in welchem Umfang das vorkommt, liegen hier nicht vor. Auf 1 000 Einwohner Bayerns entfielen im Jahre 1976 durchschnittlich 352 Besuche einer Veranstaltung bzw. Veranstaltungsreihe der Erwachsenenbildung. Bezieht man in die Betrachtung nur die Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren ein, so betrug diese Teilnehmerquote 473 Personen je 1 000 Einwohner.

Weitere regionale Anhaltspunkte gibt folgende Zusammenstellung:

Gebiet	Teilnehmer je			Doppelstunden je Veranstaltung
	1 000 Einwohner ¹¹⁾	18 Jahre und älter	Veranstaltung	
Oberbayern ¹²⁾	319	413	34	9,5
Niederbayern	416	590	55	5,7
Oberpfalz	354	494	42	5,0
Oberfranken	424	573	40	6,0
Mittelfranken	368	485	37	7,9
Unterfranken	290	402	42	7,6
Schwaben	373	511	44	5,9
Bayern	352	473	39	7,6

Dipl.-Kfm. Xaver Engl

10) Hier haben größere überregionale Einrichtungen ihren Sitz.

11) Vergleiche Statistischer Bericht A 13 — j/76 vom Juli 1977 „Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns (Stand 31. Dezember 1976)“.

12) Hier haben größere überregionale Einrichtungen ihren Sitz.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013				2014	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 443	12 520	...	12 522	12 588	12 604
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 940	5 148	...	1 218	6 646	2 901
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	...	1,1	6,4	2,8
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 641	8 921	...	6 540	9 498	8 531
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,2	8,5	...	6,2	9,2	8,2
* Gestorbene ³	Anzahl	10 247	10 453	...	10 370	8 773	9 659
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,9	...	9,8	8,5	9,3
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	23	...	21	27	28
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	2,6	...	3,2	2,8	3,3
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	12	...	11	11	15
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,7	1,4	...	1,7	1,2	1,8
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 607	-1 532	...	-3 830	725	-1 128
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	-1,5	-1,5	...	-3,6	0,7	-1,1
* Totgeborene ²	Anzahl	26	25	...	26	27	23
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 756	28 295	30 527	27 774	41 728	27 447	20 803
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	15 086	17 733	20 014	17 296	27 655	18 273	13 280
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 417	20 663	22 390	22 200	27 614	21 862	20 123
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 028	11 391	13 050	12 927	15 481	13 078	13 227
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 670	10 563	10 514	10 478	14 073	9 174	7 523
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 389	9 272	9 340	9 273	12 133	8 784	6 896
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 339	7 632	8 137	5 574	14 114	5 585	680
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	41 749	42 140	43 522	46 668	52 968	41 581	36 837
		2011	2012	2013	2012			2013		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 727,1	4 843,8	...	4 827,4	4 913,8	4 858,9	4 913,0	5 008,9	...
* Frauen	1 000	2 154,2	2 211,3	...	2 195,6	2 236,4	2 231,8	2 242,5	2 287,4	...
* Ausländer	1 000	406,9	451,1	...	450,9	466,6	456,2	491,8	512,0	...
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	1 200,8	1 224,8	1 246,4	...
* darunter Frauen ⁷	1 000	998,5	1 014,1	1 032,7	...
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	22,7	23,3	...	24,7	25,0	20,9	26,1	26,3	...
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 615,3	1 647,8	...	1 645,7	1 672,9	1 646,0	1 665,5	1 696,1	...
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 347,4	1 373,5	...	1 366,6	1 384,8	1 381,1	1 382,4	1 404,3	...
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 279,7	1 304,7	...	1 297,7	1 315,3	1 312,3	1 312,3	1 333,0	...
* F Baugewerbe	1 000	267,8	274,3	...	279,0	288,1	264,9	283,1	291,8	...
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 087,3	3 169,6	...	3 154,0	3 212,8	3 189,1	3 218,8	3 283,6	...
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 048,6	1 072,1	...	1 068,3	1 088,1	1 075,5	1 081,8	1 106,0	...
* J Information und Kommunikation	1 000	161,4	168,1	...	166,2	170,3	170,6	172,0	174,1	...
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	185,2	186,8	...	185,2	188,0	188,3	187,2	190,6	...
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	27,4	29,3	...	29,1	29,7	29,6	30,0	30,0	...
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	552,5	578,3	...	576,7	593,5	578,6	598,7	616,5	...
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	941,2	962,5	...	955,5	968,4	975,1	977,6	993,6	...
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	171,2	172,6	...	173,0	174,8	171,3	171,4	172,9	...
		2011	2012	2013	2013			2014		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	1 000	254,3	248,8	264,5	247,1	249,3	264,8	255,1	249,1	...
* darunter Frauen	1 000	122,3	118,7	123,5	119,0	121,1	123,7	121,4	119,1	...
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	3,8	3,7	3,8	3,6	3,6	3,8	3,6	3,5	...
* Frauen	%	3,9	3,7	3,8	3,6	3,7	3,8	3,7	3,6	...
* Männer	%	3,7	3,6	3,9	3,5	3,5	3,8	3,6	3,5	...
* Ausländer	%	8,7	8,5	8,8	8,2	8,2	9,2	8,3	8,1	...
* Jugendliche	%	3,0	3,0	3,2	2,7	3,1	2,9	2,7	2,6	...
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	22,3	18,2	19,9	14,5	13,2
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	67,5	70,1	64,4	64,4	65,7	67,7	67,2	68,5	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	12,0	11,0	10,8	11,7	10,4	11,1	11,3	10,6	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,7	9,6	9,3	8,7	8,1	9,6	9,2	8,4	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 890	3 890	3 891	3 808	3 838	3 837	3 842
* Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 090	1 090	1 089	1 099	1 101	1 102	1 104
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	373	373	373	382	384	384	385
Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	523	522	522	521	521	521	522
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	35	35	35	35	35	35
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	157	157	157	159	159	159	159
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	141 910	147 501	129 305	143 951	147 187	142 851	141 444
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 050	4 357	4 707	4 166	4 243	4 543	4 875
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	27 871	28 044	25 953	26 777	29 188	27 719	28 004
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	6 762	7 148	6 811	6 930	7 463	7 424	7 286
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	16 492	16 327	14 658	15 359	16 898	15 640	16 023
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 115	3 010	3 011	3 024	3 232	3 210	3 111
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	15 064	15 454	14 156	14 853	15 853	15 098	15 276
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden										
von Steinen und Erden	%	105,9	105,8	108,4	110,7	100,9	105,9	114,1	110,0	111,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	97,7	96,8	80,3	107,4	103,3	67,9	88,6	105,8	109,4
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,0	105,8	108,5	110,7	100,9	106,0	114,2	110,1	111,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	103,9	104,5	103,3	108,9	103,5	104,9	111,9	112,3	112,2
Investitionsgüterproduzenten	%	108,1	107,3	113,1	114,0	100,5	108,9	118,5	110,5	112,8
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,0	104,7	104,2	104,5	100,9	98,5	107,2	108,2	105,2
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	105,5	110,5	120,9	109,2	104,7	113,6	126,2	117,6	116,1
Ausland	%	102,4	104,3	115,6	106,2	93,5	107,7	112,0	109,7	111,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,4	114,6	124,3	111,2	111,9	117,5	135,4	122,7	119,0
Investitionsgüterproduzenten	%	100,8	105,8	124,0	109,1	101,4	110,9	114,9	112,5	112,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%	107,5	113,1	121,1	110,2	107,0	114,2	132,2	121,1	119,2
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	105,5	106,0	96,4	95,0	137,9	114,6	100,7	99,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2013		2014	
		Durchschnitt ¹					August	Nov.	Februar	Mai
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	99,3	100,0	102,8	105,5	107,8	108,0	108,5	109,4	109,9
davon Rohbauarbeiten	%	99,4	100,0	103,2	106,0	107,9	108,2	108,5	109,4	109,8
Ausbauarbeiten	%	99,1	100,0	102,5	105,0	107,7	107,9	108,5	109,5	110,1
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,1	100,0	101,3	102,5	103,8	103,7	104,0	105,3	105,9
Bürogebäude	%	99,5	100,0	102,9	105,4	107,6	107,9	108,4	109,3	109,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	99,5	100,0	103,2	105,6	107,6	107,8	108,2	109,1	109,5
Straßenbau	%	99,0	100,0	102,3	105,5	107,8	107,9	108,1	108,5	109,2
							2013		2014	
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	207,51	223,39	206,57	225,40	...	275,08	177,67	223,81	...
Rohbauland	€	43,27	58,59	39,61	46,96	...	44,21	65,00	79,97	...
Sonstiges Bauland	€	46,37	39,54	42,56	57,33	...	72,04	47,49	67,34	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014		
		Durchschnitt ¹					Juni	April	Mai	Juni
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	98,9	100,0	102,1	104,1	105,7	105,6	106,5	106,4	106,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	98,8	100,0	102,8	106,3	110,4	111,4	111,7	111,5	111,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	98,4	100,0	101,8	104,8	107,0	106,2	109,8	109,9	109,7
Bekleidung und Schuhe	%	99,3	100,0	101,2	103,3	104,4	104,6	108,1	106,7	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	99,0	100,0	103,1	105,4	107,5	107,3	108,4	108,4	108,5
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	99,9	100,0	100,4	101,1	102,1	102,3	102,6	102,5	102,6
Gesundheitspflege	%	99,2	100,0	100,7	103,2	99,4	99,4	100,9	101,1	101,2
Verkehr	%	96,7	100,0	104,5	107,7	107,5	107,4	107,6	107,8	108,3
Nachrichtenübermittlung	%	102,3	100,0	96,5	94,8	93,4	93,7	92,6	92,4	92,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,2	100,0	99,7	100,6	103,1	102,7	102,5	101,3	104,1
Bildungswesen	%	99,7	100,0	99,6	94,0	95,1	96,1	93,4	93,4	93,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	98,9	100,0	101,5	103,6	106,0	106,2	107,5	108,0	108,3
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,7	100,0	101,6	102,6	104,3	103,9	105,9	106,1	106,1
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	93,4	100,0	106,4	108,7	105,9	105,3	103,8	103,8	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	96,9	100,0	103,3	104,9	104,3	104,1	103,9	103,9	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100) ...	%	98,5	100,0	105,3	107,0	106,9	106,7	106,1	105,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	96,0	100,0	105,6	105,8	104,6	104,5	103,5	103,5	...
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	100,0	101,2	102,2	103,0	103,0	103,3	103,4	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	99,5	100,0	103,5	106,3	108,4	108,4	109,4	109,3	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	99,7	100,0	101,7	103,3	104,3	104,3	105,5	105,6	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,4	100,0	103,8	106,8	109,0	109,0	109,9	109,9	...
Energie	%	99,3	100,0	109,7	113,0	112,0	111,3	109,2	108,6	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	88,2	100,0	113,0	119,0	120,4	121,7	121,0p	118,6p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	83,9	100,0	114,9	125,3	119,3	127,2	121,5	116,5	...
Tierische Erzeugung	%	91,0	100,0	111,8	114,9	121,1	118,2	120,6p	119,9p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	95,5	100,0	105,8	108,0	107,4	107,3	106,6	106,5	106,4
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	.	100,0	104,9	107,7	111,5	111,8	112,3	112,0	112,1
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	.	100,0	114,2	121,3	115,8	114,1	112,0	111,8	111,7
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	99,4	100,0	101,6	103,3	104,4	104,5	105,2	105,1	104,9
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	99,6	100,0	102,0	104,6	107,2	107,7	108,5	108,4	108,3
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	98,9	100,0	102,3	105,7	108,8	109,2	110,1	110,0	109,9
Kraftfahrzeughandel	%	99,8	100,0	101,2	101,9	101,8	101,5	101,7	101,9	102,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

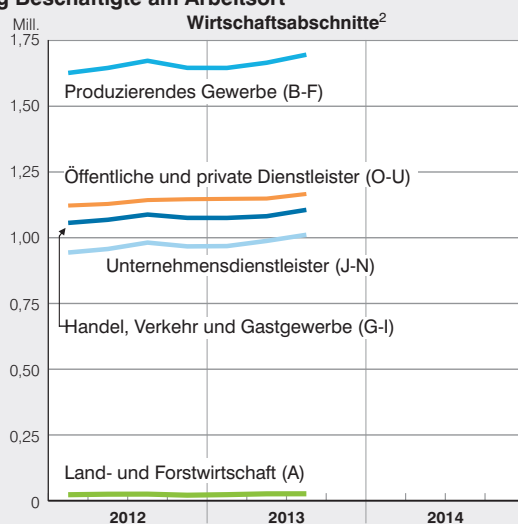
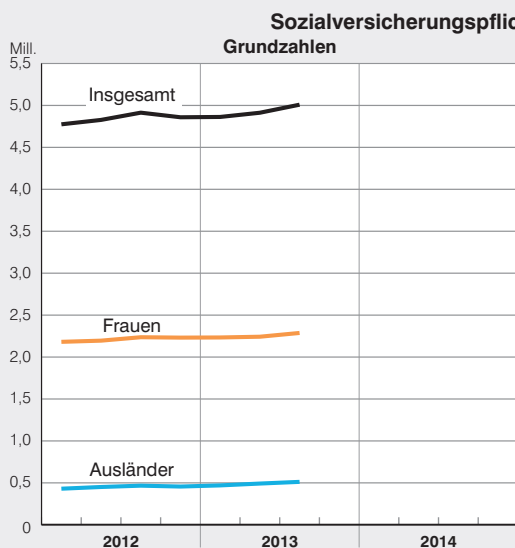
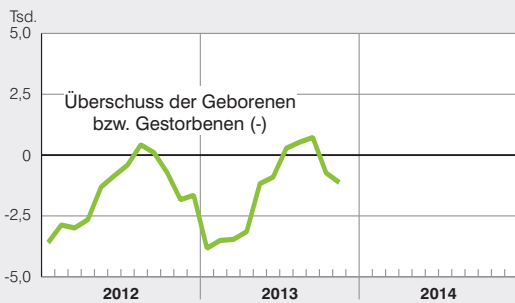
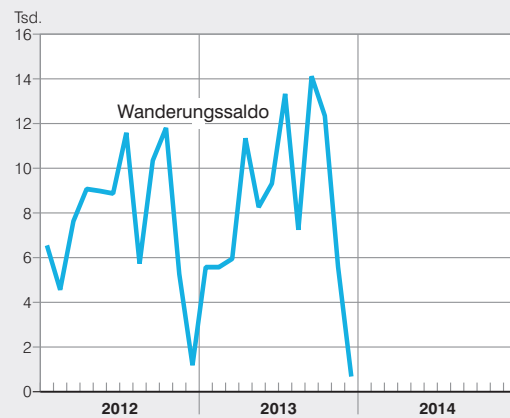
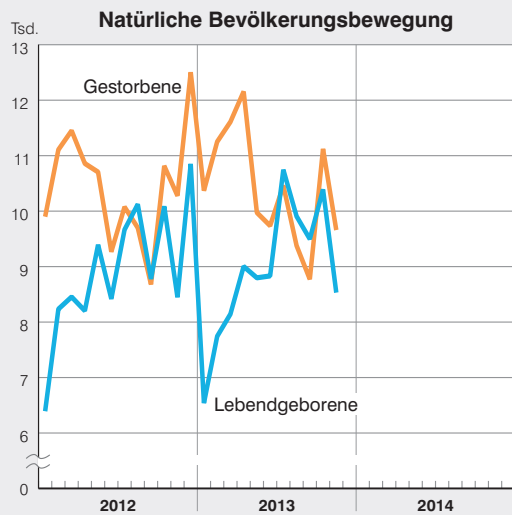
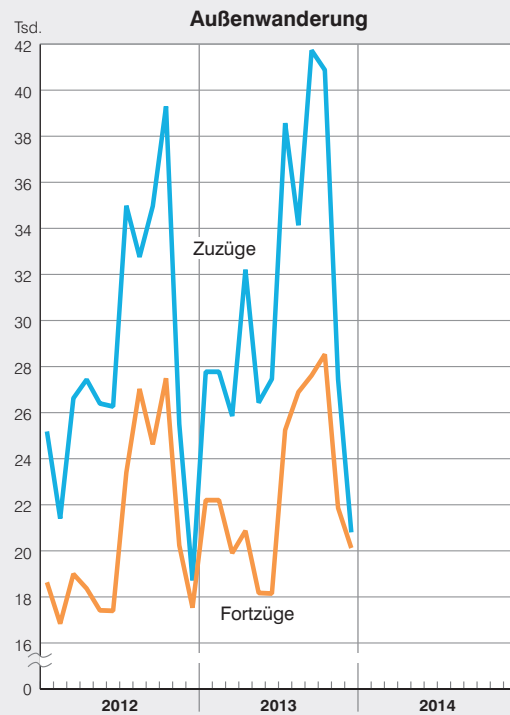
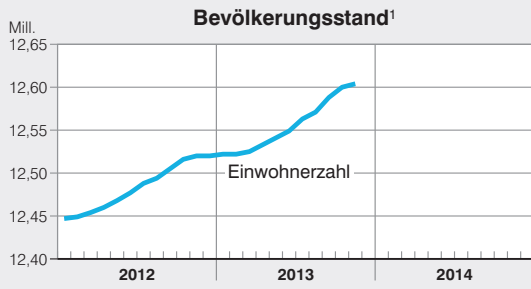
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

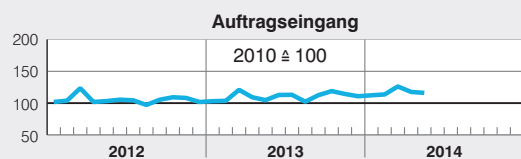
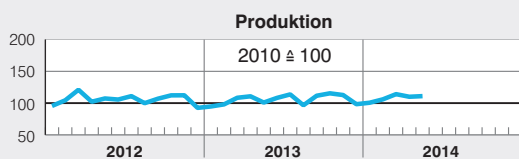
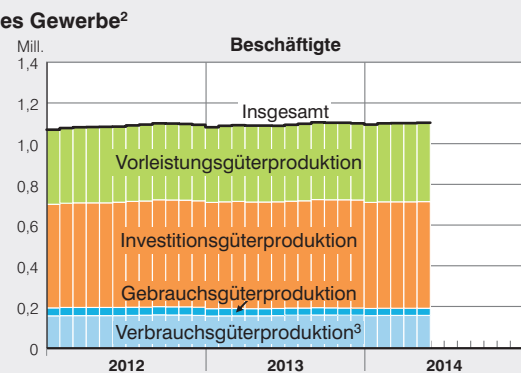
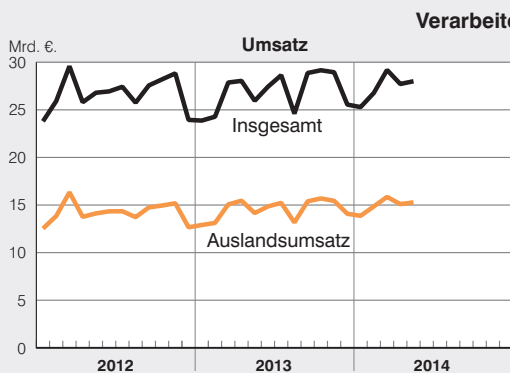
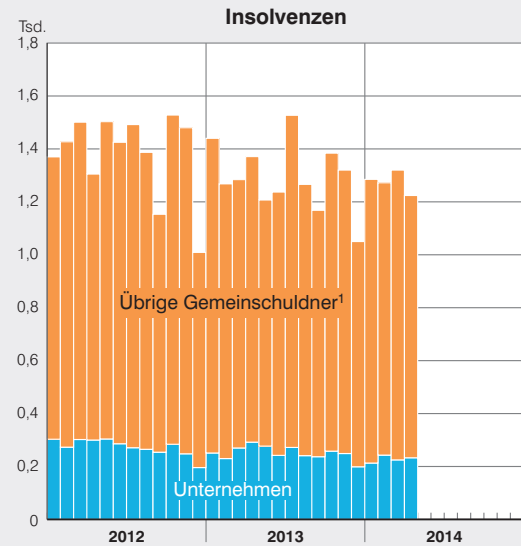
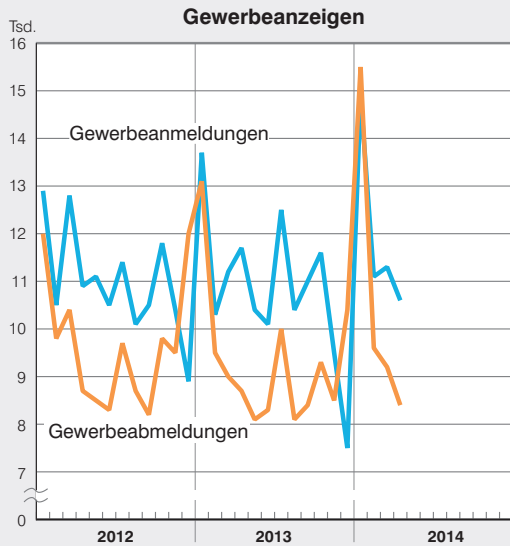
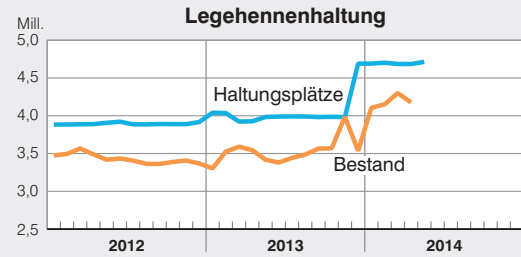
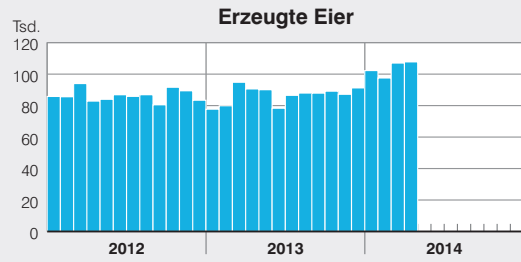
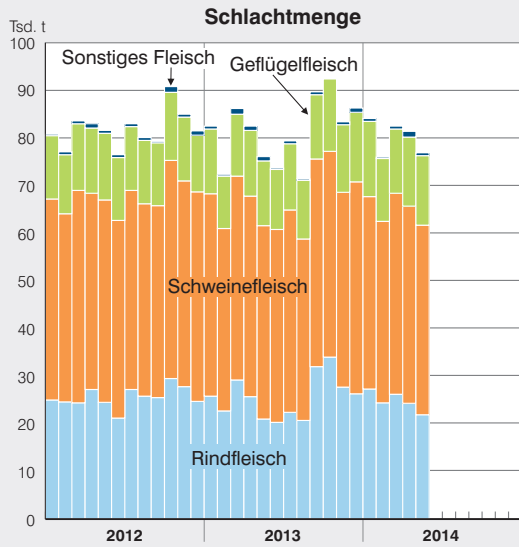
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

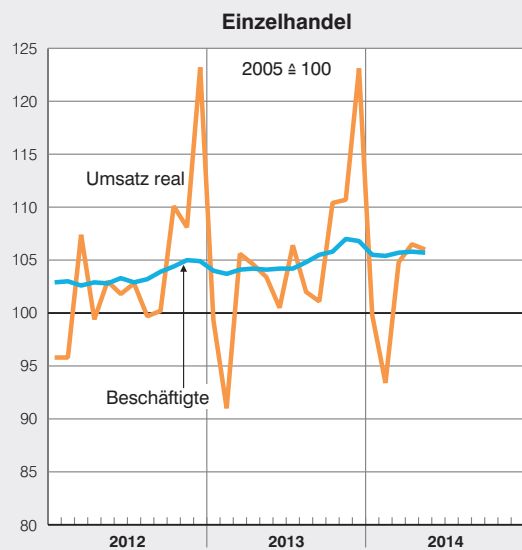
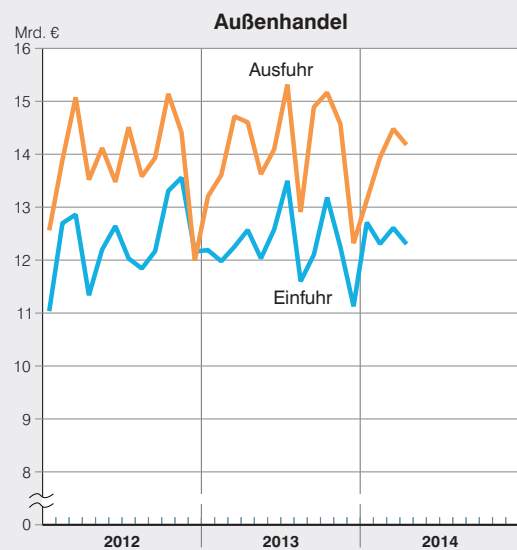
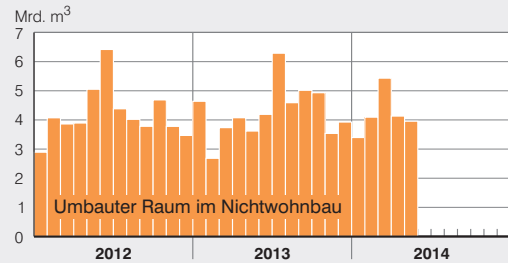
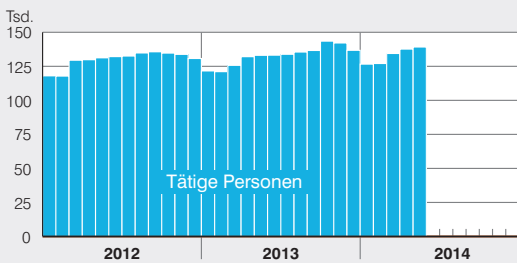
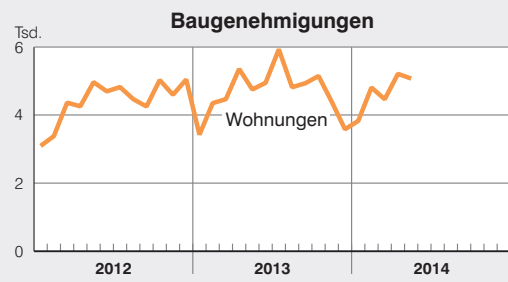
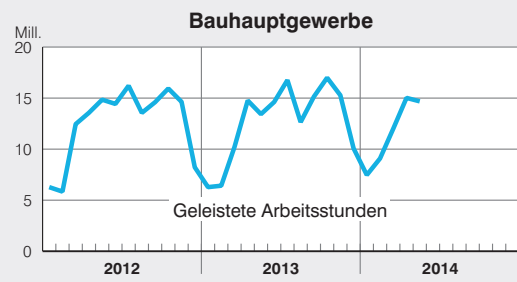
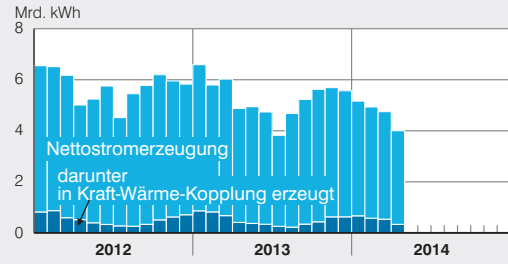
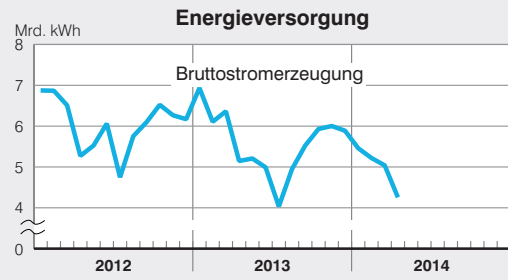
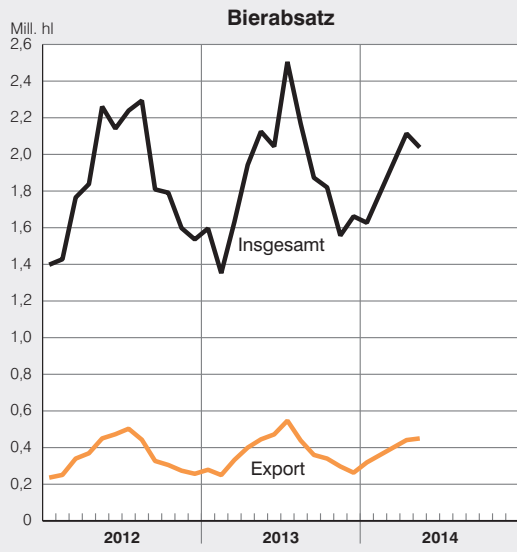


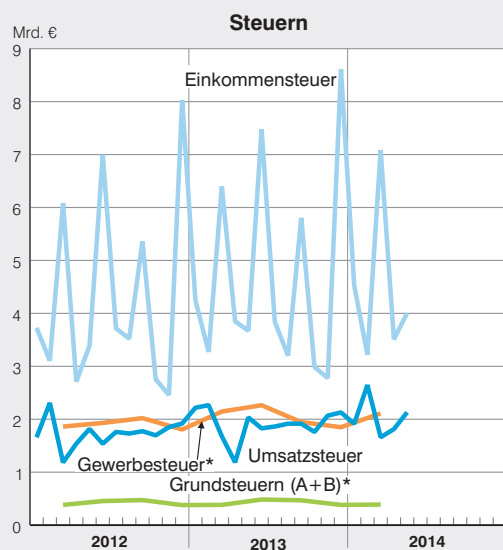
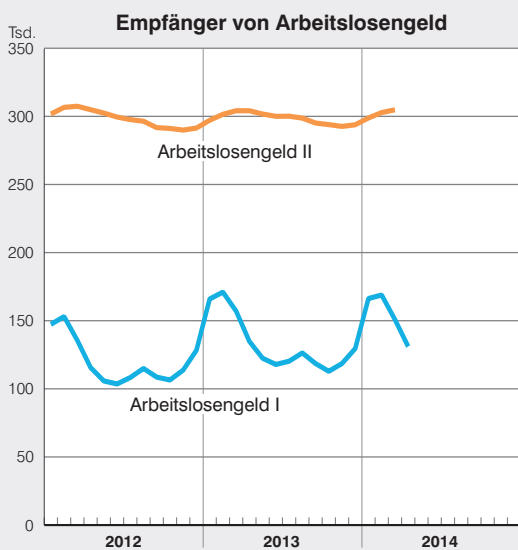
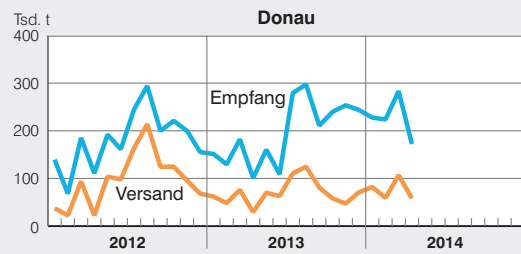
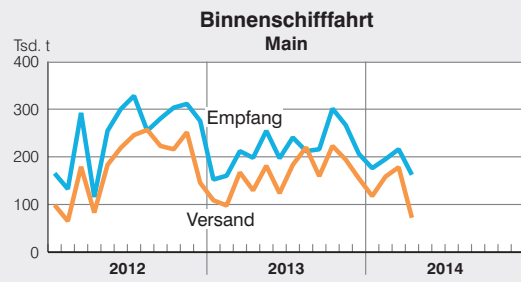
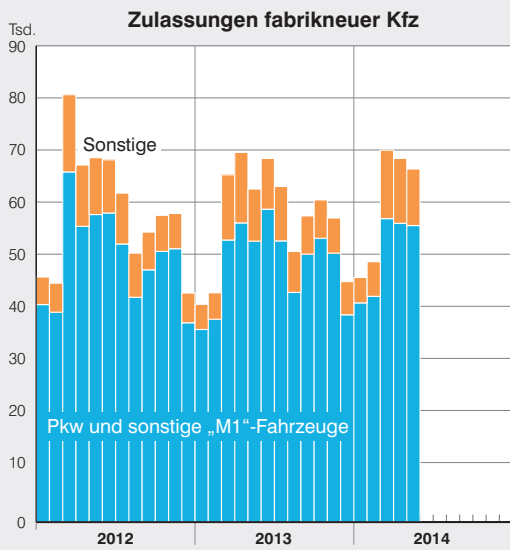
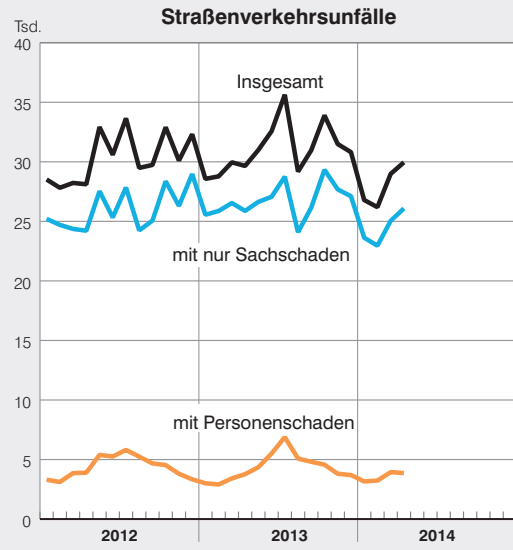
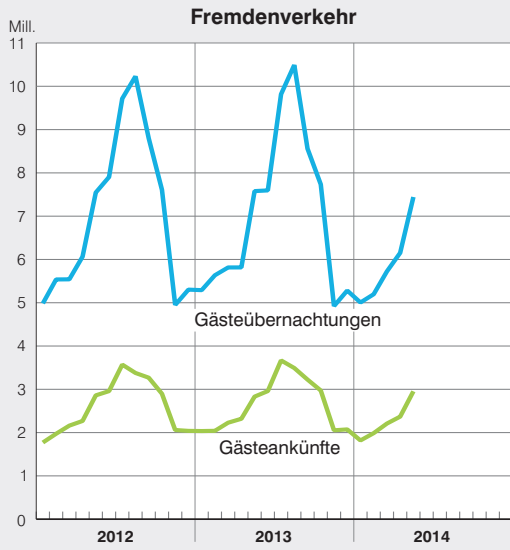
¹ Ab Mai 2011 Basis Zensus 2011.

² Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



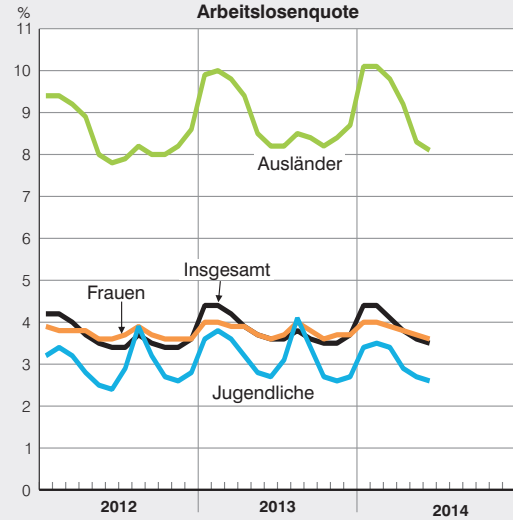
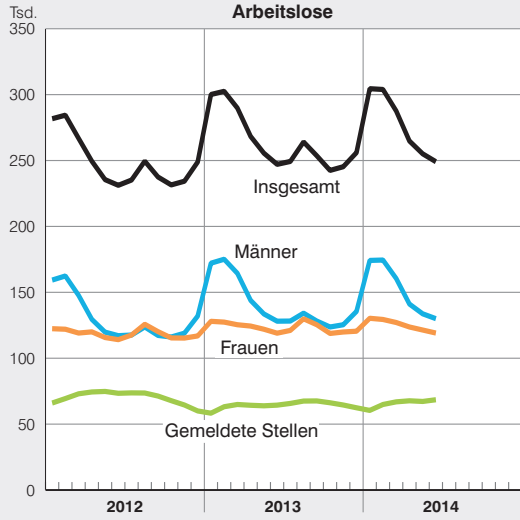
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



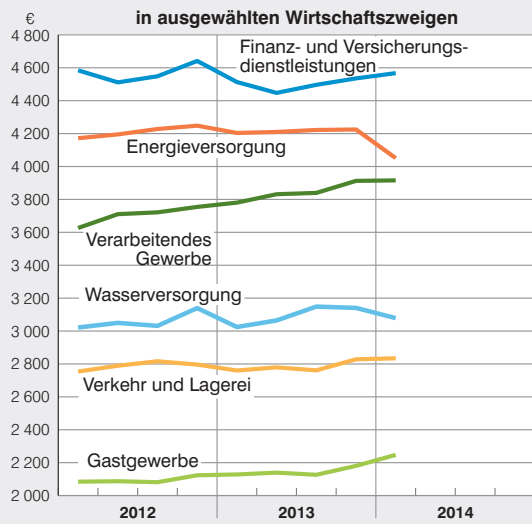
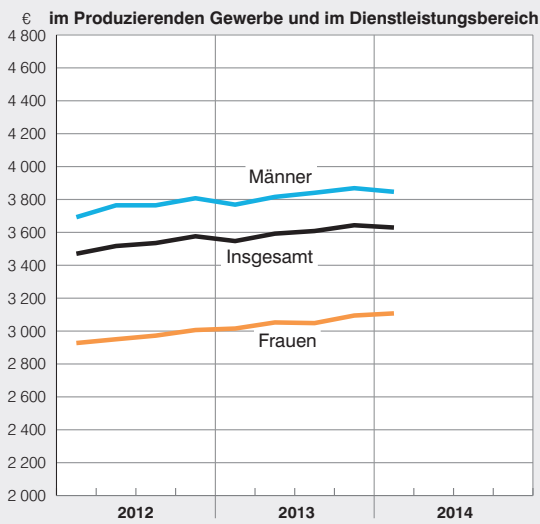


* Quartalswerte.

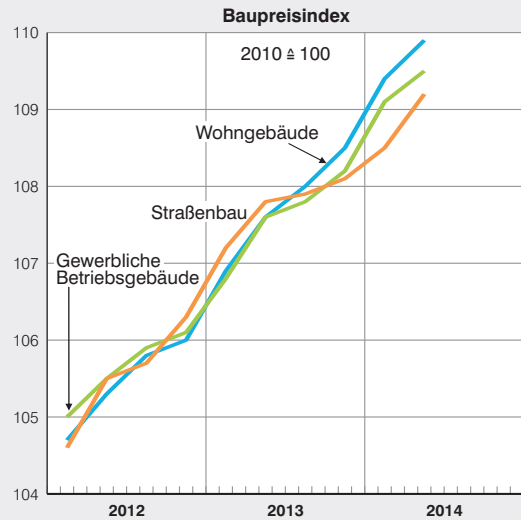
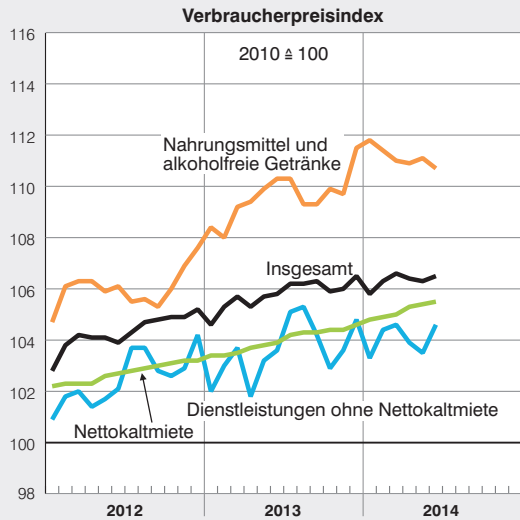
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Juni 2014

Statistische Berichte

Bevölkerungsstand		
• Zensus 2011: Gemeindedaten Bevölkerung Ergebnisse für Bayern 2014 (Gemeinden)	30,40 €	
• Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns/Vorläufige Ergebnisse 2012 Stand: 31. Dezember 2012 Basis: Zensus 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	25,80 €	
Rechtspflege		
• Bewährungshilfestatistik in Bayern 2013		
Wahl zum 17. Bayerischen Landtag 2013		
• Landtagswahlen in Bayern/ Repräsentative Wahlstatistik am 15. September 2013	8,60 €	
Wachstumsstand und Ernte		
• Weinwirtschaft in Bayern 2013 (Anbaugebiete)		
Viehwirtschaft und tierische Erzeugung		
• Tierische Erzeugung in Bayern 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
Agrarstruktur		
• Besitz- und Eigentumsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern 2013		
Gewerbeanzeigen		
• Gewerbeanzeigen in Bayern im April 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
Verarbeitendes Gewerbe		
• Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) (monatlich) im April 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
• Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im April 2014		
• Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im April 2014		
• Produktion des Verarbeitenden Gewerbes (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern 2013		
Baugewerbe insgesamt		
• Baugewerbe in Bayern im April 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
Energie- und Wasserversorgung		
• Energiewirtschaft in Bayern; Teil I: Endgültige Ergebnisse 1. – 4. Quartal 2013		
Zensus 2011: Gebäude- und Wohnungszählung		
• Zensus 2011: Gemeindedaten Gebäude und Wohnungen Ergebnisse für Bayern 2014 (Gemeinden)	31,20 €	
Bautätigkeit		
• Baugenehmigungen in Bayern im März 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	8,40 €	
• Baugenehmigungen in Bayern im April 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	8,40 €	
Handel, Tourismus, Gastgewerbe		
• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im April 2014		
• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im März 2014		
• Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im April 2014		
Straßen- und Schienenverkehr		
• Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausführliche Ergebnisse des Berichtsjahres) 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
• Straßenverkehrsunfälle in Bayern im März 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)		
Schiffsverkehr		
• Binnenschifffahrt in Bayern im März 2014 (Häfen)		
Gemeindefinanzen		
• Gemeindefinanzen in Bayern – 1. Vierteljahr 2014	4,00 €	
Preise- und Preisindizes		
• Verbraucherpreisindex für Bayern (monatlich) im Mai 2014 – sowie Jahreswerte von 2011 bis 2013		
• Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Mai 2014	6,10 €	
• Verbraucherpreisindex für Deutschland im Mai 2014 (Bund)	4,40 €	
Verdienste		
• Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern 1. Quartal 2014		
Umweltbelastungen		
• Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Bayern 2013		
Beiträge zur Statistik Bayerns		
• Beitragsheft: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern: Gesammelte Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise bis 2032 sowie Landes- und Bezirksergebnisse 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)	20,50 €	
Verzeichnisse		
• Verzeichnis der Fachschulen in Bayern Stand: 20. Oktober 2013 (Standorte)	10,30 €	
• Verzeichnis Erste Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte in Bayern (jeweils nach Kommunalwahlen) – Kommunalwahl 16. März 2014	22,20 €	
Querschnittsveröffentlichungen		
• Zensus 2011: Ergebnisse für Bayern 2014	2,00 €	
Gemeinschaftsveröffentlichungen		
• Hebesätze der Realsteuern 2013 (Gemeinden)		

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp
Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage **möglich**.

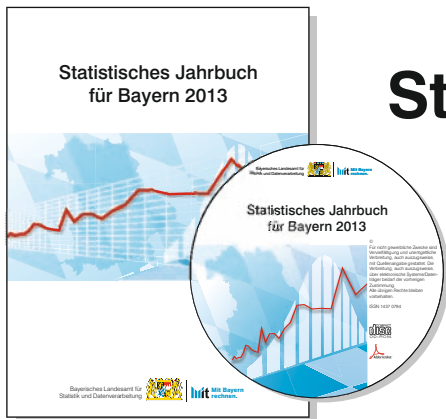
Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzelpreis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2014** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:

Im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen oder direkt über vertrieb@statistik.bayern.de (siehe auch zweite Umschlagseite).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2013

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu wichtigen statistischen Bereichen für die Jahre 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und 2012
 - Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
 - Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
 - Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
 - Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
 - Regionaldaten • Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreien Städte und Landkreise sowie Regionen
 - Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten für Deutschland und alle Bundesländer
 - Bayern in Europa • Strukturdaten für EU-Mitgliedsstaaten
 - Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 630 Seiten
 - Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
 - Graphische Darstellungen
 - Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
 - Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München



Das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen
bestellbar im Internet unter

www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen